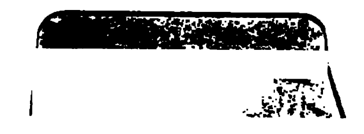

HARVARD
UNIVERSITY
LIBRARY


ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV. ANG.
SIGILLUM
VE RI TAS







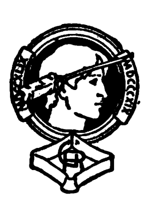
Amerikanische Eindrücke.

Amerikanische Eindrücke

Eine impressionistische Schilderung amerikanischer Zustände in Briefen

von

Theodor Barth



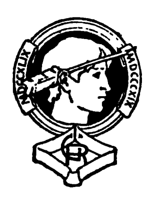
Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1907

Amerikanische Eindrücke

Eine impressionistische Schilderung amerikanischer Zustände in Briefen

von

Theodor Barth



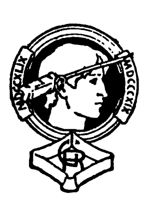
Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1907

Amerikanische Eindrücke

Eine impressionistische Schilderung amerikanischer Zustände in Briefen

von

Theodor Barth



Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1907

Inhalt.

		Seite
	Vorwort	7
I.	Erste Eindrücke	10
II.	Lake Mohonk und Ellis Island	18
III.	Präsident Roosevelt	26
IV.	Das Land der Kontraste	38
V.	Erziehungsfragen	46
VI.	Das deutsche Element. — Der Westen	55
VII.	Yellowstone-Park. — Gentlemen-Aufwärter. — Spokane. — Irrigation	62
VIII.	Was sich der Wald erzählt. — Rassenprobleme. — Die Aufschliessung Kanadas	71
IX.	Konstitutionelles aus Kanada. — Die Hauptstadt des kanadischen Westens	81
X.	Das französische Element in Kanada. — Sir Wilfrid Laurier und der deutsch-kanadische Zollkrieg. — Ein gesetzgeberisches Präservativ gegen Streiks	91
XI.	Zur Charakteristik der amerikanischen Demokratie	100
	Nachwort	108



Vorwort.

Die Produkte des Journalismus sind keine Dauerware; sie wollen rasch serviert und schnell genossen sein. Ein Vorwort ist deshalb am Platze, um zu erklären, weshalb ich darein gewilligt habe, daß die elf Briefe, die ich in diesem Sommer aus und über Amerika für die Frankfurter Zeitung schrieb, gesammelt abermals erscheinen.

An Büchern über Americana herrscht in Deutschland seit einigen Jahren kein Mangel. Nicht immer steht in diesen Schriften die Tiefe der Erkenntnis mit der Breite der Darstellung in einem angemessenen Verhältnis; es bleibt noch mancherlei zu sagen. Die nachstehend reproduzierten Briefe erheben nicht den Anspruch einer systematischen Betrachtung oder gar einer erschöpfenden Behandlung des Gegenstandes. Es sind impressionistische Schilderungen, Skizzen, wie sie ein Maler in sein Wanderbuch aufnimmt, wenn ihm charakteristische Erscheinungen, Dinge und Menschen aufstoßen. Es erfordert einige Übung im Sehen, um in der Fremde das zu bemerken, was charakteristisch ist. Ich habe Gelegenheit gehabt, mir auf amerikanischem Boden diese Übung zu verschaffen. Seit einem Vierteljahrhundert beobachte ich die Entwicklung der amerikanischen Demokratie mit dem lebhaftesten Interesse. Im Jahre 1886 ging ich zum ersten Male über den Ozean, um das Werden dieses riesigen Gemeinwesens an Ort und Stelle zu studieren. Mein Weg führte mich schon damals bis

in den fernen Westen. Die Staatenbildung war noch im Beginn. Die beiden Dakotas, Wyoming, Idaho, Montana, Washington befanden sich noch im Territorialzustande. Die riesige Prärie wurde der Kultur gerade erst erschlossen. Die Pionierarbeit der großen Eisenbahnen hatte soeben begonnen. Als ich von Oregon nach Kalifornien reiste, war ich noch genötigt, einen Weg von hundert Meilen in einer kalifornischen Postkutsche zurückzulegen. Auch der Süden Kaliforniens, die Gegend, die heute Los Angeles beherrscht, war damals noch wenig entwickelt.

Im Jahre 1893 kam ich zum zweiten Male nach Amerika, dieses Mal als Vertreter des Schutzkomitees, das sich in der schweren Eisenbahnkrisis jenes Jahres unter der Ägide der Deutschen Bank gebildet hatte, um die Interessen des in den Werten der Northern Pacific-Bahn angelegten deutschen Kapitals zu wahren. Ich sah bei diesem Besuch fast alle jene westlichen Gegenden wieder, die ich sieben Jahre vorher kennen gelernt hatte, und zwar im Zustande tiefer wirtschaftlicher Depression. Drei Jahre später lockte mich der Präsidentschaftswahlkampf hinüber, der um die Währungsfrage entbrannt war. Der Silberschwindel hatte gefährliche politische Formen angenommen. Hätte der demokratische Präsidentschaftskandidat Bryan gesiegt, so wäre die wirtschaftliche Welt durch eine Krisis von beispielloser Heftigkeit erschüttert worden. Da mir die Möglichkeit erwuchs, den interessanten Präsidentschaftswahlkampf sowohl im Lager der demokratischen, wie der republikanischen Partei zu beobachten und nahezu alle hervorragenden Darsteller in diesem politischen Drama persönlich kennen zu lernen, so war die Gelegenheit, in das Wesen der amerikanischen Demokratie einzudringen, ungewöhnlich günstig. Ich suchte in jenem Jahre auch einen Teil der Südstaaten auf: Kentucky, Tennessee, Georgia, Louisiana. Seit 1896 blieb ich

mit vielen bedeutenden Männern des amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Lebens in Fühlung und Meinungsaustausch.

Die Voraussetzungen für eine geistig ergiebige erneute Beobachtung des amerikanischen öffentlichen Lebens waren somit vorhanden, als ich anfangs Mai dieses Jahres abermals in New York eintraf, um den Sommer in Amerika zu verbringen. Ich habe in den Vereinigten Staaten bei dieser Reise dasselbe Beobachtungsfeld aufgesucht, das mir 1886 und 1893 bereits bekannt geworden war. Der Vergleich zwischen dem, was ich jetzt sah, und dem, was ich früher gesehen hatte, erwies sich als besonders lehrreich. Außerdem zog ich diesmal Canada in den Kreis der Beobachtung ein. Von Vancouver bis Quebec lernte ich entlang der Canadian-Pacific-Eisenbahn ein gut Teil dieses beginnenden Weltreichs kennen.

Die Briefe, die ich der Frankfurter Zeitung schickte, sind allesamt ein Niederschlag unmittelbarer Eindrücke. Ich habe der Versuchung widerstanden, sie nachträglich zu retouchieren und nur hie und da eine Wiederholung ausgemerzt. Wenn diese Briefe einigen Wert haben, so liegt er in der Frische des Eindrucks, den sie wiedergeben.

Berlin, im November 1907.

Theodor Barth.

I.

Erste Eindrücke.

New York, den 19. Mai.

Als ich vor 21 Jahren die Vereinigten Staaten zum ersten Male kennen lernte und daran ging, die nächsten verwirrenden Eindrücke dieses quirlenden Treibens zu ordnen, war es ein Gedanke, der mich sofort gefangen nahm, mich nie wieder frei ließ, und mich bei allen späteren Betrachtungen des amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Lebens begleitet hat. Jetzt, da ich nach einer Pause von zehn Jahren gerade zehn Tage wieder hier bin, drängt sich dieser Gedanke bei allem, was ich beobachte, aufs neue an mich heran. Wohin ich blicke, sehe ich unausgeglichene Gegensätze, ein sonderbares Nebeneinander, das durch kein zusammenfassendes geistiges Band, am wenigsten durch ein logisches, verknüpft ist. Dieses Unsystematische der ganzen amerikanischen Kulturentwicklung ist nicht zum wenigsten schuld daran, daß die amerikanische Union, insbesondere auch in ihren öffentlich rechtlichen Lebensäußerungen, selbst von scharfsichtigeren Beobachtern so oft unrichtig, weil in der Regel einseitig, beurteilt wird. Nirgends ist die Gefahr des Generalisierens größer als bei der Kritik amerikanischer Charaktereigenschaften und amerikanischer Zustände. Ohne Zweifel geht durch das ganze wirtschaftliche Leben des Landes ein stark materialistischer Zug, und oberflächliche Beobachter haben gelegentlich die Yankees als ein

Volk dargestellt, für das die Jagd nach dem Dollar dieselbe Bedeutung gewonnen habe, wie für die früheren Besitzer des Landes, die Rothäute, die Jagd auf den Büffel. Dieselben Beobachter sahen im politischen Leben, in der staatlichen und noch mehr in der kommunalen Verwaltung, nur Korruption. Gewissenlosigkeit und die Unterschlagung öffentlicher Gelder. Auch das kommt vor, und nicht ganz selten. Aber neben der Dollarjagd und der Korruption der öffentlichen Verwaltung, und zwar manchmal unmittelbar daneben, hat sich ein Idealismus, eine Opferwilligkeit im öffentlichen und sozialen Dienst entwickelt, der jeden Vergleich mit ähnlichen Kundgebungen des Idealismus und der Pflichttreue in den entwickeltsten Kulturländern der alten Welt auszuhalten vermag. Im Yellowstone-Park gibt es einen Punkt, wo unmittelbar nebeneinander ein eisig kalter und ein heißer Strom laufen. Solche gegensätzlichen Strömungen sind charakteristisch auch für die moralische Entwicklung dieses Landes.

Der Fremde, der hierher kommt, wird diese allenthalben auftauchenden Gegensätze leichter gewahr, als der Einheimische, der sich längst daran gewöhnt und damit allmählich auch den Sinn für eine einheitliche und systematische Gestaltung des Lebens nach und nach eingebüßt hat. Das Bedürfnis nach einer sozialen und politischen Harmonie ist im allgemeinen sehr gering entwickelt.

W a l l s t r e e t , die typische Verkehrsader der materialistischen Welt, mündet beim Broadway auf den Kirchhof der Trinity church. Ein äußerst wirksamer Kontrast! Aber die Hunderttausende, die alltäglich zwischen diesem Kirchhof und Wallstreet hinauf- und hinunterfluten, empfinden den Kontrast ebensowenig wie die anderen Kontraste, die den Fremden auf Schritt und Tritt entgegentreten. Kein Volk ist so erfinderisch auf dem Gebiete der Verkehrserleichterung,

wie das amerikanische, aber es geht ziemlich gleichgültig in den verkehrsreichsten Straßen an Löchern im Pflaster vorüber, in denen sich Pfützen von Regenwasser und Straßenkot angesammelt haben und Menschen und Pferde Gefahr laufen, sich die Beine zu brechen. In New York und in anderen großen Städten des Landes wachsen die Gebäude bis zur schwindelnden Höhe des babylonischen Turmes an. Nahe bei diesen architektonischen Ungetümen stößt man auf kleine zwei- oder dreistöckige Häuser. Man fragt sich, wozu die übertriebene Ausnutzung des Grund und Bodens, wenn man ein paar hundert Schritte weiter noch Platz genug hat, um normale Geschäftshäuser zu errichten? Es erscheint nur verständlich, wenn man sich zugleich vergegenwärtigt, daß diese amerikanische Abgestumpftheit gegen Kontraste mit einer ausgeprägten Neigung für alles Superlative eng verknüpft ist. Das höchste Bauwerk der Welt, das schnellste Pferd, das teuerste Bild, den wertvollsten Brillanten, die umfangreichste Bibliothek im Lande zu haben, den reichsten Mann der Welt zu seinen Mitbürgern zählen zu können, erfüllt den Durchschnittsamerikaner mit Stolz und Befriedigung. Aber es ist auch nicht ohne Reiz für ihn, das schlimmste Erdbeben, das je da war, miterlebt, ein Schadenfeuer von ungeheuren Dimensionen wahrgenommen zu haben, oder sonst an einer Begebenheit beteiligt gewesen zu sein, die, so wenig erfreulich an sich sie auch sein mochte, seinen Sinn für Superlative befriedigte. Ich erinnere mich, daß mich einmal ein Bürger einer großen amerikanischen Stadt auf ein riesiges Rathaus aufmerksam machte, dessen architektonische Reize sehr minderwertig waren, von dem er aber nicht ohne einen Anflug von Lokalpatriotismus erklärte, es sei bei der Herstellung dieses Rathauses mehr gestohlen worden, als bei der Errichtung irgend eines anderen Rathauses der Erde. „The biggest

steal in the world.“ Bei dem Bau der Wolkenkratzer spielt dieses Bestreben nach sensationeller Überbietung alles dessen, was auf demselben Gebiete bisher da war, sicher keine geringe Rolle. Die jüngste Wolkenkratzer-Sensation ist ein Neubau am Broadway, das Singer-Building, das nach seiner Fertigstellung die Kleinigkeit von 42 Stockwerken aufzuweisen haben wird. Eine große Versicherungsgesellschaft soll daraufhin beschlossen haben, ein Gebäude von 45 Stockwerken zu errichten. Dann besitzt sie das höchste Wohngebäude der Welt. Eine Tatsache, die für die Erbauer zugleich eine Reklame und eine Befriedigung der Phantasie bedeutet. Übrigens muß ich gestehen, daß das Städtebild, das diese riesigen Wolkenkratzer darbieten, nicht bloß eigenartig, sondern durch die gewaltigen Proportionen der Bauwerke höchst eindrucksvoll ist.

Ein Land der unausgeglichenen Gegensätze, als solches präsentiert sich Amerika auch in den sozialen und politischen Erscheinungen. Viele Jahrzehnte hindurch hat die demokratische Republik die Negersklaverei, als eine legitime Institution geduldet, und selbst heute noch kann in einem großen Teil der Union von einer wirklichen Rechtsgleichheit gegenüber der farbigen Bevölkerung nicht gesprochen werden. Vor wenigen Tagen ist der japanische General Kuroki hier so gefeiert worden, wie ein Moltke ausgezeichnet worden wäre, wenn er nach dem deutsch-französischen Kriege New York besucht hätte. Aber während man Japan an der atlantischen Küste Feste gibt, weist man an der pazifischen Küste die japanischen Kinder aus den öffentlichen Schulen des Landes aus. Mir erzählte ein Freund, daß nach der Ermordung Mac Kinley's Politiker in leitender Stellung allen Ernstes daran gedacht haben, die Einführung einer veritablen Zensur vorzuschlagen. Die öffentliche Meinung war gegen die Anarchisten so aufgebracht, daß selbst die Einschränkung des bedeutsamsten demokratischen

Prinzips, des Prinzips der freien Meinungsäußerung, bei der herrschenden Lynchstimmung diskutierbar erschien. Präsident Roosevelt genösse nicht eine so breite Popularität, wie er sie tatsächlich besitzt, wenn er nicht in seiner Persönlichkeit so viele der charakteristischen nationalen Gegensätze vereinigte. Oberst eines Regiments der „Rauhen Reiter". Hauptträger der imperialistischen Idee und Inhaber des Friedenspreises der Nobelstiftung, alle diese Eigenschaften sind in demselben Charakter vereinigt. Er führt Krieg gegen die Trusts, die aus dem Protektionismus ihre Hauptkraft schöpfen, und er behandelt den Dingleytarif als ein noli me tangere. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß alles, was er tut, aus dem Bestreben erwächst, den öffentlichen Interessen seines Landes zu dienen. Aber seine Regierungshandlungen sind nicht systematisch miteinander verknüpft. Gerade dieses Sprunghafte und Impulsive seiner Natur scheint ihn seinen Landsleuten teuer zu machen. Er ist das getreue Abbild mancher ihrer größten Tugenden und Fehler. Daß diese Unbekümmertheit um den inneren Zusammenhang dessen, was man tut, nicht wenig zu den großen Erfolgen der Amerikaner sowohl in der Volkswirtschaft wie in ihrer internationalen Politik bisher beigetragen hat, scheint mir außer Frage zu stehen.

„Ein Mensch, in dem Gedanke um Gedanken
Aufsprießt, ist seines Ziels nie klar bewußt,
Weil einer stets den andern macht erkranken."

Die frische Draufgängerei des typischen Amerikaners, die sich wenig darum kümmert, ob das, was man tut, mit dem zusammenstimmt, was man gestern bekannte, hat Amerika zu einer rapiden Entwicklung verholfen. Man hat ein Segel nach dem andern aufgesetzt, um die Fahrt zu beschleunigen. Das Vertrauen in die Zukunft des Landes blieb ein ungemessenes, und dieser grenzenlose Optimismus

erweckte eine grenzenlose Unternehmungslust. Es liegt auf der Hand, daß diese Entwicklung nicht beständig andauern kann und daß gerade aus dieser Systemlosigkeit, aus dem unbekümmerten Nebeneinanderwirken der verschiedenartigsten Entwicklungstendenzen, die schwierigsten administrativen, sozialen und ökonomischen Probleme erwachsen müssen. Der nachdenklichsten Köpfe bemächtigt sich denn auch mehr und mehr das Gefühl, daß die naturalistische Entwicklungsperiode dieser großen Republik bereits in einer nahen Zukunft von einer Periode abgelöst werden wird, in der alle schwierigen Probleme der modernen staatlichen Gemeinschaft in zugespitzter Form sich geltend machen müssen.

Einstweilen jedoch lebt die große Masse, welche die öffentliche Meinung bildet, noch unbekümmert um das, was eine spätere Zukunft bringen kann, optimistisch in den Tag hinein. Jeder Tag hat seine eigene Plage, sorget nicht für den kommenden Morgen! Times are prosperous. Solange die ökonomisch günstigen Zeiten anhalten, läßt man sich keine grauen Haare über das, was später kommen kann, wachsen. Von einer Reform des Dingleytarifs, der mit seinen absurd hohen Zollsätzen zur Verteuerung des hiesigen Lebens so wesentlich beiträgt, ist zurzeit ernstlich nirgends die Rede. Gelegentlich erscheint eine Publikation, wie noch kürzlich das vortreffliche Buch von Franklin Pierce „The Tariff and the Trusts“, in dem der Widersinn des Dingleytarifes, seine Eigenschaft als Nährmutter des Trustwesens und seine kolossale Belastung des amerikanischen Konsums in beredter Sprache dargelegt wird. Aber Reformregungen der öffentlichen Meinung, welche die schutzzöllnerischen Politiker ernsthaft beunruhigen könnten, sind zurzeit nicht erkennbar. Nichts spricht dafür, daß in der nächsten Zeit die Zolltariffrage einen gewichtigen Faktor in den politischen Kämpfen bilden wird.

Deutschland wird das Zollprovisorium, das es jüngst mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen hat, wohl noch lange fortsetzen müssen. Man wird bei uns gut daran tun, sich den Weg einer einfachen Verlängerung dieses Provisoriums nicht durch die üblichen vorzeitigen Renommistereien von den handelspolitischen Heldentaten, die man demnächst zu verrichten gedenkt, zu verlegen. Den hiesigen Schutzzöllnern würde nichts gelegener kommen, als ein handelspolitischer Krakehl mit Deutschland. Retorsionsdrohungen verfangen dem Volk der Vereinigten Staaten gegenüber absolut nicht. Zollreformen freihändlerischer Natur werden nur aus selbständigen Entschlüssen des amerikanischen Volkes hervorgehen. Ich habe nie daran geglaubt, daß in absehbarer Zeit zwischen Deutschland und der amerikanischen Union ein Tarifvertrag zustande kommen werde. Ich glaube heute weniger als je daran. Nicht daß etwa eine besondere Abneigung gegen Deutschland bestände; im Gegenteil, ich finde, daß der Wunsch, freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland zu unterhalten, lebhaft und völlig aufrichtig ist. Aber der Gedanke, durch handelspolitische Abmachungen nach irgend einer Richtung sich die Hände zu binden, ist dem Amerikaner durchweg wenig sympatisch.

Anders liegt es mit der Verfolgung von Grundsätzen des Völkerrechtes, dessen Ausgestaltung in humanitärer Richtung den Neigungen des Amerikaners zur Förderung praktischer Moral entspricht. Ich habe Gelegenheit gehabt, das schon in den ersten Tagen meines diesmaligen Aufenthaltes in New York zu erproben. Die Äußerungen, die Fürst Bülow über die Entwaffnungsfrage auf der Haager Konferenz im Reichstage gemacht hat, und die, wie es scheint, in Deutschland fast durchweg sehr befriedigt haben, sind in Amerika keineswegs günstig aufgenommen worden. Der Anschein, als

ob die deutsche Regierung der Haager Konferenz lau und flau gegenüberstehe, ist verstärkt worden. Daß es in Deutschlands Interesse liege, im Auslande einen solchen Eindruck hervorzurufen, will mir nicht recht einleuchten. Ich bin überzeugt, daß auf der Haager Konferenz wenigstens die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See glücklich gelöst werden kann, wenn Deutschland mit der amerikanischen Regierung zusammen eine energische Initiative entwickelt.

Allerdings gibt es ja auch in Amerika Feuerfresser, die unter mitleidigem Lächeln auf die naiven Leute herabblicken, die von der Notwendigkeit beständig wachsender Rüstungen zu Wasser und zu Lande nicht überzeugt sind. Man fühlt sich als starker Geist, indem man die ultima ratio regum auch als Fundament republikanischer Staatsweisheit behandelt. Aber die öffentliche Meinung des Landes reagiert doch erheblich leichter als bei uns auf Erwägungen humaner und moralischer Natur. Der Krieg mit Spanien um Kubas willen wäre schwerlich durchzusetzen gewesen, wenn nicht ein aufrichtiges Mitgefühl mit den Leiden der Kubaner unter der spanischen Kolonialtyrannei in den Vereinigten Staaten lebendig gewesen wäre. Hätte man dieses Kriegsmotiv in Europa richtiger eingeschätzt, so würde man weniger, als man es war, darüber verwundert gewesen sein, daß Kuba von den Amerikanern beim Frieden nicht einfach in die Tasche gesteckt wurde. Die Annexion unterblieb nicht aus äußeren Gründen, sondern gemäß der freien Entschließung des Siegers. Wenn dieser Sieger nach einiger Zeit über die Annexion von Kuba anders denken sollte, so braucht er nur einen Finger zu rühren und, die Perle der Antillen ist sein.

Es gibt kein Staatsgebilde auf dieser Erde, das so sehr der souveräne Herr seines politischen Schicksals wäre, wie die Vereinigten Staaten.

II.

Lake Mohonk und Ellis Island.

Lake Mohonk, 25. Mai.

Ich vermute, daß in dem geographiekundigen Deutschland gar mancher eine korrekte Antwort auf die Frage, wo der Mohonk-See liegt, schuldig bleiben wird. Ich will gestehen, daß ich bis vor wenigen Tagen auch nur eine sehr undeutliche Vorstellung von diesem wundervollen Gebirgssee hatte, an dessen Ufer ich einer der orginellsten Veranstaltungen des amerikanischen öffentlichen Lebens beigewohnt habe. Im Innern des Staates New York, zwischen dem Hudson und den Catskills-Bergen, befindet sich ein Höhenzug, der den romantischen Namen Shawangunk trägt. Eingebettet zwischen phantastisch zerklüfteten Felsenriffen, liegen hier in wundervoller Einsamkeit mehrere klare Bergseen, deren blaugrünes Gewässer, von Laub- und Nadelholz eingerahmt, besonders gegen Abend die herrlichsten Farbenwirkungen hervorruft. Der schönste dieser Seen ist der Lake Mohonk. Ein großes Hotel — ein Hotel for prayers and diamonds, wie die böse Welt sagt — das nahezu fünfhundert Gäste aufnehmen kann, hat diese Gegend dem erholungsbedürftigen Publikum zugänglich gemacht. Die Besitzer dieses Hotels sind zwei Brüder Smiley, die im Laufe der Jahre die ganze Waldgegend, tausende von Acres, an sich gebracht, sie mit bequemen Fahr- und Fußwegen durchzogen, mit Rasen und Blumenanlagen

versehen und mit allem ausgerüstet haben, was einem verwöhnten Sommergast den Aufenthalt in der freien Natur angenehm machen kann.

Bis so weit hat diese Hotelgeschichte keinen charakteristischen Reiz. Albert K. Smiley ist aber nicht bloß Hotelbesitzer, sondern auch Philanthrop, Quäker, Temperenzler strengster Observanz und opferbereiter Freund aller Bestrebungen, die der internationalen Schiedsgerichtsbewegung dienen. In seinem Hotel wird kein Tropfen Spirituosen verabreicht, und an Sonntagen darf kein Gast ankommen oder abreisen. Derselbe Mann versammelt zweimal im Jahre mehrere Hundert der angesehensten Männer und Frauen des Landes in seinem Hause, bewirtet sie als seine persönlichen Gäste und verhandelt mit ihnen im Mai über Mittel und Wege, um den Frieden der Welt möglichst sicherzu stellen, und im Oktober über Mittel und Wege, die zu einer Verbesserung der Lage der Indianer beitragen können.

Vom 22. bis zum 24. Mai war die International Arbitration Conference am Mohonk-See versammelt. Mehr als dreihundert Personen, Männer und Frauen, waren anwesend und drei Tage lang wurde in einer Morgen- und Abendsitzung über die Fragen verhandelt, die mit der Schiedsgerichtsidee in Verbindung stehen. Der Präsident der Columbia-Universität Nicholas Murray Butler führte den Vorsitz. Seine Geschäftsleitung war mustergültig. In der Versammlung waren die bedeutendsten Faktoren der amerikanischen Kultur vertreten: Universitäten, Handelskammern, der Richterstand, die Kirche, die Schule, die Armee und die Flotte, die Diplomatie und die Gesetzgebung. An den Debatten beteiligten sich Männer, die als Kongreßmitglieder, als Richter des obersten Bundesgerichtshofes, als frühere Botschafter, als ehemalige

Minister, als Chefs staatlicher Schulverwaltungen, als Leuchten der Wissenschaft, als Leiter großer kommerzieller Unternehmungen, als Führer innerhalb des kirchlichen Lebens nationalen und vielfach darüber hinaus selbst internationalen Ruf haben. Auch der frühere Botschafter in Berlin Andrew D. White hatte ein Referat übernommen. Der bekannte Präsident Eliot von der Harvard University, ein Mann mit einschmeichelnder Beredsamkeit, nahm mehrmals das Wort. Selbst ein General und ein noch im Dienst stehender Admiral beteiligten sich an den Verhandlungen. Die aktiven Gesandten Mexikos und Bolivias in Washington erstatteten Berichte. Es war im besten Sinne des Wortes eine repräsentative Versammlung, wie dazu geschaffen, die landläufigen europäischen Urteile von einem im Materialismus versunkenen Yankeetum zu zerstören. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß es ganz unmöglich sein würde, im heutigen Deutschland eine ähnliche Versammlung leitender Männer des öffentlichen Lebens zur Förderung einer internationalen Angelegenheit idealistischen Charakters zusammenzubringen.

Und nun die Verhandlungen selbst! Im Mittelpunkt aller Erörterungen stand die zweite Haager Konferenz. Wie sichern wir dieser Konferenz einen Erfolg, wie läßt sich verhindern, daß diese Konferenz, an welche sich so viele Friedenshoffnungen knüpfen, resultatlos verläuft? Diese Fragen wurden mit dem größten sittlichen Ernst und bewunderswürdiger Klugheit behandelt. Obgleich die große Mehrheit der Versammlung dem Abrüstungsgedanken sehr sympathisch gegenüberstand, und obwohl in der vorjährigen Zusammenkunft ein Beschluß gefaßt war, der die Regierung in Washington aufforderte, Abrüstungspläne zu unterstützen, wurde ein Antrag, der nur darauf hinauslief, die Anregung der vorjährigen Versammlung zu wiederholen, abgelehnt. Man wollte selbst

den Schein vermeiden, als beabsichtige man, die Haager Konferenz mit Fragen zu belasten, deren Lösung zurzeit noch praktisch aussichtslos erscheint. Um so mehr Gewicht legte man auf die Unterstützung solcher Reformen des Völkerrechts, für welche die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt bereits gewonnen ist, und die bei einigem guten Willen der Regierungen dieses Mal im Haag durchgesetzt werden können. Dahin gehört vor allem die Einführung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in die Reihe der festen Grundsätze für den internationalen Verkehr. Andrew D. White gab dem Wunsch nach dieser Reform und der Hoffnung, daß sie dieses Mal durchgesetzt werden würde, in beredter Weise Ausdruck, und jeder Redner, der vor und nach ihm zu diesem Thema sprach, erklärte sich ohne jede Einschränkung für die endliche Feststellung dieses Grundsatzes. In den von der Konferenz gefaßten Resolutionen nimmt denn auch die Forderung der Feststellung des Prinzips der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See einen wichtigen Platz ein, und für diese Reform des Völkerrechts wird von der zweiten Haager Konferenz eine endgültige Aktion verlangt. Eine Waffenbrüderschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bei einem solchen Anlaß würde den wohlverstandenen Interessen unseres Landes um so mehr entsprechen, als in dieser Frage die zwanzig süd- und mittelamerikanischen Republiken, die neben der amerikanischen Union auf der Haager Konferenz mit vertreten sein werden, sicher allem zustimmen, was die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten sicherstellt. Der Einfluß Europas auf diese Republiken geht mehr und mehr zurück, während die Vereinigten Staaten alles tun, um die kommerziellen wie die politischen Beziehungen zu den amerikanischen Schwesterrepubliken intimer zu gestalten. Wenn Deutschland in einer solchen Frage sich ablehnend oder

lau verhalten sollte, würde es auch in Süd- und Mittelamerika an politischem Einfluß verlieren.

Die Konferenz am Lake Mohonk, woselbst in einer von Lederstrumpfstimmung erfüllten Landschaft die fine fleur amerikanischer geistiger Kultur sich darstellte, und ein Besuch auf Ellis Island, der Riesenpforte, durch welche eine Million Einwanderer jährlich in das Gebiet der großen amerikanischen Republik einströmt: welch ein Gegensatz! — Unter allen Leistungen der amerikanischen Union erscheint keine imponierender als jene, die sie in ihrer Eigenschaft als Nationalitäten-Schmelztiegel vollbracht hat. Wir quälen uns in Deutschland damit ab, kleine Bruchteile einer fremden Nationalität staatlich zu verdauen, und hier verschlingt ein gewaltiges demokratisches Gemeinwesen Jahr aus Jahr ein Massen des sprödesten fremdartigen Nationalitätenmaterials. Bis vor wenigen Jahren bestand der Hauptstrom der Einwanderer aus Nordeuropäern, Engländern, Iren, Deutschen, Skandinaviern. Daß diese blutsverwandten Elemente verhältnismäßig leicht in den Kreislauf des amerikanischen staatlichen Organismus übergeführt wurden, ließ sich verstehen. Seitdem jedoch Italiener, Slawen und russische Juden den Hauptteil der Einwanderer bilden, hat das Problem der Amalgamierung einen wesentlich veränderten Charakter bekommen. Allein in der Stadt New York leben heute Hunderttausende russischer Juden. Jerusalem war in seiner höchsten Blüte eine jüdische Kleinstadt verglichen mit dem heutigen Groß-New York, das alles in allem heute eine jüdische Bevölkerung von mehr als dreiviertel Millionen Einwohnern umfaßt. Nichts ist interessanter und lehrreicher als die Entwicklungsgeschichte einwandernder russischer Juden. Sie bleiben mit Vorliebe in New York, wo sie Verwandte, Freunde, Bekannte aus der russischen Heimat treffen. So finden sich gelegentlich halbe

russische Ortschaften in einzelnen Stadtteilen New Yorks wieder. Diese Gruppen halten zunächst eng zusammen, teilen sich die Nachrichten aus der Heimat mit, unterstützen sich gegenseitig. Dann tritt ein Auflockerungsprozeß ein. Die Kinder werden einer erzieherischen Appretur unterworfen und lernen mit überraschender Geschwindigkeit sich in dem fremden Lande zurechtzufinden. Sie gehen in amerikanische Schulen über und sind in wenigen Jahren so sehr amerikanisiert, daß sie ihre eigenen Eltern nicht mehr verstehen. Die Familien trennen sich. Die jüngeren Mitglieder passen sich den amerikanischen Sitten, den neuen Lebensgewohnheiten, den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen an, werden selbst ihrer alten Religion vielfach entfremdet. Diese Entwicklung bedeutet für die Jugend der russischen Einwanderung nicht selten den Verlust jedes Ideals. Sie haben die alten Götter zerschlagen und noch keine neuen wiedergefunden. Ihre Intelligenz ist regsam geblieben, aber ihr Gefühlsleben degeneriert. Hier liegt, wie es scheint, der schwierigste Teil des russisch-jüdischen Einwanderungsproblems: in dieser staunenswerten Anpassungsfähigkeit des jüngeren Elements an die neuen Lebensbedingungen, nicht in der Sprödigkeit der älteren Einwanderer, sich in das amerikanische Leben einzufügen. Ich habe Gelegenheit gehabt, einem Festakt in einer Schule der Educational Alliance beizuwohnen, in der die Kinder eben eingewanderter russischer Juden unterrichtet werden. Mehrere Hundert jüdischer Knaben und Mädchen waren in einem schlichten Saal versammelt. Keines der Kinder war länger als ein Jahr im Lande, viele erst einige Wochen. Jedes Kind trug als Abzeichen eine kleine amerikanische Flagge. Es wurden Lieder gesungen zum Preise amerikanischer Freiheit und schließlich Medaillen an die verteilt, die in der verflossenen Woche besonders fleißig und brav gewesen waren. Der Festakt war äußerst eindrucks-

voll. Alle Kinder sauber und nett gekleidet, die Gesichtszüge ernst, die Haltung vielfach noch gedrückt. Kinder, die erst vor wenigen Monaten den amerikanischen Boden betreten hatten, wußten sich schon recht gut in englischer Sprache auszudrücken. Der Leiter der Anstalt ließ die prämiierten Kinder vortreten, fragte sie nach ihrer früheren Heimat und nach ihrem Schicksal. Die meisten von ihnen waren grausigem Elend entronnen. Sie betrachteten Amerika als das Land der Freiheit, das Land der Erlösung von unerträglichem Druck. Schließlich hielt eine junge, verheiratete Frau, die dem Festakt als Zuhörerin beiwohnte, eine kurze Ansprache, die in ihrer schlichten Beredsamkeit so ergreifend war, daß kein Auge trocken blieb. Sie erzählte, wie sie, vor zwölf Jahren aus der alten, russischen Heimat vertrieben, auf denselben Schulbänken gesessen habe, was sie dort gelernt und wie sie allmählich Amerikanerin geworden sei. Nun gehe es ihr gut, sie sei verheiratet, habe eine glückliche Häuslichkeit, das alles verdanke sie diesem großen, freien Gemeinwesen, das sie und die Ihrigen gastlich aufgenommen habe. Nie werde sie die Dankbarkeit vergessen, die sie ihrem neuen Heimatland schulde.

Zwischen diesen Einwandererkindern aus dem fernen Osten Europas, die den ersten Leitfaden in die Hand bekommen, um sich in dem verwirrenden amerikanischen Getriebe zurechtzufinden, und jener Konferenz in Mohonk, auf der sich Vertreter der ältesten und reifsten Kultur zusammenfanden, breitet sich das öffentliche Leben der Vereinigten Staaten mit seinen tausendfältigen Kontrasten aus. Alles ist noch im Werden, nichts erscheint völlig fertig. Die größten Probleme des staatlichen Lebens liegen vor uns. Kaum eines dieser Probleme erscheint endgültig gelöst. Die Entwicklung ist alles, das Endziel nichts. Die Energie, mit der man an alles herangeht, die Hoffnungsfreudigkeit, die an nichts verzweifelt, die Schaf-

fenslust, die kein Hindernis für unüberwindlich hält, mit einem Wort die Willenskraft dieses gewaltigen Staatskörpers ist imponierend. Und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Dieses Wort ist nicht auf amerikanischem Boden entstanden, aber es gibt kein Land, in dem der Satz tiefer in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen wäre.

III.

Präsident Roosevelt.

Washington, 5. Juni.

In diesem Lande, in dem bei oberflächlicher Betrachtung die Zukunft alles, die Gegenwart wenig, die Vergangenheit nichts zu sein scheint, ist die Neigung zur Heroenverehrung vielleicht stärker ausgebildet, als in unserem alten Kontinent. Die Entwicklungsgeschichte der Nation wird, historisch betrachtet, nur von einer kurzen Spanne Zeit umfaßt. Was in dieser Zeit Großes geleistet wurde, muß die ganze geschichtliche Phantasie des Volkes ausfüllen. Niemand, der das heutige Amerika richtig verstehen will, darf diese Neigung zum Heroenkultus außer Augen lassen. Wer nur in den Wolkenkratzern ein Abbild des heutigen amerikanischen Lebens erblickt, geht sehr in die Irre. Das altmodische Holzhaus auf Mount Vernon bedeutet für die Erkenntnis der Seele dieses Volkes mehr, als alle Wolkenkratzer zusammengenommen.

Mount Vernon ist der Landsitz George Washingtons, woselbst er vom Kriegsgetümmel und der Staatengründung ausruhte. Dort sind auch seine sterblichen Überreste beigesetzt. Auf einer kleinen Anhöhe am Ufer des Potomac zwischen grünen Wiesen und dichten Bäumen gelegen, bietet das Landhaus ein Bild behaglicher Ruhe. Haus und Garten sind nach Möglichkeit so erhalten, wie sie zu Washingtons Zeit waren. Vom Schlachtschwert bis zur Schuhschnalle, vom Klavier bis

zur Schnupftabaksdose und der Kücheneinrichtung ist alles zusammengetragen, was an den großen Mann erinnert. Die altmodischen Buchsbaumhecken des Gartens gemahnen an einen gärtnerischen Geschmack, der nicht mehr der unsere ist, die primitiven Bauten an eine Einfachheit, die wohltuend absticht von dem Prunk von heute. Unwillkürlich fühlt man sich veranlaßt, Vergleiche zu ziehen. Voltaires Ruhesitz am Genfer See und Friedrichs des Großen Sanssouci kommen uns zunächst in den Sinn. Mount Vernon ist bescheidener als beide, und in seiner Einfachheit gerade doch von außerordentlicher Wirkung. Washingtons schlichte Größe, die Reinheit seines Charakters, das Anspruchslose in seiner ganzen Lebenshaltung stimmt mit dieser schlichten Umgebung so harmonisch zusammen, daß der Besucher unmittelbar ergriffen wird. Mount Vernon ist im Laufe der Jahre ein politisches Mekka der Amerikaner geworden. Tag aus Tag ein wallfahrten aus allen Teilen der Union patriotische Amerikaner nach Washingtons Grabe. Die erzieherische Wirkung, die ein solcher Platz mit seinen geschichtlichen Erinnerungen auf den Geist eines Volkes ausübt, ist nicht leicht zu überschätzen. Die Erinnerungsstätte liegt nicht weit von der Bundeshauptstadt entfernt. Man kann in kaum mehr als einer Stunde mit dem Dampfer dorthin gelangen. Ich habe den Ort an einem wunderschönen Frühlingsmorgen gesehen und hatte einen entzückenden Eindruck. Zurückkehrend kam der Dampfer dicht an der Stelle vorbei, wo die vom deutschen Kaiser geschenkte Statue des großen Schloßherrn von Sanssouci aufgestellt ist. War in Mount Vernon alles Harmonie, so dort, wo heute das Standbild des großen Friedrich steht, alles Disharmonie. Von der Terrasse vor dem Army War College blickt der Preußenkönig auf eine wüste Umgebung von Baracken, Strauchwerk und Bauschutt; er harrt der Gesellschaft seiner Pairs, Alexanders des Großen,

Caesars und Napoleons, deren Denkmäler in seiner Nähe aufgestellt werden sollen. Einstweilen aber ist der Gegensatz schneidend zwischen dem Sanssouci George Washingtons und dem stimmungslosen Ort, der die monumentale Erinnerung an Washingtons großen Zeitgenossen auf dem Throne Preußens lebendig machen soll. Es war kein glücklicher Gedanke, den Amerikanern dieses Geschenk zu machen. Man hätte eine Statue Washingtons im preußischen Sanssouci aufstellen oder ein Denkmal Benjamin Franklins vor der Berliner Universität aufrichten sollen. Für diese internationale Aufmerksamkeit würden die Amerikaner ein volles Verständnis gehabt haben.

Unser Dampfer hält, wir sind in der Hauptstadt der amerikanischen Union.

In keinem anderen Reiche gibt es eine Hauptstadt, deren Interessen so ausschließlich von der Politik beherrscht werden, wie das bei der Bundeshauptstadt Washington der Fall ist. Hier hängt alles direkt und indirekt von der Regierung und dem Kongreß ab, oder mittelbar und unmittelbar mit diesen obersten Faktoren des politischen Lebens der Vereinigten Staaten zusammen. Das Parlament und das Beamtentum geben der Stadt ihren Charakter; Handel und Industrie treten völlig zurück. Die Zentralfigur in dieser durch und durch politischen Stadt, der einzigen amerikanischen, in der, nebenbei bemerkt, die Einwohner keinerlei Stimmrecht haben, ihr Gemeinwesen auch nicht selbst verwalten, ist der Präsident der Republik. Der Macht und dem Einfluß dieses Präsidenten sind in der Bundesverfassung weite Grenzen gezogen. Er kann diese Grenzen aber nur ausfüllen, wenn er die öffentliche Meinung hinter sich hat. Mit andern Worten: seine Macht hängt wesentlich ab von seiner Popularität. Seit Andrew Jackson hat kein amerikanischer Präsident eine solche Volks-

gunst genossen wie Theodore Roosevelt. Abraham Lincolns Popularität war eine posthume. So lange er am Ruder war, fand er, selbst in seiner eigenen Partei, nur in beschränktem Maße Anerkennung und Zustimmung. Seine gewaltige Stellung im Herzen des Volkes ist ein Produkt späterer historischer Würdigung. Ob Roosevelt in fünfzig Jahren neben Abraham Lincoln einen Platz finden wird, kann füglich bezweifelt werden. Daß er dagegen sich heute einer immensen Popularität erfreut, steht außer Frage. Seine Beliebtheit ist nicht auf den Osten, Norden und Westen und nicht auf seine eigene Partei beschränkt; er hat auch im Süden und unter den Demokraten lebhafte Bewunderer. Die Jugend, besonders die akademische, schwärmt für ihn; auch die Arbeiter können, wie ich aus dem Munde hervorragender Gewerkschaftsführer hörte, ihn gut leiden. Was jedoch seiner Stellung den eigentlichen Halt gibt, ist das Vertrauen der breiten Mittelklasse, die in ihm den entschlossenen Vorkämpfer gegen die Übergriffe des Reichtums und die Bedrohung der Armut sieht. Diese Volkstümlichkeit des Präsidenten Roosevelt weckt natürlich neben der Begeisterung auf der einen auch die Kritik auf der anderen Seite, und diese Kritik nimmt alle Formen an, vom gutmütigen Spott bis zur patriotischen Warnung. Dem feineren Geschmack erscheint das Wesen des temperamentvollen Mannes, seine draufgängerische Manier in Worten und Handlungen, die Rücksichtslosigkeit in der Beurteilung dessen, was ihm falsch und anfechtbar erscheint, die Ungeniertheit seiner Ausdrucksweise, nicht „dignified" genug. Die Satire behandelt mit Vorliebe die unendliche Vielseitigkeit des Mannes, der heute Geschichte schreibt, morgen eine Flottenparade abnimmt, übermorgen sich über die Reitkünste einiger Offiziere in der Armee mißbilligend ausläßt; bald dem Farmer gute Lehren gibt, wie er seinen Stall einzurichten hat, bald für

bessere Behandlung der Frauen plädiert; hier einen Naturforscher abkanzelt, der über das Verhalten von Wölfen und Luchsen eine Meinung geäußert hat, die dem erfahrenen Jäger Roosevelt irrig erscheint, dort einem Eisenbahnmagnaten seine kapitalistischen Sünden vorhält. Als der Präsident kürzlich auf eine Anfrage, was er von den diesjährigen Frühlingshüten der Damen halte, sich nicht für kompetent erklärte, ein Urteil zu fällen, erschien in einer großen New Yorker Zeitung ein langes Gedicht, in dem die Tatsache gefeiert wurde, daß endlich ein Gegenstand gefunden sei, über den Theodore Roosevelt keine eigene Meinung habe. Daneben machen sich aber auch wieder Stimmen bemerkbar, welche die Eigenwilligkeit und das absprechende Wesen des Mannes, neben seiner ungeheuren Popularität, für ein Zeichen einer bedenklichen Neigung zur Selbstherrlichkeit halten, deren Weiterentwicklung den ganzen Charakter der Exekutivgewalt in cäsaristischer Richtung zu ändern geeignet sei. Der Cassius, der es sich besonders angelegen sein läßt, vor dem demokratischen Caesar zu warnen, ist der einflußreiche Senator Foraker von Ohio. Allerdings nimmt auch er nicht an, daß Roosevelt mit Absicht auf eine cäsaristische Ausbildung der Exekutive hinarbeite. Er fürchtet weniger die Absicht als die Wirkung.

Der fremde Beobachter, der das Verhalten des Präsidenten und die Haltung des Publikums ihm gegenüber von europäischen Gesichtspunkten aus betrachtet, wird leicht versucht, dem Überschwang an momentaner Begeisterung, die in Demokratien oft schneller reift, als unter anderen Staatsformen, eine größere politische Tragweite beizumessen, als ihr in Wirklichkeit zukommt. Das amerikanische Volk ist sehr impulsiv und ein Freund alles Superlativen. Seine Helden erhebt es gern bis in den Himmel, und der Beifall, der aus tausend Kehlen kommt, wirkt ansteckend auf Hunderttausende. Wer

hier zu Lande einmal populär geworden ist, dessen Popularität wächst schneeballartig weiter. Gegenwärtig gibt es kaum eine Handlung oder Äußerung des Präsidenten, die ihm nicht bald bei diesem, bald bei jenem Teil der Bevölkerung neue Anhänger schaffte. Was immer er tun mag, alles hat für das große Publikum Interesse. Mit der feinen Witterung, welche die hiesige Presse für das hat, was die große Masse des Lesepublikums zu interessieren vermag, berichten die Zeitungen denn auch mit einer Ausführlichkeit, die europäische Hofberichte in Schatten stellt, über alles, was der Präsident tut und sagt. Ob er seine Eisenbahnpolitik in einer großen Rede erörtert oder aus den Händen einer weißgekleideten Jungfrau einen Blumenstrauß entgegennimmt, in welcher Stellung er sich photographieren ließ, ob er einen Bären schießt oder eine Forelle angelt, daß er bei strömendem Regen verschmähte, einen Schirm aufzuspannen, wie er seine Söhne im Reiten unterrichtet, daß er im Vorübergehen bei einer Molkerei ein Glas Buttermilch getrunken und einem rußigen Arbeiter die Hand gedrückt hat: über dies alles wird aufs ausführlichste berichtet; auch der Applaus des Publikums bei seinem Erscheinen skalenartig vermerkt. Die Frage ist nun: sind das bloße Äußerlichkeiten, die den eigentlichen Charakter dieses großen demokratischen Gemeinwesens nicht berühren? Oder ist ein politischer Umbildungsprozeß im Gange, der langsam das Wesen der Exekutivgewalt verändert? Theodore Roosevelt schrieb, kurz bevor er zur Präsidentschaft berufen wurde, ein Buch über Oliver Cromwell, das bei seinem Erscheinen keine besonders große Beachtung gefunden hat. Ich habe einen Regentag benutzt, um es durchzusehen. Das Werk ist in mehr als einer Beziehung interessant; es ist, wie alles was aus Roosevelts Feder fließt, flott und anregend geschrieben, ohne Besorgnis, eine noch nicht völlig gereifte Überzeugung zum

Ausdruck zu bringen. In dem Schlußkapitel behandelt der Verfasser Cromwells persönliches Regiment. Man stößt dabei auf Äußerungen wie diese: „er war zu unduldsam Meinungen gegenüber, die von den seinigen abwichen, zu hartnäckig davon überzeugt, daß das, was er tue, richtig und weise sei, um wirklich geeignet zu sein, eine freie Regierung fortzuführen.“ (he was too impatient of difference of opinion, too doggedly convinced of his own righteousness and wisdom, to be really fit to carry on a free government.) An einer anderen Stelle heißt es: „Die Tatsache, daß er es gut meinte, und daß seine Beweggründe hohe waren, machte die Sache für das Volk durchaus nicht leichter.“ (the fact that he meant well, and that his motives were high, did not make it any the easier for the people.)

Roosevelts Gegner werden sehr geneigt sein, solchen historischen Betrachtungen gegenüber zu sagen: de te fabula narratur. Er selbst dagegen lacht darüber, wenn man ihm diktatorische Gelüste nachsagt. In der Unterredung, die ich mit ihm hatte, wandte sich das Gespräch zufällig dieser Anschuldigung zu. Das Lachen, mit dem er den Verdacht zurückwies, ein Diktator sein zu wollen, klang völlig aufrichtig. Ich habe die persönliche Bekanntschaft des gegenwärtigen Präsidenten bereits vor 21 Jahren gemacht, als er noch Zivildienstkommissar war, und sie vor 11 Jahren erneuert, als Roosevelt die Stellung eines New Yorker Polizeidirektors innehatte. Sein Wesen ist das alte geblieben. Keine Spur von Steifheit, Pedanterie oder Vornehmtuerei, sprudelnde Lebenskraft und eine geistige Elastizität, deren anziehende Wirkung leicht begreiflich ist. In einer so stark ausgeprägten Persönlichkeit steckt an sich schon etwas Repräsentatives. Hier hat die Würde nicht den Mann gemacht, so wie Kleider Leute machen, sondern der Mann trägt die höchste Würde wie einen bequemen Jagd-

anzug; darin liegt eine gewisse Vornehmheit und Superiorität. Jedenfalls hat man es mit einem eigenartigen Charakterkopf zu tun, der nie große Neigung verspürte, sich anderen unterzuordnen und heute, im Besitz weitester Volksgunst, natürlich weniger als je gewillt ist, sich in den Dienst einer Parteimaschine zu stellen. Nirgends ist es aber so schwer, wie in dieser großen Demokratie, den Regierungswagen vorwärts zu bringen, ohne sich einer Parteimaschine zu bedienen. Auch Roosevelt muß das immer aufs neue erfahren, und der stille Kampf gegen die Maschinenpolitiker der eigenen Partei ist nicht der geringste unter den politischen Kämpfen, die er durchzumachen hat.

Ist Roosevelt ein Staatsmann größeren Stils? Die Meinungen darüber gehen stark auseinander. Das in magnis voluisse reicht nicht aus, um einen Staatsmann zu schaffen, das Gewollte muß auch ausführbar sein und mit vorhandenen Mitteln und Kräften sich ausführen lassen. Kann man das von Roosevelts politischen Plänen sagen? Im Mittelpunkt seiner gesamten Politik steht zurzeit der Versuch, die aus den großen Kapitalsassoziationen sich entwickelnde Plutokratie den Gesamtinteressen des Landes zu unterwerfen, mit anderen Worten der Kampf mit den Trusts, um die abgekürzte Bezeichnung zu wählen. In diesem historischen Prozeß, in dem die Demokratie die Klägerin und die Plutokratie die Beklagte ist, fungiert Roosevelt gewissermaßen als General-Staatsanwalt. Wird er den Prozeß gewinnen? Das Urteil wird in letzter Instanz von der öffentlichen Meinung gesprochen werden, wenn die Entscheidung nicht durch einen Vergleich herbeigeführt wird. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht für einen Vergleich. Das gilt vornehmlich, wie ich glaube, für die riesige Kapitalmacht, die in den Eisenbahnen des Landes steckt. Daß

das gesamte Verkehrswesen der Herrschaft von ein paar Dutzend großen Eisenbahnmagnaten unterstellt bleibt, die das Schienennetz der Union unter rein privatkapitalistischen Gesichtspunkten verwalten, scheint auf die Dauer selbst in diesem Lande, in dem der Eigentumsbegriff stärker ausgebildet ist, als in jedem Lande Europas, nicht angängig. Daß die Union die Privateisenbahnen zum Bundeseigentum macht und selbst verwaltet, davon könnte ernstlich erst dann die Rede sein, wenn alle anderen Versuche zur Wahrung des Allgemeininteresses den Eisenbahnkapitalisten gegenüber ergebnislos bleiben sollten. Die Rooseveltschen Eisenbahnreformpläne wollen eine Verstaatlichung vermeiden, indem sie die Privateisenbahnen einer weitgehenden Bundeskontrolle unterstellen. Diese Kontrolle wird in gewissem Umfange schon jetzt durch die Interstate Commerce Commission ausgeübt. Es handelt sich um eine Erweiterung der Kontrolle, speziell auch nach der Richtung hin, daß keine Überkapitalisierung eintritt und so ein Hauptanreiz zu einer unnatürlichen Hochhaltung der Eisenbahntarife entfällt. Im Verfolg dieser Idee ist der Präsident auch auf den Gedanken gekommen, eine öffentliche Abschätzung des Eisenbahneigentums vornehmen zu lassen, um mehr oder minder willkürlichen Wässerungen des Eisenbahnkapitals zu begegnen: also ein staatliches Medikament gegen privatkapitalistische Wassersucht!

Die in Aussicht genommenen Eingriffe in das privatkapitalistische Wirtschaftssystem sind nicht gering, und es ist begreiflich, daß dagegen nicht nur von den zunächst Betroffenen, sondern auch sonst grundsätzliche Bedenken vorgebracht werden. Die öffentliche Meinung des Landes ist über diese grundsätzlichen Bedenken bereits hinaus. Das sehen die Eisenbahnmagnaten mehr und mehr ein. Sie sind auch viel zu klug, um nicht zu begreifen, wie fest der Reformstandpunkt des Präsi-

denten unter solchen Umständen geworden ist, und daß sie sich
nur selbst im Wege stehen, wenn sie diese Reformen wider-
willig über sich ergehen lassen. Es ist deshalb keineswegs un-
wahrscheinlich, daß die Eisenbahnkönige, anstatt einen aus-
sichtslosen Widerstand fortzusetzen, versuchen werden, die Rich-
tung dieser Reformen zu beeinflussen. Dabei werden sie in
Roosevelt keinen unversöhnlichen Gegner finden. Auch ist die
Bundeskontrolle, wenn sie in gewissen Grenzen bleibt, für das
Eisenbahnkapital selbst keineswegs eine bloße Unbequemlich-
keit und stellt durchaus nicht nur in der Einschränkung des
Beliebens einen Nachteil für diejenigen dar, in deren Händen
heute die Eisenbahnverwaltung ruht. Es können vielmehr
auch sehr substantielle Vorteile mit einer solchen verschärften
Bundeskontrolle verknüpft werden. Die gesetzgeberische und
administrative Macht der Einzelstaaten über die Eisenbahnen
ist von jeher eine Quelle schwerer administrativer Sorgen für
die großen Eisenbahnverwaltungen gewesen. Wenn sie zu
wählen haben, so werden sie die Bundeskontrolle sicherlich der
gesetzgeberischen Willkür und Schikane der Einzelstaaten vor-
ziehen. Zudem kann es nicht ausbleiben, daß der *Kredit
der amerikanischen Bahnen* im Inlande wie im
Auslande beträchtlich steigt, sobald das Publikum in die Lage
gebracht wird, an die Ernsthaftigkeit einer weitgehenden
Bundeskontrolle zu glauben. Roosevelts Chancen für die
Durchsetzung von Reformen auf dem Gebiete des Eisenbahn-
wesens scheinen mir deshalb durchaus nicht schlecht zu sein,
jedenfalls besser als die Aussichten seines Kampfes gegen die
Auswüchse industrieller Trusts, denen sehr viel schwerer
beizukommen ist, besonders solange die herrschende Partei
keinerlei Neigung verspürt, die hohen Schutzzollwälle abzu-
tragen, hinter denen die industriellen Trusts sich pilzartig ent-
wickeln konnten. Aber auch die Eisenbahnreformpläne Roose-

3*

velts erfordern zu ihrer Verwirklichung Energie und Geduld, sehr geschickte Hände und längere Zeit zur Durchführung. Roosevelt hat gewiß Energie, aber hat er auch Zeit und Geduld? Seine Präsidentschaft läuft im März 1909 ab. Er hat somit nur noch eindreiviertel Jahr vor sich, und es ist eine alte Erfahrung, daß die Neigung, den Präsidenten bei Reformplänen zu unterstützen, mit dem herannahenden Ende seiner Macht immer geringer wird.

Der Gedanke liegt deshalb nahe, daß Roosevelt, auch wenn man von der Befriedigung persönlichen Ehrgeizes ganz absieht, im Interesse der Fortführung seines Reformwerkes dem Wunsche nähergebracht werden könnte, sich erneut zum Präsidenten wählen zu lassen. Bekanntlich hat er kurz vor der Wahl des Jahres 1904 in der bündigsten Weise die Versicherung abgegeben, daß er im Jahre 1908 nicht kandidieren werde. Inzwischen aber haben sich die Dinge so entwickelt, daß Roosevelts Wieder-Aufstellung seitens der Nationalkonvention der republikanischen Partei im nächsten Jahre so gut wie sicher ist, sobald er selbst gewählt sein will. Es gibt sogar viele Stimmen, die seine Nomination prophezeien, selbst wenn er eine Kandidatur ausdrücklich ablehnt. Sollten die Aussichten der demokratischen Partei, die z. Z. recht schlecht sind, sich in den nächsten 12 Monaten wesentlich verbessern und Roosevelts Popularität so groß bleiben, wie sie gegenwärtig ist, so kann es sich sogar ereignen, daß die eigene Partei als ein in ihrem Interesse zu bringendes Opfer verlangt, daß sich Roosevelt als ihr bei weitem stärkster Mann abermals als Präsidentschaftskandidat aufstellen läßt. Angesichts einer solchen Konstellation ist es sehr schwer vorauszusagen, was geschehen wird. Roosevelt hat bisher auf das nachdrücklichste jede abermalige Kandidatur abgelehnt. Es gibt zwar Leute, die da meinen, diese Ablehnung hätte eine verzweifelte Ähn-

lichkeit mit der Art und Weise, wie Shakespeares Julius Caesar dreimal mit dem Rücken der Hand die Königskrone zurückweist. Aber auch, wer an die absolute Aufrichtigkeit der Weigerungen, abermals zu kandidieren, glaubt, muß die Möglichkeit, daß dieser Wille durch den Zwang der Umstände gebeugt wird, mit in die politische Vorausberechnung einbeziehen. Schon erscheinen nicht bloß Parteiversammlungen auf dem Plan, in denen resolviert wird, Roosevelt müsse sich wieder aufstellen lassen, — selbst Staatslegislaturen, wie jüngst die von Michigan, fassen Beschlüsse gleichen Inhalts. Eine Farmerzeitung in Süd-Dakota hat sogar schon die Forderung nach einer Verfassungsänderung erhoben, um Theodore Roosevelt zum lebenslänglichen Präsidenten machen zu können. Das ist zwar nur eine Seifenblase, aber auch in dieser spiegelt sich die enorme Popularität des Präsidenten wieder. Unterbleibt Roosevelts Nomination, so wird die republikanische Partei vielleicht den gegenwärtigen Kriegssekretär Taft als Präsidentschaftskandidaten aufstellen. Er wird von Roosevelt selbst empfohlen und erfreut sich eines guten Rufes, sowohl als Charakter, wie als Staatsmann. Viele, die mit starken Bedenken einer nochmaligen Kandidatur Roosevelts entgegensehen, würden die Wahl Tafts nachdrücklich unterstützen. Taft hat als Kriegsminister die Behandlung aller Fragen, welche die Philippinen und Cuba betreffen, unter sich, somit eines der schwierigsten Regierungsressorts zu verwalten. Die Vereinigten Staaten würden unter der Präsidentschaft Tafts voraussichtlich politisch weniger bewegten Zeiten entgegengehen, als bei einer Verlängerung des Rooseveltschen Regiments um weitere vier Jahre.

IV.

Das Land der Kontraste.

Malden am Hudson, 13. Juni.

Als ich daran ging, meine diesmaligen Eindrücke vom amerikanischen Leben und Treiben zu fixieren, war mir das Buch von James Fullarton Muirhead, „The Land of Contrasts“ noch unbekannt. Der Verfasser dieses äußerst interessanten Werkes führt den Gedanken, mit dem ich die Wiedergabe meiner amerikanischen Eindrücke eröffnete, systematisch durch und entwickelt aus der Kontrastwirkung ein feines Verständnis für die amerikanische Eigenart.

Ich habe das kleine Dorf Malden aufgesucht, um einen besonders eindrucksvollen Gegensatz zu New York wahrzunehmen. Ich hätte keinen besseren Platz wählen können. Der Ort liegt unmittelbar am Hudson, hundert englische Meilen von New York, vierzig von Albany entfernt. In diese Gegend wandte sich vor 200 Jahren eine der frühesten deutschen Auswanderungen. Ein paar tausend Pfälzer, die den grauenhaften Verwüstungen der Pfalz unter den Generälen des allerchristlichsten Königs Ludwig XIV. entronnen waren, siedelten sich mit Erlaubnis der Königin Anna von England in dieser Gegend an. Sie fanden schon eine Anzahl holländischer Ansiedler vor. Mit ihnen zusammen führten sie hier an den Grenzen der damaligen Kultur bald Krieg mit den Indianern, bald trieben sie einen primitiven Handel mit den

Rothäuten. Die pfälzischen Einwanderer, die sich eines Stammbaums rühmen können, der fast so alt ist wie der Mayflower-Stammbaum der Knickerbocker-Familien, haben sich zum Teil während der ganzen letzten 200 Jahre in dieser Gegend erhalten und die wirtschaftliche Flut und Ebbe zweier Jahrhunderte in ihrer Familiengeschichte mit durchgemacht. Deutsche Namen kommen noch viel vor, manchmal sonderbar verstümmelt. So ist gelegentlich aus einem Dietrich ein Dedrich, aus einem Führer sogar in sonderbarer Italienisierung ein Fiero geworden. Die Familien, die aushielten, haben keine Seide gesponnen. Sie sahen die landwirtschaftliche Entwickelung sich fortgesetzt ändern. Sie erlebten Zeiten, in denen der Großgrundbesitz ökonomisch und politisch den Ton angab. Sie gingen durch eine Periode eines lebhaften Handlsverkehrs, der sich den Hudson auf und ab bewegte. Sie wurden selbst vorübergehend von einer Welle der industriellen Entwicklung des Landes emporgehoben, um dann im Zeitalter der Eisenbahn tiefer und tiefer zu sinken. Heute ist Malden ein deserted village. Der breite Hudson fließt wie vor 200 Jahren vorüber; nicht mehr so klar wie früher, denn alle kleinen und großen Städte oberhalb und unterhalb des schönen Stromes leiten ihre Abwässer und ihre Kloaken in den Fluß. Der geduldige Amerikaner hat noch keine Zeit gefunden, sich über diese industrielle Verwilderung eines seiner schönsten Ströme genügend zu empören, um gesetzliche Abhilfe zu schaffen. Von den verfallenden Häusern Maldens blickt man auf Schienenwege, über welche auf beiden Seiten des Hudson ein ungeheurer Eisenbahnverkehr hinwegrast. Die landwirtschaftlichen Produkte des fernen Westens und ein riesiger Menschenstrom bewegen sich so jahraus jahrein, Tag und Nacht an Malden achtlos vorüber, und der Ort verfällt. Selbst eine Kirche hat wegen Mangels an konfessionellen Teilnehmern geschlossen

werden müssen. Malden liegt an der Grenze, bis wohin die Landhäuser des New Yorker Reichtums und die Sommerfrischen des wohlhabenden Mittelstandes noch nicht vorgedrungen sind, und jenseits deren es für den amerikanischen Farmer alten Stils nicht mehr lohnt, Gemüse, Früchte, Eier, Geflügel und Molkereiprodukte für den Riesenmagen einer Weltstadt zu produzieren.

Die Großeltern meines Gastfreundes erwarben vor 100 Jahren hier einen großen Grundbesitz. Die Wirtschaft umfaßte 1500 Acres und versorgte New York mit Brotgetreide. Damals war dieses der Westen Amerikas. In demselben Maße wie der Westen hinausgerückt wurde, die unternehmendere landwirtschaftliche Bevölkerung sich diesem neuen Westen zuwandte und die Entwicklung des Schienennetzes es den Produkten der neu erschlossenen Gebiete ermöglichte, gegen die Landwirtschaft des Ostens in einen siegreichen Wettbewerb zu treten, wurde der Großgrundbesitz eine unmögliche Betriebsform. Ein naher Steinbruch, der für die werdende Großstadt New York Pflasterungs- und Baumaterial lieferte, brachte Malden vorübergehend einen neuen Aufschwung. Aber der gebrannte Stein verdrängte bald nach und nach den gebrochenen, und jetzt harrt der Ort neuer landwirtschaftlicher Initiative, welche die gesunde Gegend und den fruchtbaren Boden abermals erschließt und dem Weltverkehr einfügt. Würde sich hier eine Anzahl dänischer Bauern ansiedeln und Milchwirtschaft und Geflügelzucht unter Benutzung der Vorteile des Genossenschaftswesens betreiben, sie würden zweifellos alsbald prosperieren. Der Amerikaner hat für diesen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb kein Talent. Wo immer im Osten dieser Kleinbetrieb neu eingeführt ist, verdankt er seine Entwicklung vornehmlich eingewanderten Irländern, Skandinaviern und Deutschen, neuerdings auch

den Italienern. Der Prozeß der Umbildung des landwirtschaftlichen Betriebes in den Neuenglandsstaaten ist bereits im Gange. Für einen Mann wie Andrew Carnegie, der auf dem Gebiete des Volkserziehungswesens so viel geleistet hat, wäre es eine sehr dankbare Aufgabe, die obendrein mit verhältnismäßig geringen Mitteln unternommen werden könnte, im amerikanischen Osten eine Anzahl Musterbetriebe einzurichten, an denen die Vorteile eines auf Milchwirtschaft, Gemüsebau und Geflügelzucht gestützten landwirtschaftlichen Kleinbetriebes unter gleichzeitiger Benutzung der Vorteile des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens klar vor Augen zu führen wären. Mit bereits länger angesessenen Amerikanern ließe sich dieses Experiment allerdings kaum durchführen. Für den spezifischen Amerikaner gilt das Epigramm: Give me the luxuries of life and I will not ask for the necessities. Sein Sinn sucht die Aufregungen des geschäftlichen Lebens. Die Geduld, mit der man dem langsamen Arbeiten der Natur zuzusehen hat, ist nichts für ihn. Er findet sich leicht in Entbehrungen aller Art, wenn ihm in der Zukunft die Möglichkeit winkt, seiner Frau Brillanten zu schenken; und er ist auch sein ganzes Leben hindurch davon überzeugt, daß es ihm einmal glücken wird. Jeder strebt über seine gegenwärtige Lage hinaus. Deshalb gibt es in den Vereinigten Staaten auch keine Sozialdemokratie im europäischen Sinne des Wortes.

Die Bildung einer politischen Partei mit ausgesprochen proletarischem Klassenbewußtsein hat sich noch nicht vollziehen können. Eine kleine Anzahl europäischer Sozialisten, die mit mehr oder weniger unklaren marxistischen Vorstellungen nach Amerika gegangen sind, streben eine Entwicklung an, wie sie auf dem europäischen Kontinent sich innerhalb der letzten Generation vollzogen hat und wie sie in etwas modi-

fizierter Form auch in England seit einigen Jahren zutage getreten ist. Der Einfluß, den sie auf die amerikanische Arbeiterbewegung gewonnen haben, ist jedoch äußerst gering. Der amerikanische Arbeiter fühlt sich durchweg nicht als Proletarier, nicht als Angehöriger einer Klasse, die durch die ökonomische Struktur unserer modernen kapitalistischen Welt auf der Stufe der Lohnarbeiter festgehalten wird. Wenn er sich mit Berufsgenossen in Gewerkschaften zusammenfindet und Verbindungen mit anderen Gewerkschaften eingeht, so folgt er nur dem Beispiel kapitalistischer Organisationen. Er betrachtet seine Arbeitskraft als eine Ware, die er möglichst teuer an den Mann zu bringen sucht; genau so, wie der Farmer Milch und Butter, der Kleiderhändler seine Stoffe, Tiffany seine Luxusgläser und der Großkapitalist in Wallstreet seine Eisenbahnaktien möglichst vorteilhaft zu verkaufen sucht. Die gewerkschaftliche Organisation ist für ihn ein bloßes Mittel zur profitableren Verwertung der von ihm auf den Markt gebrachten Ware Arbeit. Indem er versucht, den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf Gesetzgebung und Verwaltung zu steigern, handelt er nicht anders, als der kapitalistische Industrielle, der die Erhaltung und die Steigerung von Schutzzöllen anstrebt, um das in der geschützten Industrie angelegte Kapital ergiebiger zu machen. In all diesen Bestrebungen der Lohnarbeiter zur besseren Verwertung ihrer Arbeitskraft tritt aber nirgends ein besonderer Klassencharakter hervor. Ist dieses Klassenbewußtsein schon in den Massen der Arbeiter gering ausgebildet, so noch weniger bei den Führern, die ihre Führerschaft zumeist nur als eine Übergangsperiode ansehen. Sie pflegen die Zugehörigkeit zu einer der großen politischen Parteien nicht aufzugeben und bleiben durchweg Anwärter auf besser bezahlte Stellungen, die ja sowohl in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung von

der kleinsten Kommune bis zur Unionsregierung hinauf teils direkt durch Wahl, teils indirekt durch politischen Einfluß besetzt werden. Solange diese demokratische Tendenz, die der Entwicklung von Klassenunterschieden so ungünstig ist, andauert, wird sich hier eine sozialdemokratische Klassenpartei, wie wir sie in Deutschland haben, gewiß nicht bilden. Die Absurdität einer Politik, die das klassenbewußte Proletariat durch politische Isolierung und durch gesellschaftliche wie administrative Boykottierung bekämpfen will, ist mir nie deutlicher zum Bewußtsein gekommen als hier, wo uns jede eingehendere Untersuchung immer klarer davon überzeugt, daß der proletarische Klassenkampf in letzter Linie weniger das Produkt einer ökonomischen als einer politischen Entwicklung ist.

Die amerikanische Demokratie hat gewiß ihre großen Schattenseiten, aber der ungeheure Vorzug, daß sie der Entwicklung der Klassenvorurteile und der Klassenscheidung bisher erfolgreich entgegengetreten ist, stellt in der politischen Gesamtbilanz einen gewaltigen Aktivposten dar. Auf diese relative Immunität gegen Klassenvorurteile ist nicht zum wenigsten auch die Fähigkeit zur raschen Aufsaugung der Einwanderer fremder Nationalitäten und die Überführung dieser disparaten Elemente in den Strom des amerikanischen nationalen Lebens zurückzuführen. Jemand, der sich weigern würde, mit einem Gewerkschaftsführer, mit dem er gestern einen erbitterten Lohnstreit auszufechten hatte, heute politisch oder administrativ zusammenzuarbeiten, würde einfach lächerlich erscheinen. Ich hatte in Washington Herrn S t r a u ß , dem Handels- und Arbeitsminister, gegenüber den Wunsch geäußert, mit einigen der hervorragenden Gewerkschaftsführer bekannt zu werden. Mit dem liebenswürdigen Entgegenkommen, das die meisten amerikanischen Würdenträger in so hohem Maße auszeichnet, hatte darauf der Minister eine Anzahl der Führer

der Federation of Labour zum Diner geladen. An diesem Diner nahmen außerdem noch verschiedene notable Persönlichkeiten, u. a. das Kabinettsmitglied Garfield und der französische Botschafter in Washington teil. Man vergegenwärtige sich einmal eine solche Tafelrunde im Hause eines preußischen Handelsministers, mit den Herren Singer, Bebel und Ledebour als Hauptgästen. Dabei darf man nicht etwa glauben, daß die Gewerkschaftsbewegung von den herrschenden Kreisen hier mit größerem Wohlwollen betrachtet würde, als bei uns zulande. Der Kampf zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern vollzieht sich hier durchweg viel rücksichtsloser als in Deutschland. Jede Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt wird entweder von der einen oder der anderen Seite zur schonungslosen Geltendmachung der ökonomischen Macht benutzt. Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen bei schlechtem Geschäftsgang erscheinen ebenso selbstverständlich, wie die Ausnutzung einer günstigen Geschäftslage durch eine sofortige Inszenierung von Streiks. Wo die Gewerkschaften, wie vor kurzem in San Franzisko, vorübergehend einmal in den Besitz der politischen Macht gelangen, da benutzen sie auch diesen Umstand, um ganz im Stil der erprobtesten Beutepolitiker sich zu betätigen. An anderen Plätzen wird an Stelle einer terroristischen Gegnerschaft gegen die Unternehmer von den Gewerkschaften auch wohl die Methode befolgt, sich mit den Kapitalisten zur gemeinsamen Ausbeutung des konsumierenden Publikums zu verbinden. Selbst das trägt in seiner Art dazu bei, so schmerzhaft es für die betroffenen Konsumenten ist, die Klassengegensätze abzustumpfen. So ist es auch zu begreifen, weshalb die amerikanischen Arbeiter ein so geringes Verständnis dafür haben, wie schädlich die Schutzzöllnerei gerade für die spezifischen Arbeiterinteressen ist. Theoretischen volkswirtschaftlichen Betrachtungen über-

haupt abgeneigt, begreift der amerikanische Arbeiter viel schwerer als der deutsche, daß jeder Protektionismus in letzter Linie immer auf eine Begünstigung der Produktionsfaktoren Kapital und Grundrente auf Kosten des Produktionsfaktors Arbeit hinauslaufen muß. Er hatte auch bei den großen Währungskämpfen vor elf Jahren kein klares Verständnis dafür, daß die Bryansche Silberpolitik in erster Linie auf eine Schädigung der Arbeiterinteressen hinauslief. Als ich im Jahre 1896 in dem Präsidentschaftswahlkampfe zwischen Bryan und Mc. Kinley dem damaligen Generalstabschef der republikanischen Partei, dem späteren Senator Mark Hanna mitteilte, daß unsere deutsche Sozialdemokratie eine überzeugte Anhängerin der Goldwährung sei, obgleich sie in der Abneigung against Wallstreet gewiß nicht hinter der amerikanischen Arbeiterschaft zurückbleibe, war er ob dieser Tatsache sehr verwundert. Ich hatte zufällig eine kleine Broschüre von Schippel bei mir, in der das Interesse der Arbeiter an der Goldwährung sehr beredt dargestellt war. Mark Hanna war vorurteilsfrei genug, einen Auszug aus dieser Broschüre anfertigen zu lassen. So geschah es, daß unter den campaign documents der republikanischen Partei auch eines erschien, dessen Waffen einem deutschen sozialistischen Arsenal entnommen waren.

Dieses Land of Contrasts könnte man ebensogut ein Labyrinth of Contrasts nennen. Wer aber gibt uns den psychologischen Ariadnefaden in die Hand, um uns in diesem Labyrinth zurechtzufinden? Vor allem hüte man sich vor leichtfertigem Generalisieren. Dieses Land der Gegensätze ist zugleich das Land des Individualismus. Das Typische wird so oft durch Ausnahmen unterbrochen, daß man immer wieder unsicher wird, was in dieser kontrastreichen Entwicklung als Regel und was als Ausnahme zu gelten hat. Tappen wir vorsichtig weiter.

V.

Erziehungsfragen.

Niagara Falls, 30. Juni.

Es ist noch kein Vierteljahrtausend vergangen, seitdem das erste Bleichgesicht, ein belgischer Franziskaner-Mönch, die Niagarafälle erblickte und den „Donner der Gewässer" vernahm, die, angesammelt in dem riesigen Seengebiet des nordamerikanischen Flachlandes, in gewaltigem Fall hier abwärts stürzen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß mehr als viermal hunderttausend Kubikmeter sich jede Minute seit unvordenklicher Zeit über diese Felswände ins Tal ergießen, ohne daß das Niveau der großen Binnenseen sich auch nur um den Bruchteil eines Zolls gesenkt hat, so prägt sich uns der verschwenderische Reichtum der Natur höchst wirksam ein.

Es ist noch kein Vierteljahrhundert vergangen, seitdem die Elektrizitätsindustrie daran gegangen ist, die Kräfte, die in diesem Wassersturz ungenützt abwärts brausten, dem menschlichen Unternehmungsgeist zu unterwerfen. Ungefähr eine halbe Million Pferdekräfte hat sich die Industrie bereits dienstbar gemacht, ohne daß die Fälle irgendwie beeinträchtigt erscheinen. Auf mehr als 200 km Entfernung werden elektrische Bahnen von der Kraft betrieben, die der Niagarariver bei seinem Durchbruch vom Erie- zum Ontariosee erzeugt, und eine Reihe großer und kleiner Städte empfangen ihr Licht aus dieser unerschöpflichen Quelle der Energie.

Ist diese Kraftquelle unerschöpflich? Der Amerikaner ist geneigt, alles für unerschöpflich zu halten, was ihm die Natur bietet. Auch seine Wälder und seine Büffelherden hielt er für unerschöpflich, und doch ist er in kurzer Zeit der Verschwendung der Natur Herr geworden. Die Büffel, die zu Millionen über die unendliche Prärie streiften, sind bis auf wenige Exemplare, die mühsam gehegt werden, verschwunden, und die Wiederaufforstung ist längst eine dringende Aufgabe der Landesmelioration geworden. Tausende von Schulen feiern jährlich ihren Arbor-day, an dem die Jugend auf das freie Feld hinauszieht, um Bäume zu pflanzen.

In diesem Lande, welches so sehr in der Zukunft lebt, daß es sich kaum die Zeit nimmt, die Gegenwart zu genießen, spielt begreiflicherweise die Jugend eine bevorzugte Rolle. Für nichts ist das allgemeine Interesse leichter zu erregen, als für Erziehungsfragen. Für nichts ist die Steuerkraft der Bevölkerung und die Liberalität privaten Reichtums leichter zu interessieren, als für die Vervollkommnung von Erziehungseinrichtungen. Das öffentliche Schulwesen ist durchweg von der kleinsten Volksschule bis zur entwickeltsten Staatsuniversität unentgeltlich. Daneben aber haben sich in mannigfaltiger Fülle private Schulen jeder Art entwickelt, die zum Teil ein hohes Schulgeld fordern. Die Mannigfaltigkeit, die so zutage tritt, erweckt leicht den Eindruck des Experimentierens und der Unfertigkeit. Aber die Konkurrenz, die nicht in die spanischen Stiefel systematischer Regulative eingezwängt ist, erhält andererseits das ganze amerikanische Schulwesen in anregender Frische. Man mag über das bisher Geleistete verschiedener Meinung sein, das lebendige Interesse, das die ganze Bevölkerung den Erziehungsfragen entgegenbringt, ist unbestreitbar und sicherlich größer, als in irgendeinem Lande Europas. — Ich denke dabei weniger an die

reichen Stiftungen der amerikanischen Plutokratie, an jene Universitätsgründungen und Millionengeschenke, die man bei uns fürstlich nennt, obgleich die Fürsten nie aus eigenen Mitteln derartige Stiftungen machen. Ich denke vielmehr an das, was ohne Ostentation gegeben und geleistet wird.

Ich wohnte in der Harvard-Universität dem diesjährigen Commencement-day, dem Schluß des Studienjahres, bei. Die Festlichkeiten boten dem europäischen Beobachter manches Interessante. Nichts aber war charakteristischer als die Mitteilung, die Präsident Eliot über ein Geschenk von hunderttausend Dollars machte, das von der Klasse des Jahres 1882 der Universität dargeboten sei. Es ist das eine Klasse von Studenten, die vor 25 Jahren die Universität verlassen hatten und nun das 25jährige Jubiläum in dieser generösen Weise begingen. Das Beispiel wird Nachfolge finden, und man rechnet mit Sicherheit darauf, daß alljährlich die Klasse, die ein 25jähriges Jubiläum begehen kann, sich mindestens mit hunderttausend Dollars der Universität erkenntlich zeigt, der sie ihre akademische Bildung verdankt. Diese materielle Betätigung eines höchst praktischen Idealismus kann nicht dadurch herabgedrückt werden, daß man auf die exzeptionelle Wohlhabenheit jener Volkselemente verweist, die durch die amerikanischen Universitäten gehen. England ist gewiß nicht ärmer als die Vereinigten Staaten, aber wie gering ist das, was für Lieblingsstätten des akademischen Lebens, wie Oxford und Cambridge, an freiwilligen Gaben aus dem englischen Reichtum fließt, gegenüber dem, was selbst für kleinere westliche Universitäten in unermüdlichem Strom hier von den Vertretern jungen Reichtums geopfert wird.

Den Bildungshunger zu befriedigen, erscheint dem Durchschnittsamerikaner beinahe wichtiger, als den physischen Hunger

zu stillen. Sein tägliches Brot muß sich jeder selbst erarbeiten; geistige Speise wird ihm aus Volksbibliotheken, in öffentlichen Vorlesungen und in Schulen jeglicher Art gratis dargeboten. Daß dabei viel Minderwertiges, Unvollkommenes, Unerprobtes mit unterläuft, ist leicht verständlich. Man übersieht bei der Beurteilung amerikanischer Zustände überhaupt nur zu leicht, daß man es mit einem jungen Lande zu tun hat, das den ganzen staatlichen Apparat in wenigen Menschenaltern erst neu einzurichten hatte, und zwar auf einem Boden, auf dem die materielle Kultur zunächst zu schaffen war. Kein Wunder, daß auch auf dem Gebiet des Erziehungswesens vieles unvollkommen und gar manches provisorisch ist. Amerikanische Kinder beiderlei Geschlechts sind durchweg nicht gerade das, was man in Europa wohlerzogen nennen würde. Die Geduld der Eltern den Kindern gegenüber grenzt an Schwäche. Ich werde nie die Szene vergessen, die sich mir einst bei einer Unterredung mit einem der hervorragendsten Politiker Amerikas darbot, in der ein dreizehnjähriger hoffnungsvoller Sprößling die Hauptrolle spielt. Ich bemühte mich, den amerikanischen Staatsmann in die Geheimnisse der deutschen Reichsverfassung einzuweihen. Der Sohn des großen Vaters, dem die Auseinandersetzung, was ich ihm an sich nicht verargte, augenscheinlich wenig kurzweilig vorkam, zog aus dem Polster des Stuhls, auf dem er saß, ein Roßhaar und begann mit diesem Haar seinen Erzeuger im Ohr zu kitzeln, was begreiflicherweise wesentlich dazu beitrug, dessen Aufmerksamkeit von meinen konstitutionellen Erörterungen abzulenken. Der Sohn wurde von seinem Vater mehrfach liebevoll ermahnt, die Ohrmuschel des Pater familias nicht zum Tummelplatz kindlicher Vergnügungen zu machen, ohne daß die väterlichen Ermahnungen einen sichtbaren Eindruck hinterließen. Der Mann, der sich durchaus für befähigt

hält, ein großes Volk zu regieren, fühlte sich machtlos einem ungezogenen Bengel gegenüber, den jeder normale europäische Vater kurzer Hand vor die Tür gesetzt hätte.

Auch der amerikanische Backfisch gibt seinen Eltern einiges zu raten auf. Wie kommt es aber, daß nach Überwindung der Flegeljahre die männliche, wie die weibliche Jugend Amerikas so viele reizvolle Geschöpfe aufweist? Ich habe außer Harvard auch Cornell aufgesucht und dort Gelegenheit gehabt, an geselligen Studentenveranstaltungen teilnehmen zu können. Es war ein wirkliches Vergnügen, diese studierende Jugend männlichen und weiblichen Geschlechts sich mit so freiem Anstand, gesellschaftlicher Sicherheit und liebenswürdigem Takt bewegen zu sehen. Wie seltsam mutet uns in dieser Umgebung das deutsche Vorurteil an, daß junge Männer auf Universitäten nur dann sich anständig aufführen könnten, wenn ihnen reichlich Gelegenheit gegeben wird, sich die Gesichter zu zerfetzen. Natürlich ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt. Im allgemeinen wird auf deutschen Universitäten doch wohl noch fleißiger gearbeitet, als auf amerikanischen, und die Ausschreitungen des Sportwesens ersetzen bis zu einem gewissen Grade den Unfug der Mensuren. Aber es ist Frische und Zukunftshoffnung in dieser amerikanischen Jugend.

Es war mir interessant, auch einen Einblick in ein College zu bekommen, das der farbigen Bevölkerung eine höhere Erziehung zu verschaffen trachtet. Die Behandlung der Negerbevölkerung ist eine der bösen Seiten des öffentlichen Lebens der Vereinigten Staaten. Von einer staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit der Farbigen mit den Weißen kann insbesondere im Süden schlechterdings nicht die Rede sein. Die Gesetzgebung und die Verwaltung wenden die bedenklichsten Kniffe an, um den Neger um seine staatsbürgerlichen Rechte zu prellen. Ein Musterbeispiel dieser Art ist die „Großvaterklausel" in

verschiedenen südstaatlichen Wahlgesetzen, wonach zwar der Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts festgehalten wird, aber nur für solche, deren Großväter bereits amerikanische Bürger waren. Damit hat man der gesamten Nachkommenschaft der früheren Sklaven das Wahlrecht entzogen, während man bei der weißen Einwanderung durch die Finger sieht. Das Negercollege, das ich besuchen konnte, war The Manassas Industrial School im Staate Virginien. Das College sieht eine vierjährige Ausbildung vor, bringt seine Zöglinge in allgemeiner Schulbildung nicht viel weiter als unsere Mittelschule, gibt ihnen aber zugleich eine Ausbildung in der Tischlerei, in der Schlosserei, im Schuhmacherhandwerk und in den landwirtschaftlichen Betrieben, sowie den Schülerinnen im Kochen, Waschen, im Bügeln, Schneidern und Putzmachen.

Auch dieses College feiert alljährlich seinen Commencement-day, an welchem Tage Schüler und Schülerinnen nach Vorträgen und Gesängen ihr Diplom erhalten, in dem ihnen bescheinigt wird, daß sie ihren vierjährigen Kursus erfolgreich durchgemacht haben. Bei dem Festakt, dem ich beiwohnte, bemühten sich die Abiturienten und Abiturientinnen, genau den Stil ihrer glücklicheren weißen Kollegen nachzuahmen. Die reichliche Beredsamkeit, die entfaltet wurde, hatte etwas Konventionelles. Aber auch in dieser Schule trat ein überraschendes Interesse an der besseren Erziehung der Jugend zutage. Die Anverwandten der Zöglinge, meist virginische Landleute — in Virginien gibt es etwa 25 000 selbständige Negerfarmer —, waren zum Teil von weit her mit eigenem Gefährt gekommen und nahmen andächtig, mit einem Gemisch von Neugierde und Respekt, an dem Festakte teil. Die Arbeiten der Zöglinge waren in einer Schulausstellung vereinigt und wurden fleißig besichtigt. Das Auditorium betrug sich ebenso gesittet wie eine Zuhörerschaft von Weißen. Die Verwaltung

der Schule liegt zum Teil in den Händen von Philanthropen, die nicht Neger sind. Auch die Mittel für die Schule werden in beträchtlichem Maße von Weißen beschafft. Der Staat Virginien begünstigt dieses Negercollege in keiner Weise. Begründet ist die Schule von einer farbigen Frau, deren Eltern noch Sklaven waren. Die Geschichte der Gründung hat etwas Rührendes. Miß Jennie Dean aus Bull-Run in Virginien wurde von der Idee erfaßt, daß die farbige Bevölkerung nur durch eine höhere Bildung aus ihrer untergeordneten sozialen Lage befreit werden könnte. Sie selbst war arm, aber sie war eine geschickte Köchin. Sie ging nach Washington, ersparte sich etwas Geld und bestimmte dieses für Schulzwecke. Dann ging sie nach Massachusetts, kochte am Tage und arbeitete am Feierabend für die Verwirklichung ihres Planes. Bald gelang es ihr, von einigen wohlwollenden Gönnern, die durch den Idealismus der einfachen Frau gerührt waren, reichlichere Mittel zu sammeln, aus denen das Grundstück von 125 Acres, auf dem heute die Schule steht, gekauft werden konnte. Aus solchen Anfängen erwuchs nach und nach die Manassas Industrial School, die jetzt anderthalb Jahrzehnte in Tätigkeit und in beständiger Entwicklung ist. Miß Jennie Dean ist noch heute im Direktorium der Schule als Financial Agent tätig und nahm am Commencement-day mit lebhafter Freude die Glückwünsche über das Gedeihen ihrer Schöpfung entgegen. Weiße und Schwarze hatten bei diesem Schulfest einträchtig zusammengewirkt. Aber als dann ein großer Teil der Gäste sich abends zur Eisenbahn begab, um nach Washington zurückzufahren, da sonderte sich die Gesellschaft wieder in zwei Klassen. Der Farbige kann es in Virginien nicht riskieren, in demselben Eisenbahnwagen Platz zu nehmen, in dem Weiße sitzen, selbst die Wartesäle sind gesondert für Farbige und für Weiße. In unserem Zuge nach Washington fuhr auch ein

angesehener Mann mit, der Sohn eines ehemaligen Mitgliedes des Bundessenats, der bei dem Festakt in der Schule die Hauptrede gehalten und in der späteren Unterhaltung sich in jeder Beziehung als ein gebildeter Gentleman gezeigt hatte. Auch er nahm schweigend im Negerwagen Platz. Die demokratischen Grundsätze kommen über die schwarze Hautfarbe nicht hinweg.

Mein Fenster geht hinaus auf die Stromschnellen des Niagarariver. Wenn ich den Blick hebe, sehe ich die ewig quirlende, tosende, aufschäumende Wassermasse, die ruhelos vorwärts drängt: das Abbild des amerikanischen Lebens. Ruhelose Bewegung beherrscht alles. Kein gebändigter Fluß der Entwicklung. Und gerade in dieser noch regellosen Ungebundenheit liegt für den nachdenklichen Beobachter ein nie ermüdender Reiz. Schon Alexis de Tocqueville hat in seinem Werk „De la démocratie en Amerique“ auf den erfrischenden Reiz dieser Regellosigkeit hingewiesen. Er zog einen Vergleich zwischen der zentralisierenden Polizeifürsorge Frankreichs und der Ungebundenheit des amerikanischen Lebens und gab dieser als einem sozialen Jungbrunnen den Vorzug. Es ist derselbe Gedanke, der auch in dem Goetheschen Verse wiederkehrt:

Amerika, du hast es besser
Als unser Kontinent, der alte,
Hast keine verfallenen Schlösser
Und keine Basalte.

Keine verfallenen Schlösser! Ich weiß nicht, ob Liebenberg ein verfallenes Schloß ist, wahrscheinlich nicht; aber es ist der Geist der verfallenen Schlösser, der mit den Namen Eulenburg und Liebenberg dem verbunden scheint, der hier an den Fällen des Niagara die Schloßgeschichten liest, mit denen heute im modernen Deutschland noch Geschichte gemacht wird. Wir glaubten eigentlich über diesen elenden Hinter-

treppenklatsch als wirksamen Faktor unseres politischen Lebens hinaus zu sein, und nun erfahren wir, das Reichstagsauflösungen und andere ernste Dinge in letzter Ursache Kamarillaintrigen entspringen. So etwas erscheint ganz amüsant, wenn es mit Offenbachscher Musik an Operettentheatern aufgeführt wird. Aber die Geschicke einer europäischen Großmacht von dem Geist verfallener Schlösser beeinflußt zu sehen, das ist nicht erhebend. Die Demokratie hat gewiß ihre Mängel, aber sie hat den einen großen Vorzug, daß die Staatsbürger nicht als unmündige Kinder behandelt werden. Die Dummheiten, die in einer Demokratie gemacht werden, sind wenigstens vom Volke selbst gemacht, und es ist immerhin ein Trost, das Subjekt und nicht ein bloßes Objekt menschlicher Torheit zu sein.

VI.

Das deutsche Element. Der Westen.

Yellowstone Park, 15. Juli.

Ein klarer Sommerabend in Wyoming. Das erste Viertel des Mondes zeichnet sich als schmale, weißglänzende Sichel unter dunkelblauem Himmel ab. In magischem Helldunkel liegt die Terrasse des Jupiter vor mir. Buntfarbiges übereinandergetürmtes vulkanisches Gestein, über welches das heiße Geiserwasser in Kaskaden niederfällt; leichte Schwefeldämpfe durchziehen die Luft. Aber der Abendwind, der von den nahen Kiefernwäldern über das Tal streicht, treibt die höllischen Dünste fort, und man atmet mit Behagen die kräftige Gebirgsluft. Wir sind hier höher als auf dem Rigi.

An einem der klaren Bäche, die zahlreich das Tal durchströmen, steht eine sehnige Gestalt mit gebräuntem Gesicht unter grauem Haar. Ich richte eine gleichgültige Frage an sie; ein Wort gibt das andere, es stellt sich heraus, daß es ein Deutscher ist, in Kassel geboren, vor 40 Jahren nach Amerika ausgewandert, seit 10 Jahren bereits im Yellowstonepark ansässig. Er ist so etwas wie der Baumeister der Parkverwaltung. Die deutsche Sprache hat er fast verlernt. Er war nie wieder in der alten Heimat, aber er möchte sie doch noch einmal wiedersehen. Er hofft, im nächsten Jahre zum Besuch nach Hessen kommen zu können. Dieses Lebensschicksal ist typisch für zahllose Deutsche, die mit großen Hoffnungen

in die Vereinigten Staaten kommen und nach manchen Wechselfällen des Schicksals eine bescheidene Existenz fristen. Die großen Lose in der Lotterie des Lebens sind auch hier sparsam, wenngleich häufiger als in der alten Welt. Im allgemeinen dürfte der Prozentsatz der Deutschen, die es in Amerika zu etwas gebracht haben, unter allen eingewanderten fremden Nationalitäten der größte sein. Der Deutsche besitzt neben zähem Fleiß und beharrlicher Ausdauer eine geschäftliche Anpassungsfähigkeit, die ihm im Konkurrenzkampf außerordentlich zustatten kommt. Ob dieser Anpassungsfähigkeit sind die Deutsch-Amerikaner oft gescholten worden; wie ich glaube sehr mit Unrecht. Auf der nationalen Bierbank hat man wohl gelegentlich verlangt, daß der ausgewanderte Deutsche sich zeitlebens als deutsch-nationales Element zu fühlen habe, damit man im Auslande nie vergißt, aus welchem Holz der deutsche Landrat und der deutsche Reserveoffizier geschnitzt sind. In Wirklichkeit ist das Widerstreben eines Ausgewanderten, sich der selbstgewählten fremden Heimat ohne weiteres anzuschließen, eine Halbheit, die nur dazu führen kann, daß der selbstbewußte Nationalist die Reihe jener problematischen Staatsbürger vermehrt, denen keine Lage zusagt, und die keiner Lage gewachsen sind. Speziell in dem gewaltigen Schmelztiegel dieser amerikanischen Republik, die es so meisterlich verstanden hat, ohne Anwendung von Zwang die verschiedenartigsten nationalen Metalle zu einer neuen amerikanischen Nationalität umzuschmelzen, wäre das Bestreben des deutschen Elements, gewissermaßen einen Staat im Staate bilden zu wollen, eine geradezu lächerliche nationale Kraftvergeudung. Karl Schurz, dessen deutsche Gesinnung jede Probe aushielt, vertrat den Standpunkt, daß das Deutschtum als Kulturelement im amerikanischen öffentlichen Leben nur dann wirksam zur Geltung gebracht werden könne, wenn

der Deutsch-Amerikaner darnach strebe, so rasch wie möglich zum amerikanischen Vollbürger zu werden. Er selbst hat dieser seiner Überzeugung gemäß gelebt. Es waren noch nicht zehn Jahre vergangen, seitdem er als europäischer Flüchtling den amerikanischen Boden betrat, als er, bereits ein angesehener Führer in den politischen Kämpfen seiner Adoptivheimat, von Abraham Lincoln als Gesandter der Vereinigten Staaten nach Madrid geschickt wurde.

Wenn man den Deutsch-Amerikanern einen Vorwurf machen will, so ist ein solcher viel eher daraus abzuleiten, daß sie dem öffentlichen Leben dieses demokratischen Gemeinwesens sich allzu oft entziehen und sich nur zu lange als bloße Geschäftsleute auf fremdem Boden fühlen, anstatt von den politischen Rechten, die ihnen ihre neue Staatszugehörigkeit verleiht, energischen Gebrauch zu machen. So paradox es klingt, so wahr ist es doch: je rascher der Deutsche zum Amerikaner wird, um so wirksamer kann er das Deutschtum, das heißt den Einfluß deutscher Bildung und deutschen Wesens, bei der Entwicklung der amerikanischen Nationalität fördern. Diese Überzeugung dringt bei den Deutsch-Amerikanern, insbesondere bei den gebildeteren, auch mehr und mehr durch. Das amerikanische Staatsbürgertum und die deutsche Abstammung sind nichts Gegensätzliches. In der Anschauung der alteingesessenen Amerikaner erscheint die deutsche Abstammung auch schon längst nicht mehr als ein Makel, viel eher als ein Vorzug.

Ich habe Gelegenheit gehabt, mich davon erneut vor einigen Tagen in St. Paul zu überzeugen. Ich wohnte in der Hauptstadt Minnesotas der Enthüllung eines Schillerdenkmals bei. Das Monument — ein wertvolles Originalwerk des Bildhauers Taschner in Berlin — ist ein Geschenk der Amerikaner deutscher Abstammung an die Stadt St. Paul

und hat in dem prächtigem Comopark einen so schönen Platz gefunden, wie er unseren großen Dichtern bei uns in Deutschland nur selten zuteil wird. Der Künstler hat in diesem Standbild Schiller sehr glücklich als Idealisten der Tat verkörpert. Ich bemühte mich, da ich zu der Ehre berufen war, die Festrede zu halten, den amerikanischen Idealismus, der als starke Unterströmung durch den materialistischen Fluß des hiesigen Lebens geht, mit diesem Schillerschen Idealismus der Tat in einen gedanklichen Zusammenhang zu bringen. Eine derartige Zusammenknüpfung des amerikanischen und des deutschen Idealismus ist gerade dem besten Teil des amerikanischen Volkes sehr sympathisch. Das kam auch in den Preßbetrachtungen, die die Feier begleiteten, lebhaft zum Ausdruck.

Überhaupt lernt man in der Fremde leicht und insbesondere in den Vereinigten Staaten, daß es nicht die materielle, sondern vornehmlich die geistige Machtstellung Deutschlands ist, die uns Deutschen Respekt und Ansehen verschafft. Die Einsicht, daß wissenschaftliches Verdienst und humane Bildung eine Weltmachtstellung keineswegs ausschließen, hat allerdings diesen Respekt vor deutscher geistiger Tüchtigkeit wesentlich gesteigert. Aber man soll nicht glauben, daß das äußere Drum und Dran der Macht, daß das Sporenklirren auf der Weltbühne den fremden Völkern imponiert. Es sollte deshalb auch bei der Auswahl diplomatischer Vertreter Deutschlands im Auslande weniger die Schneidigkeit des preußischen Verwaltungsbeamten, als die Fähigkeit, mit unbefangenem Blick fremdes Wesen zu erfassen, entscheidend sein. Ein deutscher Konsul in den Vereinigten Staaten, der das Konsulat wie ein Landratsamt verwaltet, bekommt leicht einen Stich ins Komische. Es ist auch schlechterdings nicht einzusehen, weshalb man nicht für den Berufskonsulatsdienst gescheidte Techniker, Industrielle, Kaufleute, Journalisten und Landwirte

heranzieht, anstatt immer zu dem unvermeidlichen Typus „Regierungsassessor“ zurückzukehren. Auch fühlt man sich als Deutscher nicht gerade stolz gehoben, wenn man sieht, wie unsere Diplomatie sich in den Vereinigten Staaten seit einiger Zeit bemüht, mit Orden und ähnlichen Kinkerlitzchen der Eitelkeit moralische Eroberungen zu machen. Auf sein Orden- und Titelwesen hat Deutschland doch wahrhaftig keinen Grund stolz zu sein. Derartige „Auszeichnungen“ erscheinen um so mehr deplaziert, je weiter sie sich in den Westen Amerikas verirren. Sie nehmen sich hier aus, wie Schönheitspflästerchen auf dem gebräunten Gesicht eines Cowboy.

Dieser Nordwesten Amerikas erschien mir von jeher als der charakteristischste Teil des Landes. James Bryce hat in seinem Werke „The American Commonwealth“ dem „Temper of the West“ ein besonderes Kapitel gewidmet. Er sieht in dem optimistischen Temperament der westlichen Bevölkerung einen der größten Schätze des Landes. Das schrankenlose Vertrauen auf eine glänzende Zukunft weckt alle geistigen und physischen Kräfte zur höchsten Leistungsfähigkeit und hat in verhältnismäßig kurzer Zeit riesige Prärien und unwirtliche Gebirge in Kulturstätten verwandelt. An dieser gewaltigen Pionierarbeit haben die Eisenbahnen den wirksamsten Anteil. Wie die Pflugschar im Acker, so haben sie die Furchen gezogen, in denen die Saat der Kultur aufgehen konnte. Man sollte, wenn man jetzt das Sündenregister der großen Eisenbahnen aufnimmt, nicht vergessen, was gerade die privatkapitalistischen Eisenbahnen für die rasche Erschließung des Landes bedeutet haben. Ungebändigte Unternehmungslust hat den Nordwesten zu dem gemacht, was er heute ist. Daß eine schrankenlose privatkapitalistische Energie auch die Fehler ihrer Tugenden besitzt, hat sich inzwischen deutlich genug herausgestellt. Nichtsdestoweniger macht dieser Nordwesten trotz

aller Ausschreitungen des Unternehmungsgeistes den Eindruck einer gesunden Entwicklung. Die wirtschaftliche Prosperität beschränkt sich nicht mehr auf einzelne besonders glückliche Erntejahre und einige bevorzugte Distrikte. Der Aufschwung ist ein stetiger und wird immer gleichmäßiger. Ich hatte Gelegenheit, in St. Paul die Verkehrslisten der Great-Northern-Eisenbahn für die letzten sieben Jahre durchzusehen, und zwar für die einzelnen Bahnstationen. Es ist erstaunlich, wie regelmäßig, nur durch ein einziges schlechtes Erntejahr durchbrochen, der Personen- und der Frachtverkehr fast ausnahmslos auf allen Stationen gestiegen ist. Dieselbe Erscheinung macht sich auf den anderen großen Bahnlinien, die den Nordwesten durchziehen, bemerkbar. Ich fuhr bereits vor 21 Jahren über die Hauptlinien der Northern-Pacific-Bahn bis zum Puget-Sound und sah im Jahre 1893, nach dem Zusammenbruch der Bahn, dieselben Landstriche wieder, durch die ich jetzt fahre. Welch eine Wandlung hat sich in dieser kurzen Spanne Zeit vollzogen! Dabei hat der Aufschwung der letzten Jahre den Teil des Bahngebiets, den ich bisher bereiste, längst nicht so stark ergriffen, wie jene Staaten, die der pacifischen Küste näher liegen, wie insbesondere den Staat Washington, dessen Hauptort Seattle bereits zum Range einer Großstadt angewachsen ist.

Die Rolle, welche dieser nordwestliche Teil der Vereinigten Staaten in wirtschaftlicher und auch in politischer Beziehung spielen wird, erscheint um so bedeutsamer, je mächtiger sich gleichzeitig der westliche Teil Kanadas entfaltet. Kanada ist in noch viel höherem Grade das Land der Zukunft. Wälder von riesiger Ausdehnung und Minen, deren Erforschung immer neue mineralische Schätze offenbart, harren dort des rücksichtslosen amerikanischen Unternehmungsgeistes. Für Millionen von Ackerbauern sind noch fruchtbare Land-

striche offen. Wenn dieser Westen Kanadas und der angrenzende Nordwesten der Vereinigten Staaten erst einmal einer intensiven Kultur unterworfen sein werden, dann wird dieser Teil der bewohnten Erde einer der wichtigsten Partien der Weltwirtschaft bilden. Nach Kanada gedenke ich noch einen Blick hineinzuwerfen und ich hoffe, in einem der späteren Reisebriefe über die in Kanada gewonnenen Eindrücke einiges mitteilen zu können, was sich nicht von statistischen Tabellen ablesen läßt. Zunächst aber werde ich die wundersamen Eindrücke des Yellowstone-Parks noch einige Tage in mich aufnehmen. Es ist, als ob hier die Natur in ausgelassener Schöpferkraft selbst die bizarre Phantasie eines E. T. A. Hoffmann hätte überbieten wollen.

VII.

Yellowstone-Park. — Gentlemen-Aufwärter. — Spokane. — Irrigation.

North Yakima, 26. Juli.

Mein letzter Brief war aus dem Yellowstone-Park datiert. Über dieses unvergleichliche Stück Natur ist noch einiges zu sagen.

Die Amerikaner brauchen nicht nach Europa zu gehen, wenn sie eine gewaltige Gebirgslandschaft kennen lernen wollen. Allerdings ist der Yellowstone-Park 4000 Kilometer von der atlantischen Küste entfernt, und es ist für den New Yorker bequemer, über den Ozean, als durch den amerikanischen Kontinent zu fahren. Aber wie wird der Reisende belohnt, der die weite Eisenbahnfahrt nicht scheut, um bis Wyoming in diese märchenhafte Welt vorzudringen! Man darf nicht glauben, daß dort nur derjenige auf seine Rechnung kommt, der auf Kuriositäten reist und in der Natur nur die Sensationen sucht. Zwar findet man hier vieles, was auf dem weiten Erdenrund einzig ist, und bei dem die amerikanische Neigung für alles Superlative sich voll ausleben kann. Schließlich sind es jedoch nicht die theatralischen Tricks der Natur, die uns vornehmlich ergreifen: der Glasberg, die dampfende Erde, die bunten vulkanischen Farbentöpfe, die versteinerten Wälder und der flammende See, die heißen Fontainen, die prachtvoll gefärbten Terrassen, über die aus dampfenden

hellgrünen Wasserbecken die heiße Flut niederwallt; was uns packt, das ist vor allem die wilde Großartigkeit dieses Hochtals mit seinen endlosen Nadelwäldern, umrahmt von schneebedeckten Bergen und durchströmt von zahllosen Bächen und Flüssen, die in dem Yellowstone-See, fast 8000 Fuß über dem Meere, eine Wasserfläche in der Ausdehnung des Garda-Sees bilden und nach dem pacifischen wie nach dem atlantischen Ozean zu ihre klaren Gewässer abwärtssenden.

Der Yellowstone-Park ist als Nationaleigentum bekanntlich der Bundesregierung unterstellt. Man muß anerkennen, daß die Bundesverwaltung die Aufgabe ausgezeichnet gelöst hat, diese Natur nur soweit zu korrigieren, wie es nötig war, um sie bequem zugängig zu machen, ohne ihre ursprünglichen Reize durch eine aufdringliche Kultur zu mindern. Man hat vortreffliche Wege angelegt. Um der Staubplage entgegenzuwirken, werden diese Wege auf mehrere hundert Kilometer mit Wasser gesprengt. Auf alle Naturwunder ist durch diskrete Weise aufmerksam gemacht. In dem Park sind sechs vorzüglich geführte Hotels eingerichtet, die einer konzessionierten Hotel- und Transportgesellschaft unterstellt sind. Darüber hinaus hat die Parkverwaltung sich sorgfältig gehütet, der Natur ins Handwerk zu pfuschen. Keine der üblichen Geschäftsreklamen wird im Park geduldet. Kein Tier darf erlegt werden; nur der Fischfang mit Angelruten ist gestattet. Diese pflegsame Behandlung der Tierwelt hat bewirkt, daß Büffel und Bären, Elche und Hirsche, Biber und Schneeschuhhasen, Eichkätzchen und Murmeltiere, Adler und Habichte neben allerlei Singvögeln von Jägerlust unbelästigt die mächtigen Wälder durchstreifen. Es bietet einen wundersamen Reiz, zu sehen, wie das Getier des Waldes unter diesem Gottesfrieden bis dicht an die Wege herantritt und die Besucher mehr mit Neugierde als mit Scheu betrachtet. Schwarze und braune

Bären pflegen abends bis an die Hotels zu kommen, um unter dem Küchenabfall noch eine Auslese zu halten. In dem Grand Canyon, zwischen dessen buntgefärbten, bizarr zerklüfteten Felswänden der Yellowstone-Fluß in zwei großartigen Wasserfällen sich hindurchzwängt, horstet auf einem unzugänglichen Felszacken ein Adlerpaar. Drei Junge saßen im Nest, während die alten Adler über der wunderbaren Schlucht unter einem tiefblauen Himmel ihre Kreise zogen. Über dem ganzen Naturpark liegt noch Cowboy-Zauber. Nicht selten stößt man auf Zeltlager und Trupps von Reitern und Reiterinnen, die auf das Kampieren im Freien eingerichtet sind. Auch die kleine Militärabteilung, die im Park stationiert ist, paßt mit ihren sehnigen, schlanken Gestalten in Uniformen, die der Tracht der Cowboys nicht unähnlich sind, vortrefflich in die Szenerie hinein.

Der romantischste Punkt ist das obere Geyserbecken, woselbst im Umkreise von wenigen Kilometern aus zahlreichen, unterirdischen Schloten Dämpfe emporquellen und in Gesichtsweite, bald hier, bald dort, eine Fontäne heiße Wassermassen hervorschleudert. Der zuverlässigste dieser Geyser trägt den Namen Old Faithful — der alte Getreue. Man kann jede Stunde auf ihn zählen. Er wirft das heiße Wasser bis zu 150 Fuß in die Luft und enttäuscht die Bewunderer, die ihn aufsuchen, niemals. Ihm zu Ehren ist die benachbarte Herberge „Old Faithful Inn" genannt. Es ist ein Blockhaus von gewaltiger Größe. Das ganze Gebäude ist aus unbehauenen, mächtigen Baumstämmen zusammengefügt. Auch in den einzelnen Gastzimmern blickt man auf unverkleidete runde Baumstämme. Inmitten des Bauwerkes erhebt sich eine Halle durch vier Stockwerke bis zum Dach empor. Ein riesiger Kamin aus mächtigen Felsblöcken geschichtet und bis über das Dach hinausgeführt steht frei im gewaltigen

Raum. In seinen vier Feuerzellen prasseln mächtige Holzscheite. Auf allen Balkenvorsprüngen der Halle leuchten elektrische Glühkörper. An primitiven eisernen Ketten hängen Balken, kreuzweise zusammengefügt, die elektrische Kerzen tragen. Den Boden bedecken Felle und Gewebe, die alten indianischen Mustern nachgewirkt sind. Kein Gerät, das aus dem Blockhausstil herausfiele; auch Tische und Stühle, selbst die Türschlösser und die Nägel an den Wänden tragen den Blockhauscharakter. Die Hotelphantasie, die dieses Werk geschaffen hat, verdient Bewunderung.

Und die Bedienung in diesen Hotels des Yellowstone-Parks? Etwas spezifisch Amerikanisches! Man klingelt nach Eiswasser. Es erscheint ein intelligent aussehender junger Mann, der die Spuren eines Gentleman an sich trägt. Man forscht nach und findet, daß der Bedienstete ein Student ist, der die Universitätsferien benutzt, um den häuslichen Wechsel aufzubessern und die eigene Heimat in ihren höchsten landschaftlichen Reizen kennen zu lernen. Bei Tisch bedienen uns junge Mädchen, die den Kellnerinnendienst mit lebhaftem Eifer und zugleich mit einer reservierten Würde versehen. Es sind zumeist Lehrerinnen, die in den Ferien sich einen Nebenverdienst verschaffen. Niemand denkt daran, diesen Lehrerinnen oder jenen Studenten zu verargen, daß sie Dienste verrichten, die bei uns zu Lande mit der „Würde" eines Studenten oder einer Lehrerin unvereinbar erscheinen. Auf den Universitäten kommt es sogar nicht selten vor, daß in den Klubhäusern der einzelnen Bruderschaften, die eine gewisse Ähnlichkeit mit unseren studentischen Korps haben, unbemittelte Kommilitonen Aufwärterdienste gegen Entgelt verrichten. Sie versehen den Kellnerdienst bei Tisch und sind wieder gleichberechtigte Mitstudenten, sobald die tägliche Dienstverrichtung vorüber ist. Auf der Cornell Universität

machte man uns eine Reihe von Fällen namhaft, in denen dieses Verhältnis mehrere Studienjahre hindurch gewährt hatte, ohne daß die kameradschaftlichen Beziehungen zwischen den dienenden und den bedienten Studenten gelitten hätten. Man denke sich etwas Ähnliches in Deutschland, woselbst ja bekanntlich die Arbeit auch nicht schändet, aber jeder Korpsstudent bei der bloßen Idee erblassen würde, er könne mit einem Kommilitonen freundschaftlich verkehren, der im Nebenbetrieb und gegen Entgelt den Ganymed spielt. Ein solches Individuum würde als gänzlich satisfaktionsunfähig behandelt werden. Verschwendung, Spiel, Trunk und ähnliche Laster schließen bei uns bekanntlich die höchsten gesellschaftlichen Ehren nicht aus, aber jemand, der einmal bei Tische aufgewartet hat und zwar gegen Geld, der wäre als Korpsstudent, als Reserveleutnant, als Regierungsassessor unmöglich; selbst seiner Laufbahn als Minister würde dieses Zeichen ehrlicher Arbeit immer im Wege stehen!

Unter den charakteristischen Gegensätzen zwischen der alten und der neuen Welt ist die verschiedenartige Beurteilung der Arbeit einer der wesentlichsten. Jemand kann in Amerika gestern Holzhauer oder Handwerker oder Kaufmann oder Journalist gewesen sein, niemand wundert sich, wenn er morgen Gouverneur, Senator oder auch Präsident der Vereinigten Staaten wird. In der sogenannten Gesellschaft fängt man allerdings auch hier an, das aristokratische Brimborium der alten Welt mit wenig Witz und viel Behagen nachzuäffen; auf das öffentliche Leben jedoch haben die gesellschaftlichen Vorurteile noch sehr wenig Einfluß ausgeübt. Eine Aristokratie, die es wie in Deutschland für selbstverständlich hielte, daß ihr alle guten Plätze im Staatsdienste reserviert bleiben, gibt es in Amerika noch nicht. Der goldbeladene Esel findet natürlich auch hier die Tore leichter geöffnet; aber der Mann von

Verdienst findet sie auch dann nicht verschlossen, wenn er unmittelbar vom Acker oder vom Kontorbock kommt. Ohne diese demokratische Methode, jedem aufstrebenden Talent eine Chance zu geben, ohne diese rückhaltlose Anerkennung jeder nützlichen Arbeit als Quelle öffentlicher Auszeichnung würde Amerika niemals in so kurzer Zeit zu einem gewaltigen Kulturstaat herangewachsen sein. Hier im fernen Westen werde ich auf Schritt und Tritt immer aufs neue wieder an diese großartige Kulturleistung erinnert.

Ich fuhr vom Yellowstone-Park nach Spokane, der wichtigsten Stadt im östlichen Washington, die gegenwärtig etwa 80,000 Einwohner zählt. Ich habe diese Stadt vor zwei Jahrzehnten kennen gelernt, als sie soeben aus der Prärie hervorwuchs. Es war damals ein Ort von 2 bis 3000 Einwohnern, eine Schöpfung der Northern-Pacific-Bahn. Henry Villard hatte mich dem damaligen Mayor des Ortes empfohlen, und ich genoß bei diesem die herzliche Gastfreundschaft, die an den Grenzen der Kultur üblich ist. Die gesamte Einwohnerschaft lebte damals in Zukunftshoffnungen und der Herausgeber der einzigen Zeitung des Ortes hielt mich für einen zurückgebliebenen Europäer, als ich die, wie mir schien, bereits sehr entgegenkommende Bemerkung äußerte, es werde doch wohl 25 Jahre dauern, bis Spokane ein Platz wie Chicago geworden sei. Ich sah den Ort dann im Jahre 1893 wieder, als die schwere Eisenbahnkrisis den ganzen Nordwesten auf das empfindlichste heimsuchte. Schon bei diesem zweiten Besuch fand ich von den ersten Ansiedlern, die 1886 prominent citizens gewesen waren, nur noch wenige vor. Jetzt bei meinem dritten Besuch waren sie nicht nur sämtlich verschwunden, sondern sogar ihr Gedächtnis bei den Mitlebenden ausgelöscht. Ich kam mir vor wie Chidher, der ewig junge; man behandelte mich wie eine Merkwürdigkeit, da ich die Stadt in ihren An-

fängen gekannt hatte, in jenen Anfängen, deren sich die heute ältesten Leute nicht mehr erinnerten, obgleich erst zwei Jahrzehnte vergangen waren. Nie ist es mir so drastisch entgegengetreten, wie rasch man hier in diesem Westen lebt. Die Stadt Spokane hat inzwischen eine erstaunliche Entwicklung genommen. Vornehmlich in den letzten sechs bis sieben Jahren, die für das ganze nordwestliche Gebiet eine Periode großer Prosperität bedeuteten, ist Spokane sprunghaft gewachsen. Unternehmende Ansiedler haben nicht nur Ackerbau, Viehzucht und Obstkultur zu hoher Blüte gebracht, auch die Minenindustrie ist in weitem Umkreis unter Spokanes kapitalistische Kontrolle gelangt. Die reichen Bleigruben des Coeur d'Alene-Distrikts und die zukunftsreichen Bergwerke von Britisch-Kolumbien sind in beträchtlichem Umfang Spokane tributär geworden. Der Reichtum der Stadt wuchs rasch. Man zählt heute bereits vierzehn Dollarmillionäre. In den breiten Hauptstraßen sind die elegantesten Läden mit Luxusgegenständen jeder Art zu finden. Spokane hat ein Café, in dem nach der Versicherung des Besitzers „The best coffee on earth" geschenkt wird, und ein Restaurant, das in Ausstattung, Speisen und Getränken die Konkurrenz mit europäischen Restaurants ersten Ranges erfolgreich aufgenommen hat. Der Ort sprudelt über von Unternehmungslust. Daß Spokane bereits zu den wichtigsten Plätzen der Welt gehört, steht für die Einwohner völlig fest. Das Selbstbewußtsein äußert sich gelegentlich in höchst lustiger Weise. Während ich in Spokane weilte, war gerade ein angesehener Bürger der Stadt von einer Europareise zurückgekehrt und ließ sich von der Presse über seine Reiseeindrücke interviewen. In diesem Interview wurde auch die Frage aufgeworfen, in welchem Verhältnis die Intelligenz des amerikanischen Volkes zu der der alten Römer stehe. Mr. Eilers, der auch in Rom gewesen war, erklärte kategorisch,

daß die alten Römer vor den modernen Amerikanern unbedingt die Segel streichen müßten. So sei das Coliseo, obgleich 50 000 people darin Platz gefunden hätten, gegen Coney Island „and its facilities“ doch nur etwas Untergeordnetes. Was sei ferner die Via Appia, verglichen mit dem obskursten Eisenbahnnetz des amerikanischen Kontinents.

Mitten in der Stadt bildet der Spokane River drei Wasserfälle, die industriell verwertet sind und insbesondere eine reiche Kraftquelle für elektrische Betriebe jeder Art bilden. Vor wenigen Wochen erst war eine elektrische Bahn bis Palouse fertig gestellt. Wir befuhren diese 120 Kilometer lange Strecke in drei Stunden. Zu beiden Seiten dehnten sich reiche Weizen-, Hafer- und Gerstefelder aus, alles in hoher Kultur. Vor zwei Jahrzehnten sah ich dieselben Gebiete, so weit das Auge reichte, als trockene, nur mit Beifuß bewachsene Prärie. Dicht vor den Toren der Stadt hat man neuerdings begonnen, eine Strecke von 4500 Acres, rund 1800 Hektar, unter künstliche Bewässerung zu bringen. Etwa 120 Fuß unter der Oberfläche befinden sich reiche Wassermassen, die hinaufgepumpt zur Bewässerung verwandt werden. Der Boden, der bis dahin brach lag, hat sich sofort in grünende und blühende Natur verwandelt.

Hier in North Yakima, 230 englische Meilen westlich von Spokane, woselbst ich diesen Brief schreibe, kann man den Segen der künstlichen Bewässerung in noch ganz anderer Weise schätzen lernen. In dieser Gegend sind bereits einige hunderttausend Morgen künstlich bewässert. Das Wasser wird den Nebenflüssen des Columbia entnommen, und die Berieselung erfolgt nach dem bloßen Gesetz der Schwere, ohne jede Pumpvorrichtung. Rund um North Yakima herum reiht sich eine Obstplantage an die andere. Es sind zumeist kleine Wirtschaften von 10 bis 20 Acres, auf

denen alle Arten von Früchten, Pfirsiche, Äpfel, Birnen, Aprikosen, Pflaumen, Kirschen, Erdbeeren und Himbeeren in trefflicher Qualität gedeihen. Von einer extensiven Kultur ist längst keine Rede mehr; jedes Stückchen Land wird auf das intensivste ausgebeutet, sorgfältig gedüngt, von Unkraut und Ungeziefer fleißig gereinigt. Der Preis des Grund und Bodens ist kolossal gestiegen. Im Irrigationsgebiet bezahlt man den bloßen Acre, auf dem noch kein Baum gepflanzt ist und der noch als Präriewüste daliegt, bereits mit mehreren hundert Dollars. Land, das schon als ergiebig erprobt ist, erreicht in der Nähe der Stadt Preise von 1000 Dollars und mehr per Acre. Das sind rund 10,000 Mark per Hektar. Der Absatz für das gezogene Edelobst findet sich zumeist in den äußerst konsumfähigen großen Städten des Staates Washington, Spokane, Takoma, Seattle, und geht über Seattle in nicht geringen Quantitäten nach Alaska.

Irrigation, das ist dem Westen der Vereinigten Staaten für weite Landstriche das Mittel geworden, Wüsten in Gärten umzuwandeln. Neuerdings hat die Bundesregierung den Mosesstab selbst in die Hand genommen, damit das planmäßig und in großem Umfange geschieht, was bisher vielfach in verschwenderischer Weise experimentell getan ist. Die Bundesregierung ist dabei, das Wasser der für Irrigation geeigneten Ströme unter konstante Aufsicht zu stellen, Reservoirs anzulegen, große Bewässerungskanäle zu bauen, um so das kostbare Naß möglichst weiten Gebieten zuführen zu können. Die Kulturperspektive, die damit für Landstriche von der Größe europäischer Königreiche eröffnet wird, ist unermeßlich. Ἄριστον μὲν ὕδωρ — das kann man als Motto über dieses Kapitel amerikanischer Kulturgeschichte setzen.

VIII.

Was sich der Wald erzählt. — Rassenprobleme. Die Aufschließung Kanadas.

Vancouver, 5. August 1907.

Waldeszauber am Stillen Ozean! Ein Urwald unmittelbar am Meer, mit riesigen Fichten, Tannen und Zedern, die in einzelnen Exemplaren bis zu 250 Fuß aufragen. Dichtes Unterholz, in dem Farne und Schlinggewächse durcheinander wuchern, so daß die bunten Waldblumen kaum durchkommen können. Auf den schmalen Wegen, die durch das Dickicht gebahnt sind, liegt Jahrtausende alter Humus, der wie ein weicher Teppich den Schritt dämpft. Das gelegentliche Krächzen einer Krähe durchbricht die Urwaldstille. Hier und da steht eine Schar gewaltiger Baumriesen eng nebeneinander. Nur vereinzelt haben die ragenden Wipfel den Elementen erfolgreich Trotz geboten. Zwischendurch lagern niedergebrochene Stämme, langsam vermodernd; in diesem Vermoderungsprozeß durch aufräumende Menschenhand nicht gestört. Es ist ein wundervoller Anblick für das Künstlerauge. Der Volkswirt aber fragt, was hier alles durch eine pflegsame Behandlung gerettet werden könnte.

Es ist kaum glaublich, welche Verwüstung noch heute in diesen Waldbeständen vor sich geht. Ich bin seit zehn Tagen in der Waldregion am Puget-Sound und in British-Columbia. Die Gegend ist von wunderbarer Groß-

artigkeit. Mit ewigem Schnee bedeckte Berge steigen aus grünender Flur empor. Hohe felsige Ufer, bewaldete Inseln und kahle Felsbrocken, die im Meer zerstreut sind, geben dem Gestade die abwechslungsreichsten Formen. Ich weiß, daß es so ist, denn ich habe vor zwei Jahrzehnten am Puget Sound einen der seltenen klaren Tage erlebt, an denen die Natur die ganze Fülle ihrer Reize vor dem entzückten Auge des Beschauers ausbreitet. Jetzt aber hüllt der Rauch der Waldbrände die ganze Gegend in einen dichten Schleier, so daß nicht einmal die nächsten Bergketten sichtbar werden. Waldbrände sind in der trocknen Jahreszeit üblich. Selten fällt in den Sommermonaten Regen. Jedes unvorsichtige Hantieren mit Feuer pflegt solche Waldbrände hervorzurufen. Der Raum, auf dem sich Orte wie Tacoma, Seattle, Victoria, Vancouver ausbreiten, ist zumeist durch Feuer dem Urwald abgewonnen. Kolossale Baumstümpfe, zierlich mit Blumen geschmückt, erinnern in den Vorgärten noch vielfach an den Urwald der Vorzeit. Alle diese Städte haben in ihrer jungen Geschichte auch einen großen Brand aufzuweisen, der die ersten Holzbauten völlig zerstörte und den Beginn der modernen Periode von Steinbauten markiert. Seattle erlebte 1889 einen solchen Brand, Vancouver 1886. In Vancouver räumte das Feuer so gründlich auf, daß nur ein einziges Haus stehen blieb. Inzwischen hat die Stadt, eine Schöpfung der Canadian-Pacific-Bahn, sich zu einem Hafenplatz von 50 000 Einwohnern entwickelt und sieht einer großen Zukunft entgegen. Tacoma und Seattle, die benachbarten Seestädte im Staate Washington, haben eine ähnliche Entwicklung genommen. Tacoma hat heute gegen 100 000, Seattle mindestens 200 000 Einwohner. Das wichtigste ökonomische Fundament für die Entwicklung aller pacifischen Städte, diesseits wie jenseits der kanadischen Grenze, bildete ursprünglich der Holzreichtum der Gegend.

Noch gegenwärtig liefern diese Holzschätze dem Handel und dem Frachtverkehr zur See und auf den Eisenbahnen eine breite Unterlage. Axt und Säge sind hier noch immer wichtige Instrumente. Aber über dieser Unterlage wächst von Jahr zu Jahr ein immer höherer kommerzieller und industrieller Bau empor. Die fruchtbaren Gefilde des östlichen Washington, die unter künstlicher Bewässerung reiche und sichere Ernten bringen, haben mit dem Bedürfnis, für diese reichen Ernten an Getreide und Obst sowie für die Produkte der Viehzucht weitere Märkte zu gewinnen, in den Häfen des Puget-Sound auch eine Reederei großgezogen, die nach und nach eine regelmäßige Verbindung nicht nur mit San Francisco, sondern auch mit Japan und China, mit Hawaii und selbst mit Australien herbeigeführt hat. Den kräftigsten Anstoß für die Hereinbeziehung der rasch aufblühenden Handelsplätze in den Weltverkehr gab dann die Entdeckung der Goldfunde in Alaska. Tacoma, Seattle, Victoria und Vancouver warfen sich mit rivalisierendem Eifer auf den Alaskahandel. Seattle eilte dabei allen anderen Plätzen voraus. Britisch Columbia als das Nachbargebiet von Alaska hat von den Goldfunden im hohen Norden auch noch den weiteren Vorteil gehabt, daß seitdem ein erhöhtes Interesse an der Mineninduſtrie der kanadischen Provinz in großkapitalistischen Kreisen der Vereinigten Staaten rege geworden ist. Diese Minenentwicklung befindet sich noch in den ersten Anfangsstadien. Man hat beträchtliche Kohlenlager, man hat Gold und Kupfer entdeckt und auszubeuten begonnen. Aber von einer eingehenden Durchforschung der Provinz Britisch Columbia, die beinahe so groß ist wie Deutschland und Frankreich zusammengenommen, konnte bisher noch nicht die Rede sein. Überhaupt ist ja Kanada, das so groß ist wie ganz Europa und bisher insgesamt nur sechs Millionen Einwohner zählt,

fast durchweg Neuland, von dem schwer einzusehen ist, weshalb es nicht eine ähnliche Entwicklung nehmen sollte, wie sie die Vereinigten Staaten genommen haben. Nichts spricht mehr für diese Entwicklungsmöglichkeit Kanadas als der wachsende Zustrom von Auswanderern aus den Vereinigten Staaten. Im letzten Quinquennium sind rund 250 000 Ansiedler aus der amerikanischen Union über die Grenze nach Kanada gezogen, zumeist Farmer und Viehzüchter, die wertvolle Erfahrungen und auch Kapital mitgebracht haben. Die kanadische Bundesregierung, ebenso wie die Provinzialregierungen und die großen Eisenbahngesellschaften tun alles, um diese Einwanderung zu erleichtern. Die Annehmlichkeiten des Lebens in Kanada und die Möglichkeit, dort sein Glück zu machen, werden in den glänzendsten Farben geschildert und Prospekte jeder Art in Millionen von Exemplaren über die ganze Welt verbreitet. Es ist sogar gelungen, selbst Isländer in größerer Zahl zur Einwanderung nach Kanada zu bewegen. Allenthalben erhebt sich jetzt der Ruf nach Arbeitskräften, um die wirtschaftlichen Schätze Kanadas rascher zu heben. Hier am Stillen Ozean kommen als solche Arbeitskräfte auch die Asiaten ernsthaft in Betracht. Es wird nicht viele Orte auf dem Erdenrund geben, die ein bunteres Völkergemisch aufweisen, als Vancouver. Neben Chinesen und Japanern spielen hier auch noch Hindus als Arbeiter eine beträchtliche Rolle. Sie tragen die Tracht amerikanischer Arbeiter, nur den Turban haben sie beibehalten, wie die Chinesen den Zopf. Die Japaner haben sich völlig den amerikanischen Gewohnheiten angepaßt.

Die Beziehungen zu den Japanern sind zu einer sehr aktuellen politischen Frage geworden. Sensationslüsterne Zeitungen haben sowohl in den Vereinigten Staaten, wie in Japan schon mit dem Gedanken einer kriegerischen Verwick-

lung gespielt. Ein amerikanisches Telegraphenbureau sandte sogar eines Tages die Mitteilung durch die Zeitungswelt, in Mexiko, nahe der amerikanischen Grenze, hielten sich 40 000 japanische Soldaten in Verkleidung auf, bereit, auf einen Wink von Tokio aus in das Gebiet der amerikanischen Union einzufallen. In Wirklichkeit denkt natürlich kein ernst zu nehmender Politiker weder in den Vereinigten Staaten noch in Japan an einen Krieg. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit mehreren Vertretern der japanischen Diplomatie, u. a. auch mit dem früheren japanischen Gesandten in Berlin, dem jetzigen Botschafter in Washington, Vicomte Aoki, über diese Kriegsbefürchtungen der Presse zu sprechen. Sie wiesen allesamt den Gedanken eines kriegerischen Konflikts zwischen Japan und den Vereinigten Staaten als absurd zurück. Selbst die Befürchtung, daß es in Japan zu einem Boykott amerikanischer Waren kommen könnte, wird von den besten Kennern japanischer Verhältnisse nicht geteilt. Übrigens sind Reibereien ernsthafter Art zwischen Amerikanern und Japanern bisher auch nur in San Francisco vorgekommen, woselbst seit dem Erdbeben die politische Demagogie überhaupt die häßlichsten Formen angenommen hat [1]). Der japanische Konsul in Seattle versicherte mir, daß in seinem Distrikt, der neben dem Staate Washington auch noch die Staaten Oregon und Montana umfaßt, die Japaner durchweg sich über schlechte Behandlung nicht zu beklagen hätten, sondern die Beziehungen zur amerikanischen Bevölkerung befriedigend seien. Auch die amerikanischen Geschäftsleute, die ich kennen lernte, er-

[1]) Inzwischen ist es auch in Vancouver zu Pöbelausschreitungen gegen asiatische Arbeiter Chinesen, Japaner und Hindus — gekommen. Die Rassenvorurteile haben dabei als Kampfmittel gegen unbequeme Arbeitskonkurrenten gedient. Die Trades Unions tragen für diese Pöbelexzesse die Hauptverantwortung.

klärten mir, daß man mit den Japanern, ebenso wie mit den Chinesen, sehr gut auskomme. Das Vorurteil, daß sie als Lohndrücker wirkten, sei unberechtigt, da sie es sehr rasch lernten, ihre Arbeitskraft gerade so teuer wie weiße Arbeiter zu verkaufen. Dem Gedanken gegenüber, daß die pacifische Küste Amerikas einmal von mongolischen Einwanderern überfüllt werden könnte, empfanden allerdings auch sie ein starkes Mißbehagen. In der Tat würde aus einer solchen Masseneinwanderung dem politischen Leben der amerikanischen Demokratie ja auch eine unberechenbare Schwierigkeit erwachsen, sobald die assimilierende Kraft dieser Demokratie der gelben Rasse gegenüber versagen sollte. Einstweilen handelt es sich jedoch nur um eine eingebildete Gefahr. Insbesondere kann von einer japanischen Masseneinwanderung nicht im entferntesten die Rede sein. Die japanische Regierung tut, was sie kann, um die Auswanderung aus Japan nach Amerika zu hindern. Was an japanischen Arbeitern dorthin gelangt, kommt meistens über Hawaii an die pacifische Küste des amerikanischen Kontinents.

Allerdings sehen insbesondere die Labour-Unions auch in British Columbia die mongolische Einwanderung ungern. Aber weniger, weil es sich dabei um Mongolen, als weil es sich um Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt handelt. Die Gewerkschaften suchen mit allen Mitteln die aus dem Arbeitermangel erwachsenen sehr hohen Arbeitslöhne auf ihrer exzeptionellen Höhe zu erhalten. Sie benutzen dabei das nicht unlogische Argument, daß in einem Lande, in dem das Kapital sich Schutzzölle zu verschaffen gewußt hat, um die Kapitalsprofite künstlich zu erhöhen, es nicht mehr als recht und billig sei, auch die nationale Ware Arbeitskraft durch Beschränkung fremder Konkurrenz im Preise zu heben. Erst wenn ein Land auf die Begünstigung des Kapitals durch Schutzzölle verzichtet,

haben Kapitalisten und Grundrentner auch ein Recht, die freie Einfuhr von Arbeitskräften zu verlangen.

Zur Aufschließung der reichen Hilfsquellen Kanadas — und für den ganzen Nordwesten der Vereinigten Staaten gilt dasselbe — sind Kapital und Arbeit noch in großen Mengen nötig. Auf der Insel Vancouver befinden sich die reichsten Kohlenschätze; aber es fehlt so sehr an Arbeitskräften, um sie auszubeuten, daß es ökonomisch möglich geworden ist, Kohlen aus Japan und selbst von Australien nach den Städten Vancouver, Seattle und Tacoma einzuführen. Daß die gesetzgeberische Weisheit unter solchen Umständen zwischen dem Nordwesten der Vereinigten Staaten und British Columbia doppelte Schlagbäume unterhält, um den natürlichen Verkehr künstlich abzulenken, ist ein neuer Beweis dafür, wie gering der Einfluß logischen Denkens auf die Gesetzgebung wirkt, sobald der wirtschaftliche Eigennutz ins Spiel kommt.

Man muß übrigens der kanadischen Bundesregierung zu ihrer Ehre nachsagen, daß sie sich lange Zeit bemüht hat, eine zollpolitische Reziprozität zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada herzustellen. Der protektionistische Eigensinn des Senats in Washington hat jedoch jede vernünftige Regelung zu verhindern gewußt. Heute aber steht auch die Regierung in Ottawa auf dem Standpunkt völliger Zollautonomie und ist Gegnerin eines Reziprozitätsvertrages mit der großen Nachbarin. Diese Zollautonomie sucht Kanada übrigens auch dem britischen Mutterlande gegenüber voll aufrecht zu erhalten. Die um 33 1/3 Prozent verminderten Vorzugszölle beim Import britischer Waren sind bekanntlich ebenfalls ein durchaus autonomes Geschenk; sie beruhen auf keinem Vertrage und auf keiner Gegenleistung. Aus der Haltung des gegenwärtigen kanadischen Premierministers Sir Wilfrid Laurier auf der jüngsten Kolonialkonferenz

in London geht auch unzweideutig hervor, daß die kanadische Politik heute in erster Linie auf Unabhängigkeit, politische wie wirtschaftliche, gerichtet ist, und daß man in Ottawa bestrebt ist, diese Unabhängigkeit, ebensowohl London wie Washington gegenüber, zur Geltung zu bringen. Man fühlt sich bereits als werdende Großmacht und ist mit fieberhaftem Eifer bemüht, zunächst wirtschaftlich das ganze riesige Ländergebiet des Dominion of Canada aufzuschließen und zu entwickeln. Man folgt dabei im wesentlichen den Spuren der amerikanischen Union. Die Bundesverfassung ist, insbesondere was das Verhältnis der Zentralregierung zu den Provinzen anlangt, in vielen Punkten der amerikanischen Unionsverfassung nachgebildet. Die Rechte der neun kanadischen Provinzen Prince Edward-Island, Nova Scotia, New Brunswick, Quebec, Ontario, Manitoba, Saskatchewan, Alberta und British Columbia gleichen in manchem Wesentlichen den konstitutionellen Rechten von Einzelstaaten der amerikanischen Union.

Wie gewaltig im letzten Jahrzehnt die wirtschaftliche Entwickelung Kanadas gewesen ist, mag man daraus ermessen, daß der Handel Kanadas in Import und Export innerhalb der letzten zehn Jahre von rund 240 Millionen auf 550 Millionen Dollars anwuchs. Das ist auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ein Außenhandel der noch zwei und einhalbmal größer ist, als der riesige Auslandsverkehr der Vereinigten Staaten. Schon jetzt sind in den kanadischen Eisenbahnen über fünf Milliarden Mark angelegt. In der internationalen Reederei wie in der Fischerei hat Kanada die Vereinigten Staaten überflügelt. An Weizen produziert Kanada allerdings nur erst den vierten Teil dessen, was die amerikanische Union hervorbringt, aber es sind auch noch nicht zehn Prozent des Weizenlandes unter Kultur.

Trotz der schutzzöllnerischen Abschließungspolitik, die sowohl in Kanada wie in den Vereinigten Staaten herrscht, ist der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern doch in steigender Entwicklung. Die amerikanische Ausfuhr nach Kanada ist von 75 Millionen Dollars im Jahre 1898 auf 168 Millionen Dollars im Jahre 1906 angewachsen, während die Ausfuhr von Waren aus Großbritannien nach Kanada in derselben Zeit trotz der zolltarifarischen Vorzugsbehandlung nur von 32 Millionen auf 69 Millionen Dollars gestiegen ist. Andererseits ist der Anteil Großbritanniens am kanadischen Exporthandel nach und nach beträchtlich über den Anteil der Vereinigten Staaten hinausgewachsen und bezifferte sich im Jahre 1906 auf 133 Millionen Dollars gegen nur 88 Millionen, die auf die Vereinigten Staaten entfielen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Großbritannien seinen Riesenbedarf an Nahrungsmitteln, speziell an Brotkorn und Fleisch, in stets wachsendem Maße in Kanada, anstatt in den Vereinigten Staaten zu decken suchen wird. Nicht aus mutterländischen Gefühlen, sondern weil nicht nur britisches Kapital neuerdings mit Vorliebe in Kanada Betätigung sucht, sondern weil auch der Strom der britischen Auswanderung mehr und mehr von den Vereinigten Staaten nach Kanada abgelenkt ist. In den letzten zehn Jahren sind mehr als 300000 Auswanderer von Großbritannien nach Kanada gegangen, zumeist nach Westkanada.

Man erkennt aus diesen wenigen Angaben leicht, in wie hoffnungsvolle Bahnen die Entwickelung Kanadas im zwanzigsten Jahrhundert eingelenkt ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika traten ins neunzehnte Jahrhundert wirtschaftlich erheblich schwächer ein, als das Dominion of Canada in das zwanzigste. Die Bevölkerung war nicht so zahlreich, der Reichtum unvergleichlich geringer, das Gebiet nur zu einem

kleinen Teil aufgeschlossen. Ist es unwahrscheinlich, daß Kanada den Entwicklungsweg der Vereinigten Staaten im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität in der Hälfte der Zeit zurücklegt? Die Kanadier glauben es, und der Glaube kann Berge versetzen. In der ökonomischen Welt bedeutet solch ein Glaube: Unternehmungslust.

IX.

Konstitutionelles aus Kanada. — Die Hauptstadt des kanadischen Westens.

Winnipeg, 19. August.

Es gewährt einen ungewöhnlichen Reiz in einem Lande zu reisen, das der Kultur neu erschlossen wird, und in dem die Bewohner mit immer reger Erwartung in die Zukunft blicken, die jedem etwas zu versprechen scheint. Ich verstehe es, daß es unternehmungslustige Naturen gibt, die immer aufs neue wieder bis an die Grenzen der Kultur vorrücken, weil dieses Grenzerleben ihrem Wagemut einen Gewinn verspricht, der dem des Spielers ähnlich ist.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist der Raum für diese „adventurers" allmählich eng geworden; aber sie brauchen nur über die Grenze nach Kanada zu gehen, und ein Land mit ungeheuren Zukunftshoffnungen liegt vor ihnen. Es ist erstaunlich, was in den sieben Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wirtschaftlich und administrativ auf dem Riesengebiete des Dominion of Canada geleistet ist. Angesichts der Unvollkommenheiten, die auf dem Boden des jungen Gemeinwesens nur allzu natürlich sind, vergißt man leicht, wie bedeutsam das ist, was der Natur abgerungen wurde. Die ersten Ansiedlungen der Franzosen in den atlantischen Provinzen des heutigen Dominion of Canada reichen allerdings schon bis in den Anfang des siebzehtnen Jahrhunderts zurück. Städte

wie Quebec und Montreal haben eine mehrhundertjährige Geschichte. Aber der gewaltige Westen, von der heutigen Provinz Ontario bis zur pazifischen Küste war selbst dann noch kaum mehr als ein geographischer Begriff, als im Jahre 1867 durch die British North American Act die konstitutionelle Unterlage für die kanadische Union geschaffen war. Man muß sich vergegenwärtigen, daß damals die Hudson Bay Company, jene Gesellschaft von merchant adventurers, die durch eine dem Prinzen Rupert im Jahre 1670 von Karl II. verliehene Charter mit einem Handelsmonopol versehen war, sich noch im rechtlichen Besitz des ganzen Ländergebiets vom Lake Superior bis zur Hudson Bay und dem Stillen Ozean betrachtete. Sie hatte zweihundert Jahre in diesem Gebiet mit den Indianern Tauschhandel getrieben und gegen zweifelhafte Produkte europäischen Gewerbefleißes kostbare Tierfelle eingehandelt. Aus diesem Handelsverkehr und aus ihrem vergilbten Freibrief leiteten sie einen Territorialanspruch her, den die neue kanadische Föderation im Jahre 1869 mit einer Entschädigung von dreimalhunderttausend Pfund Sterling neben wertvollen Landreservaten ablöste. Erst dann begann das alte östliche Kanada dem fernen Westen ein ernsthafteres Interesse zuzuwenden. Im Jahre 1870 wurde Manitoba, im folgenden Jahre British Columbia in den kanadischen Bund aufgenommen, aber zwischen diesen beiden neuen Provinzen erstreckte sich ein Gebiet so groß wie das außerrussische Europa noch nahezu unerforscht und so gut wie völlig unbesiedelt. Aus diesem Nordwesten wurden dann erst vor zwei Jahren die Provinzen Alberta und Saskatchewan herausgebildet, während der nördliche Teil des Dominion of Canada, etwas mehr als die Hälfte des gesamten Territoriums der kanadischen Konföderation in fünf Verwaltungsdistrikte eingeteilt, gleichsam den territorialen Reservefonds Kanadas darstellt. Erst

mit der Begründung der Provinzen Alberta und Saskatchewan ist eine zusammenhängende Kette von kanadischen Bundesstaaten, entlang der Grenze der Vereinigten Staaten von Amerika, hergestellt, und damit der kanadische Bund aus dem konstitutionellen Werdezustande zu einer staatlichen Realität geworden.

Kanada stellt nunmehr einen Bundesstaat dar, bestehend aus Gliedern, welche aus den verschiedenartigsten Kulturepochen hervorgegangen sind. Während in dem einen Teil des Landes die Spuren des vorrevolutionären Frankreich noch nicht völlig verwischt sind, spiegelt ein anderer Teil die modernste aller wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen wider. Dabei ist dieses Land von der Ausdehnung Europas staatsrechtlich noch immer eine englische Kolonie. Allerdings ist das koloniale Abhängigkeitsverhältnis nur so weit von tatsächlicher Bedeutung, als es den Kanadiern gefällt. In Wirklichkeit ist Kanada heute, trotz des vom englischen König ernannten Generalgouverneurs, ein unabhängiges Staatswesen. Die deutsche Regierung beging einen großen Fehler, als sie, dieses tatsächliche Verhältnis außer acht lassend, sich vor einigen Jahren auf den formalen Standpunkt stellte, Kanada zollpolitisch als abhängige englische Kolonie zu behandeln, und Kanada gegenüber aus einem mit dem Mutterlande abgeschlossenen Meistbegünstigungsvertrage Rechte ableiten zu wollen, die das sich zollpolitisch unabhängig fühlende Kanada ohne besonderen Vertrag einzuräumen nicht gesonnen war. Der Zollkrieg, der aus diesem diplomatischen Formalismus erwachsen ist, hat Deutschland mehr geschädigt als Kanada. Er wird nur beendigt werden, wenn Deutschland Kanada als selbständigen Vertragsstaat anerkennt. Auf seine zollpolitische Vertragsfähigkeit wird Kanada heute weniger als je zuvor Verzicht leisten. Die Staatsmänner Englands haben

sich augenscheinlich längst mit der faktischen Selbständigkeit Kanadas abgefunden. Man denkt nicht daran, den Kanadiern von London aus irgend etwas vorschreiben zu wollen, was kanadischen Wünschen nicht entspricht. Großbritannien hat nur noch die Rolle eines Schutzpatrons, dessen Klient bestimmt, welcher Art das Patronatsverhältnis sein soll. Das staatsrechtliche Band, das Mutterland und Kolonie noch zusammenhält, verträgt keine gewaltsame Kraftprobe mehr.

Die kanadische Bundesverfassung gehört zu den interessantesten staatsrechtlichen Gebilden. Sie ist eine Mischung der konstitutionellen Grundsätze, die in England lebendig geworden sind mit solchen, die in den Vereinigten Staaten zur praktischen Durchführung gelangten. Man muß zugestehen, daß die kanadischen Eklektiker bei dieser Mischung klug und geschickt zu Werke gegangen sind. Bei der Durchführung der lokalen Selbstverwaltung ahmte man ziemlich genau das Muster der Vereinigten Staaten nach. Auch bei der Ausbildung des Föderativgedankens hielt man sich in manchem wesentlichen an das Vorbild der großen Nachbarrepublik. Nur wurden für den zentralistischen Einfluß und die Kontrolle der Bundesregierung die Grenzen weiter gezogen als in der Verfassung der Vereinigten Staaten. Der Generalgouverneur hat ein stark entwickeltes Vetorecht gegenüber der provinziellen Gesetzgebung. Außerdem ernennt er in den einzelnen Provinzen die Richter, im Gegensatz zu der Wahl der Richter, die bekanntlich in allen Einzelstaaten der amerikanischen Union durch Volksabstimmung geschieht. Die Rechte des Generalgouverneurs von Kanada, der, nebenbei bemerkt, aus der kanadischen Bundeskasse ein Gehalt von 50 000 Dollars empfängt — genau so viel wie der Präsident der Vereinigten Staaten —, sind formell sehr ausgedehnt. Er ernennt unter anderen auch die Gouverneure der einzelnen

Provinzen. In Wirklichkeit aber ist er in noch höherem Grade als der konstitutionelle König Englands der bloße Vollstrecker des Willens einer parlamentarischen Majorität, aus deren Mitte die tatsächliche Bundesregierung hervorgeht. Das System der parlamentarischen Regierung ist in Kanada konsequenter ausgebildet als in irgend einem anderen Staate der Welt, auch folgerichtiger als in England. Das Zweiparteiensystem ist noch in voller Kraft. Eine gesonderte Arbeiterpartei hat bisher nur gelegentlich mal einen Vertreter in das Parlament zu entsenden vermocht. Die am Ruder befindliche Bundesregierung besteht aus den Führern der Partei, welcher es gelungen ist, eine Mehrheit im Bundesparlament zu erlangen. Zwar existiert ein Oberhaus, bestehend aus einigen 80 Mitgliedern; und diese Senatoren werden auf Lebenszeit ernannt. Aber die Bundesregierung ernennt sie und füllt alle Vakanzen mit Männern ihres Vertrauens aus, so daß, wenn die Regierung nur lange genug am Ruder bleibt, auch die Mehrheit des Senats mit absoluter Sicherheit die Parteifarbe der Regierung annimmt. Die Liberalen unter dem Premierminister Sir Wilfried Laurier sind jetzt elf Jahre an der Macht. Als sie das langjährige konservative Regiment ablösten, war die Majorität des Senats konservativ. Jetzt, nachdem inzwischen bei zahlreichen Neubesetzungen Vertrauensmänner der Regierung eingeschoben sind, ist die Mehrheit des Senats ausgesprochen liberal. Übrigens haben in Kanada die Begriffe konservativ und liberal eine wesentlich andere Bedeutung als bei uns. Es würde schwer sein, beträchtliche, grundsätzliche Verschiedenheiten zwischen den beiden Parteien ausfindig zu machen. Der Hauptunterschied ist der, daß die eine Partei in der Macht ist und die andere an die Macht zu kommen wünscht. Die Oppositionspartei wird denn auch als ein völlig legitimer Teil des parlamentarischen Re-

gierungssystems anerkannt, und zwar so sehr, daß der Führer der parlamentarischen Opposition aus der Bundeskasse ein Gehalt von 7000 Dollars bezieht, genau so viel wie ein Kabinettsminister; daneben hat er noch seine Diäten als Mitglied des Parlaments in Höhe von weiteren 2500 Dollars im Jahr. Der Führer der Opposition bezieht demnach also ein tatsächliches Gehalt von 9500 Dollars. Zu den anekdotischen Kuriositäten dieses durchgebildeten parlamentarischen Regierungssystems gehört es ferner, daß jedes Parlamentsmitglied für jede Session neben Meilengeldern, wie sie ja auch das preußische Abgeordnetenhaus kennt, von Bundes wegen einen opulenten ledernen Koffer erhält. Dieser Lederkoffer hatte vorübergehend in der öffentlichen Meinung des Landes Anstoß erregt. Das Commitee of the House hat den Unwillen aber erfolgreich gedämpft, als es beschloß, daß auch den Pressevertretern auf der Parlamentstribüne dieser anstößige Koffer aus allgemeinen Mitteln zu liefern sei.

Die jetzt gerade vierzig Jahre bestehende kanadische Bundesverfassung hat sich im großen und ganzen durchaus bewährt. Von irgendeiner ernsthaften Bewegung zur Änderung der Verfassung ist nie die Rede gewesen. Sie hat sich allen demokratischen Entwicklungstendenzen gegenüber sehr elastisch erwiesen und zugleich dem Einfluß und der Initiative der Bundeszentralgewalt einen weitgehenden Spielraum geschaffen. Die beiden wesentlichen Unterschiede im Vergleich zu der Verfassung der Vereinigten Staaten liegen einmal in der stärkeren Ausbildung der Bundesgewalt und dann in der konsequenten Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. In der großen Nachbarrepublik hat zwar das Bundesparlament, wie die Legislaturen der Einzelstaaten, einen bedeutenden Einfluß, aber es besteht nirgends eine parlamen-

tarische Regierung. Die Unionsverfassung wie die Verfassung der Einzelstaaten haben vielmehr eine starke Scheidewand zwischen der Exekutive und der Legislative errichtet. Die Sekretäre des Präsidenten dürfen überhaupt im Parlament weder das Wort ergreifen noch erscheinen. Die Regierung kann als solche keine Gesetzesvorlage machen, selbst das Bundesbudget wird in der Form einer bill of appropriations von Mitgliedern des Repräsentantenhauses in Washington eingebracht. Die Verfassung der Vereinigten Staaten stellt, wenigstens in der Theorie, einen direkten Gegensatz zum parlamentarischen Regierungssystem dar. In der Praxis hat dieses dazu geführt, das Vertrauensverhältnis zwischen der Exekutive und dem Volk zu einem unmittelbareren zu machen und den Einfluß der einzelnen, vom Vertrauen der Bevölkerung getragenen politischen Persönlichkeiten gegenüber dem Parlament wesentlich zu steigern. Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, daß beide Systeme bei gleichzeitiger Anwendung der Grundsätze einer lokalen demokratischen Selbstverwaltung, der Expansion eines großen staatlichen Gemeinwesens Tor und Tür zu öffnen vermögen.

Kanada hat seinen ganzen staatlichen Apparat, in noch höherem Grade als die Vereinigten Staaten, in den Dienst der materiellen und intellektuellen Entwicklung gestellt. Auf die Ausbildung einer Armee und einer Flotte hat es verzichtet. Eine berittene Polizei von, sage und schreibe, (achthundert und vierzig) 840 Mann hält von ihrem Hauptquartier in Regina, der Hauptstadt der Provinz Saskatchewan, aus den ganzen riesigen Nordwesten bis in die arktische Region hinein polizeilich in Ordnung. Ich habe niemanden getroffen, der mir nicht voller Bewunderung von den Leistungen dieser kleinen Polizeitruppe erzählt hätte, deren Autorität in der Bevölkerung eine unbeschränkte ist.

Was wird aus diesem kolossalen Ländergebiet, was wird insbesondere aus den eben erst erschlossenen Gebieten des kanadischen Westens werden? Der Strom der Einwanderung ist in beständigem Wachsen. Die großen Eisenbahnlinien, die emsig bemüht sind, das Schienennetz immer dichter zu gestalten, fördern die Aufschließung des Landes in jeder Weise. In der Nähe von Calgary, einem rasch aufblühenden Platz der Provinz Alberta, hat die Canadian-Pacific-Eisenbahn ein Irrigationswerk mit einem Kostenaufwand von 20 Millionen Mark ins Leben gerufen, das dazu bestimmt ist, einen Distrikt von 3 Millionen Acres einer künstlichen Bewässerung zu unterwerfen. Dieselbe Bahn hat ferner seit einer Reihe von Jahren die großartige Natur der Rocky Mountains, die in der Nähe von Field, Laggan und Bauff von unvergleichlicher Schönheit ist, dem Fremdenverkehr zugänglich gemacht, indem sie an den schönsten Plätzen komfortable Hotels errichtete. Der Zustrom der Besucher wächst mit jedem Jahre und trägt in gewissem Sinne auch wieder zur Reklame für Kanada bei. Der Reisende, der die kanadischen Rocky Mountians besucht, aus dem wundervollen Gebirge in die Ebene hinabfährt und dann an beiden Seiten der Bahn Viehherden weiden und weite Präriestrecken bereits unter landwirtschaftlicher Kultur sieht, wird leicht zu einem Verbreiter des Glaubens an eine unermeßliche landwirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit des kanadischen Westens.

Hier in Winnipeg liegt der kommerzielle Schwerpunkt dieses kanadischen Westens. Der Ort, den ich im Jahre 1893 als eine noch recht armselige Landstadt kennen lernte, zählt heute mehr als 100 000 Einwohner und hat sich inzwischen genau so entwickelt wie die Städte des fernen Westens der Vereinigten Staaten vom Typus Spokane. Das Straßenbild zeigt denselben originellen Wechsel von Holzbaracken und

vielstöckigen massiven Geschäftshäusern. Hier eine Strecke ausgezeichneten Zementtrottoirs und dann dicht daneben in derselben Straße ein Trottoir von halb verfaulten, ausgetretenen Brettern. Ein Warenhaus, das dem von Tietz in Berlin nicht nachsteht, und unmittelbar dabei in gleicher Straßenflucht ein alter Kasten, in dem ein schwunghaftes Arbeitsvermittlungsgeschäft tätig ist. Alle paar Schritte stößt man auf Plakate, auf denen Arbeiter, insbesondere für landwirtschaftliche Zwecke, gesucht und Farmland sowie städtische Grundstücke zum Verkauf ausgeboten werden. Nahezu sämtliche größeren kanadischen Banken haben in Winnipeg ihre Filialen. Ein dichtes Straßenbahnnetz durchzieht die Stadt und die nächste Umgebung. Die Bevölkerung ist die denkbar gemischteste. Es sollen hier etwa dreißig verschiedene Sprachen in Übung sein. Deutschland ist in Winnipeg natürlich ebenfalls vertreten, aber nicht sehr zahlreich. In den südlichen Teilen der Provinz Manitoba gibt es von alters her eine größere Anzahl deutscher Farmer mennonitischer Konfession, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus Rußland auswanderten. Sie halten ihr Deutschtum hier in Kanada ebenso fest, wie sie es in Rußland taten, leben aber abgesondert und gewinnen deshalb auf das kanadische öffentliche Leben keinen Einfluß. Neuerdings ist auch deutsches Kapital bei der Besiedelung tätig. Es existiert eine deutsch-kanadische Landgesellschaft, die von Winnipeg aus, wie es scheint, mit Erfolg betrieben wird. Sonst sind die Beziehungen zwischen Deutschland und dem westlichen Kanada noch wenig ausgebildet, und der törichte Zollkrieg hat das seinige dazu beigetragen, um ein gut Teil der kommerziellen Fäden, die zwischen Deutschland und Kanada gesponnen waren, wieder zu zerreißen.

Daß in Kanada für deutschen Unternehmungsgeist ein sehr weites und günstiges Feld offen liegt, ist keinem

Zweifel unterworfen. Kanada ist von der Vigilanz des deutschen Kaufmannes bisher nur ungenügend beachtet worden. Man steht noch zu sehr bei uns unter dem Eindruck, daß Kanada eigentlich in die arktische Region gehört, und vergißt, daß Ottawa und Montreal auf demselben Breitengrade wie Venedig liegen, Quebec mehrere Meilen südlicher als Paris, und Winnipeg nicht nördlicher als Cherbourg. In manchen Distrikten der noch weiter westlich liegenden Provinzen Saskatchewan und Alberta bleibt das Vieh während des ganzen Winters auf der Weide. Es gibt natürlich auch weite Gebiete mit außerordentlich harten Wintern; aber das, was an Landstrichen übrig bleibt, in denen die klimatischen wie die Bodenverhältnisse für Landwirtschaft und Viehzucht erheblich günstiger sind als im ostelbischen Preußen, stellt eine Fläche dar, welche die gesamte Ausdehnung Deutschlands und Frankreichs noch erheblich überschreitet. Es würde allen ökonomischen Entwicklungsgesetzen widersprechen, wenn ein Land mit so günstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nicht einer großen Zukunft entgegenginge. Selbst die Staatsfinanzen des Landes sind gesund, die Schulden verhältnismäßig klein. In der kanadischen Finanzverwaltung ist sogar ein Grundsatz verwirklicht worden, der zu den unverwirklichten Idealen Bismarcks gehörte. Der Bund leistet aus seinen Einnahmen jährliche Beiträge an die einzelnen Provinzen statt der Matrikularbeiträge, die in Deutschland das Reich zum Kostgänger der Einzelstaaten machen. Der Zustand gefällt den Kanadiern recht gut, und niemand denkt daran, ihn durch Errichtung einer kostspieligen Armee und Kriegsflotte zu zerstören. Besorgnis vor einer gewaltsamen Annexion durch die Vereinigten Staaten besteht nirgends. Etwaigen außeramerikanischen Gegnern gegenüber fühlt man sich durch den Schutz Englands gesichert. Glückliches Kanada!

X.

Das französische Element in Kanada. — Sir Wilfrid Laurier und der deutsch-kanadische Zollkrieg. — Ein gesetzgeberisches Präservativ gegen Streiks.

Quebec, den 2. September 1907.

Es gab eine Zeit, in der unter allen europäischen Kolonialmächten Frankreich auf dem nordamerikanischen Kontinent den größten Territorialbesitz aufweisen konnte. Die Franzosen hatten im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert mit kolonisatorischem Scharfblick sich an den Mündungen der beiden Hauptströme Nordamerikas festgesetzt. Abenteuernde Chevaliers und unternehmende katholische Patres trugen das Lilienbanner den St. Lorenzstrom aufwärts und den Mississippi hinab. Sie drangen vom Norden her bis zum Lake Superior vor. An der Straße von Soult St. Marie, die den Seeverkehr vom Lake Superior zum Lake Huron und zum Lake Michigan vermittelt, und durch welche heute ein Schiffsverkehr sich bewegt, der an Tonnenzahl beträchtlich umfangreicher ist als der Verkehr im Suezkanal, gründeten französische Jesuiten bereits im letzten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts eine Missionsniederlassung. 1673 drang Marquette, ein französischer Mönch, über die großen Seen hinaus bis zum oberen Mississippi vor. Er verkündete, daß der mexikanische Golf zu

Schiff auf dem Mississippi zu erreichen sei. In Quebec wurde diese Entdeckung mit Jubel aufgenommen, in den Kirchen das Tedeum angestimmt, ein Salut abgefeuert und das „große westliche Tal“ nach dem Recht der Entdeckung als Besitz der Krone Frankreichs erklärt. Einige Jahre später rüstete der Chevalier La Salle dann eine Expedition aus und drang von den Falls of St. Anthony, an denen heute die Großstadt Minneapolis liegt, den Mississippi abwärts bis zum mexikanischen Golf tatsächlich vor. Er erreichte das Meer 1682, gründete das Fort St. Louis und gab dem ganzen Mississippigebiet den Namen Louisiana. Die französischen Konquistadoren des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts die mit kriegerischer Tüchtigkeit und großem diplomatischem Geschick das französische Kolonialreich im heutigen Kanada befestigten, die Champlain, Laval, Frontenac, La Salle, Montcalm, Maisonneuve und ihre Gefährten träumten von einem Neu-Frankreich, das von der Mündung des St. Lorenzstromes bis zur Mündung des Mississippi reichen sollte. Die französischen Hauptstützpunkte wurden im Mississippital New Orleans und Mobile, im unteren Stromgebiet des St. Lorenz Quebec und Montreal. Das französische Louisiana umfaßte ein Territorialgebiet, das größer war als die Vereinigten Staaten von Amerika zu Jeffersons Zeiten, dem es bekanntlich im Jahre 1803 gelang, Louisiana dem napoleonischen Frankreich für 15 Millionen Dollars abzukaufen. Kanada aber mit allem Zubehör wurde 1763 im Frieden von Paris von Frankreich an Großbritannien abgetreten. Quebec war damals bereits über hundertfünfzig Jahre alt. Champlain hatte Quebec 1608 gegründet. Die Stadt kann im nächsten Jahre ein 300 jähriges Jubiläum feiern wie das virginische Jamestown, die älteste englische Ansiedlung in Amerika, es in diesem Jahre getan hat.

Die Kämpfe, welche dem Übergange Kanadas von Frankreich auf England vorausgingen, und die in der Schlacht auf den Plains of Abraham und der Eroberung Quebecs im September 1759 ihren heroischen Höhepunkt erreichten, haben für Sieger und Besiegte seit 150 Jahren den Gegenstand des Nationalstolzes gebildet. Franzosen wie Engländer verloren in jenen Kämpfen um Quebec den Oberbefehlshaber. Wolfe und Montcalm fielen. Die Tradition berichtet, daß, als General Wolfe zum Sturm auf Quebec vorrückte, er Grays „Elegy" rezitierte und dann zu seinen Offizieren sagte: „Ich möchte lieber dieses Gedicht geschrieben haben, als morgen die Franzosen schlagen." Es war die Zeit der Enzyklopädisten, in der selbst die Kriegshelden literarischen Ehrgeiz besaßen.

Das französische Kanada wurde englischer Kolonialbesitz, aber die französische Nationalität hat sich nicht nur behauptet, sondern der ganzen Provinz Quebec den kulturellen Stempel aufgedrückt. Quebec, unter allen Provinzen Kanadas räumlich nur British Columbia, in der Bevölkerungszahl nur Ontario nachstehend, hat rund eindreiviertel Millionen Einwohner. Montreal, die größte Stadt Kanadas, mit ihren bald 400 000 Seelen, liegt in der Provinz Quebec. Vier Fünftel der Einwohner dieser Provinz gehören der französischen Nationalität an. Außerhalb der großen Städte gibt es Hunderttausende, die nur Französisch sprechen und kein Englisch verstehen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß bei der Zession Kanadas an England vor 150 Jahren in dem ganzen abgetretenen Gebiet nur etwa 70000 Franzosen lebten, und ferner erwägt, daß inzwischen eine irgendwie beträchtliche Einwanderung aus Frankreich nicht stattgefunden hat, so erscheint die national-französische Zähigkeit nicht minder bemerkenswert als die ganz außergewöhnliche Fruchtbarkeit der französischen Kanadier. Die Geburtsziffer weist bis zur heutigen

Zeit eine Höhe auf, die nicht nur das alte Frankreich weit in den Schatten stellt, sondern auch die Geburtsziffern aller andern europäischen Staaten übertrifft.

Schon in Montreal, das nur etwa zur Hälfte französisch ist, glaubt man sich in eine Hauptstadt der Normandie oder Bretagne versetzt. Dem stimmungsvollen Place d'Armes, den eine ungewöhnlich lebensvolle Statue Maisonneuves von Hebert ziert, umrahmen eine Reihe ganz unamerikanischer Bauwerke, darunter eine imposante Notre-Dame-Kirche, die für 12 000 Gläubige Platz hat. Selbst die der Kirche gegenüberliegende Bank of Montreal mit ihrem korinthischen Portikus, einer mächtigen Kuppel und der Raumverschwendung im Innern sieht einem europäischen Palast ähnlicher als einem amerikanischen Geschäftshause. Quebec aber führt uns noch viel weiter in das alte Enropa und insbesondere in das vorrevolutionäre Frankreich zurück. Eine alte Zitadelle, dreihundert Fuß über dem St. Lorenzstrom; Festungsmauern, welche die innere Stadt umgürten; Statuen Samuel de Champlains und anderer französischer Chevaliers des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts auf öffentlichen Plätzen. In den Gassen keine Newspaperboys, diese Eidechsen der öffentlichen Meinung, die in dem Straßentrubel amerikanischer Städte sonst nie fehlen. Statt dessen Mönche und Nonnen, die uniformierte sittsame Waisenkinder zur Kirche führen. Gotteshäuser, Klöster, Priesterseminare tragen zum Teil noch die architektonischen Spuren des siebzehnten Jahrhunderts. Das prächtige Parlamentshaus ist im Stil der französischen Renaissance errichtet.

Selbst die kanadische Pacificbahn hat sich dem französischen Baustil mit einem Hotel angepaßt, das den Namen Chateau Frontenac führt, von der Dufferin-Terrasse auf die untere Stadt hinabblickt und im Äußeren wie im Innern,

soweit das bei einem komfortablen heutigen Hotel möglich ist, an die Zeit Colberts gemahnt. Französisch ist in diesem Teile Kanadas die vorherrschende Landessprache, wie denn auch alle Gesetze und Verordnungen englisch und französisch publiziert werden. Sogar altfranzösisches Privatrecht hat sich hier behauptet, wie der Code Napoleon im heutigem Louisiana.

Es ist sehr beachtenswert, daß dieser Zustand der Dinge zwischen Franzosen und Angelsachsen zu keinen besonderen Reibungen geführt hat. Auch der Umstand, daß das französische Element fast durchweg zu den getreuesten Kindern der katholischen Kirche gehört, während das angelsächsische überwiegend protestantisch ist, hat den nationalen Frieden nicht zu stören vermocht. Der Katholizismus ist in ganz Nordamerika allerdings auch weniger aggressiv als in Europa. Er hat in den Vereinigten Staaten von Amerika gelegentlich versucht, einen beherrschenden Einfluß auf das Schulwesen auszuüben, aber die Versuche sind fast durchweg gescheitert. Obgleich der Gründung von katholischen Parochialschulen nichts in den Weg gelegt wird, haben sie die Konkurrenz mit den unentgeltlichen öffentlichen Schulen im allgemeinen nicht bestehen können. Der stille Kampf um die Schule ist zwar noch nicht endgültig erledigt, aber die katholische Kirche hat bisher jedenfalls dem Staat noch keinen besonderen Vorsprung abgewonnen, so gewandt und klug auch manche katholische Großwürdenträger sich den demokratischen Anschauungen des Landes anzupassen wissen. Ich habe einen der gescheitesten dieser Würdenträger, den Erzbischof Ireland in St. Paul, kennen gelernt und denke an die Unterredung mit großer ästhetischer Befriedigung zurück. Ein demokratischer Kirchenfürst, der die öffentliche Meinung seines Landes mit dem katholischen Autoritätsprinzip zu versöhnen sucht, ein Prälat,

dem auch die Methoden des smarten amerikanischen Politikers nicht fremd sind, trachtet Erzbischof Ireland seiner Kirche durch Gewinnung von Popularität größere Macht zu schaffen. Im französischen Kanada bedarf die katholische Kirche keiner so ungewöhnlich klugen Diener. Es genügt der klerikale Feldwebel, um die gehorsamen Truppen der Ecclesia militans unterm Kirchenbanner festzuhalten. Die Bundesregierung Kanadas ist auch ihrerseits vorsichtig genug, um diesen Frieden nicht durch unnötige kirchenpolitische Kraftproben zu gefährden. Die völlige Trennung von Staat und Kirche hat sich in Kanada, wie in den Vereinigten Staaten, als ein großer Segen erwiesen.

Der jetzigen kanadischen Regierung muß man überhaupt nachrühmen, daß sie mit außergewöhnlichem Geschick die politischen Geschäfte des Landes zu führen versteht. Das Haupt dieser Regierung, der Premierminister, Sir Wilfrid Laurier, der seit elf Jahren am Ruder steht, ist ein wirklicher Staatsmann, der mit den gegebenen Mitteln und Kräften, so verhältnismäßig bescheiden sie waren, sowohl dem Mutterlande England wie der Nachbarrepublik der Vereinigten Staaten gegenüber die kanadische Selbstständigkeit erfolgreich zu entwickeln gewußt hat. Selbst der französischen Nationalität angehörig, hat er es verstanden, das französische Element, welches früher fast ausschließlich zur konservativen Fahne schwor, zur liberalen Partei überzuführen. Damit hat er sich und seiner Partei eine solche Majorität im Bundesparlament gesichert, daß er um die parlamentarische Zustimmung zu seinen Regierungshandlungen nicht verlegen zu sein braucht. Lauriers Persönlichkeit hat etwas Bestechendes. Nichts vom Typus der amerikanischen Berufspolitiker. Englischer Gentleman, mit einer Beimischung von französischem Esprit, bringt er in der Unterhaltung allen Dingen jene philo-

sophische Vorurteilslosigkeit entgegen, die einen besonderen intellektuellen Reiz verleiht. Auch in dem Zollkrieg zwischen Kanada und Deutschland fühlt er sich nicht als Advokat, der nur für seinen Klienten plädiert. Er erkennt unumwunden an, daß die Sache für beide Teile unbequem ist, und daß es in beiderseitigem Interesse liegt, diesen unnützen Zollkrieg baldigst zu beenden. Laurier gehört eben nicht zu jenen Krämerdiplomaten, die da glauben, man müsse sich bei Handelsvertragsverhandlungen immer so stellen, als ob man alle Trümpfe in der Hand hätte. Eine Zwischenbemerkung meinerseits, daß ich seine Mitteilungen nicht als vertrauliche behandeln würde, beantwortete er mit der unumwundenen Erklärung, daß ihm das ganz recht sei.

Solchen Dispositionen des leitenden kanadischen Staatsmannes gegenüber sollte es der deutschen Regierung eigentlich nicht schwer fallen, den zollpolitischen Kriegszustand zu beenden. Da Kanada voraussichtlich in kürzester Zeit zu einem zollpolitischen Abkommen mit Frankreich gelangen wird — die Verhandlungen sind dem Abschluß ganz nahe —, so ist ein Grund mehr für Deutschland gegeben, sich baldigst mit Kanada friedlich auseinander zu setzen.

Kanada wird noch auf lange Zeit hinaus ein vorwiegend ackerbautreibendes Land bleiben, trotz der gerade in den letzten Jahren ungewöhnlich starken industriellen Entwicklung in den östlichen Provinzen des Dominion. Der Wert der industriellen Jahres-Produktion des Landes wird heute bereits auf etwa drei Milliarden Mark geschätzt. Toronto und Montreal bekommen mehr und mehr den Charakter großer Fabrikstädte. Hinzu tritt die sich ständig entwickelnde bedeutsame Mineninduſtrie. Dies alles hat bewirkt, daß auch Kanada bereits die Schatten des modernen industriellen Lebens kennen lernt. Insbesondere haben sich Streiks und Aussperrungen

des öfteren eingestellt. Um diesen industriellen Krankheitserscheinungen vorzubeugen, brachte die Bundesregierung in diesem Jahre einen Gesetzentwurf vor das Parlament, der die Billigung einer großen parlamentarischen Mehrheit fand und seit dem 22. März 1907 Gesetz geworden ist. Das Gesetz trägt den Namen: „The Industrial Disputes Investigation Act“ und ist ein höchst beachtenswerter Versuch, Streiks und Aussperrungen vorzubeugen. Es hat, nebenbei bemerkt, von vornherein auch in den Reihen der Trades Unions vollen Beifall gefunden. Seine Bestimmungen beschränken sich vorsichtigerweise auf solche Betriebe, in denen mindestens zehn Personen beschäftigt sind und die ein öffentliches Interesse mehr oder weniger nahe berühren. So fallen alle Bergwerke, das ganze Transportwesen, speziell der Eisenbahn- und Telegraphendienst, die Beleuchtungs-Industrie, die Schiffahrt, Wasser- und Kraftwerke obligatorisch unter die Bestimmungen des Gesetzes. Fakultativ kann aber auch jeder andere Betrieb darunter gebracht werden, sobald beide streitenden Teile es wünschen. Die Bedeutung des Gesetzes liegt darin, daß es kein Zwangsschiedsgericht, sondern nur ein Zwangsuntersuchungsgericht vorsieht. Arbeiter und Unternehmer in den obligatorischen Betrieben verfallen beträchtlichen Geldstrafen, wenn sie zu Streiks oder zu Arbeiteraussperrungen schreiten, ohne ihren Streit über die Arbeitsbedingungen vorher einem ad hoc gebildeten Sachverständigen-Untersuchungsgericht, bestehend aus drei Personen, von denen jede Partei eine wählt, unterstellt zu haben. Bis zum Ende der Untersuchung dürfen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geändert werden. Das Untersuchungsgericht fällt sein Urteil nach Recht und Billigkeit. Keiner der streitenden Teile ist aber an diesen Spruch gebunden. Will er sich nicht daran kehren, so kann er dann tun, was er will,

streiken oder aussperren. Die Verhandlungen des Untersuchungsgerichts sind öffentlich. Die Untersuchungskommissionen, die mit richterlicher Gewalt ausgerüstet sind, werden aus der Bundeskasse, die überhaupt die Kosten des gesamten Verfahrens trägt, entschädigt. Die Resultate dieses Gesetzes sind bisher höchst befriedigend. Von dem Dutzend Fällen, die in den abgelaufenen Monaten unter den Bestimmungen dieser Akte zur Verhandlung gelangt sind, ist das schiedsrichterliche Resultat nur in einem Falle ein negatives gewesen. In allen anderen Fällen haben sich die Parteien dem Schiedsspruch gefügt. Ich hatte Gelegenheit, auf dem Arbeitsministerium in Ottawa mich über die verhandelten Fälle, die zum Teil sehr komplizierter Natur waren, zu orientieren und mit dem stellvertretenden Arbeitsminister die ganze Materie durchzusprechen. Der Eindruck ist in dieser Unterredung bei mir verstärkt worden, daß dieser in Kanada unternommene Versuch, ein gesetzgeberisches Präservativ gegen Streiks und Aussperrungen zu schaffen, mutatis mutandis auch in Deutschland gemacht werden könnte.

Mein Aufenthalt in Kanada geht in einigen Tagen zu Ende. Er hat wenig mehr als einen Monat gedauert. Die Eindrücke konnten nur flüchtige sein, aber sie waren voller geistiger Anregung. Das Land steht zweifellos vor einer großen materiellen Entwicklung. Dem Volkswirt wie dem Politiker zeigt es die interessantesten Probleme des modernen Staatslebens in den Stadien der ersten vorläufigen Lösung. Daneben ist das Zusammenwirken altfranzösischen, angelsächsischen und neuamerikanischen Geistes in der Volkswirtschaft und in der staatlichen Verwaltung sehr lehrreich für die Behandlung verschiedener Nationalitäten unter einem staatlichen Dache.

XI.

Zur Charakteristik der amerikanischen Demokratie.

Adirondack Mountains, 8. Sept. 1907.

Als Alexis de Tocqueville seine philosophischen Untersuchungen de la démocratie en Amérique anstellte, glaubte er in der décentralisation administrative das konstitutionelle Hauptprinzip eben dieser amerikanischen Demokratie gefunden zu haben. Die Erfahrungen zweier Generationen haben ihm recht gegeben. Für die Entwicklung einer modernen Demokratie ist die äußere Staatsform — ob Republik oder Monarchie — viel weniger entscheidend als die Art, wie die Volksherrschaft in der Verwaltung sich betätigt. Die Vereinigten Staaten stellen eine Republik dar, deren Verfassung nach Montesqieuschen Rezepten — Jefferson war ein gelehriger Schüler des großen französischen Staatsphilosophen — gebildet wurde. Die strikte Scheidung der exekutiven, der legislativen und der richterlichen Gewalten, wie sie von Montesquieu als ideales Postulat aufgestellt war, hat in keiner anderen Verfassung als jener der Vereinigten Staaten von Amerika Ausdruck gefunden. Das englische Vorbild kannte diese strenge Trennung zwischen der ausübenden und der gesetzgebenden Gewalt nicht. Das parlamentarische System beruht vielmehr gerade auf dem engen Zusammenhang dieser Gewalten. Nun hat sich in dem Dominion of Canada, wie in den einzelnen Provinzen jenes Bundesstaates,

das parlamentarische System nach englischem Vorbild in voller Konsequenz durchgesetzt. Die Regierungen sind nur Ausschüsse der Parlamentsmehrheiten; sie stehen und fallen mit diesen; während in der großen Nachbarrepublik die Trennung der Exekutive von der Legislative wie sie den amerikanischen Schülern Montesquieus vorschwebte, sich in der Union wie in den Einzelstaaten behauptet hat. Trotz dieser wesentlichen verfassungsrechtlichen Grundunterschiede hat die Demokratie in der amerikanischen Union wie in Kanada im großen und ganzen denselben Weg der Entwicklung eingeschlagen, da in beiden Staatsgebieten an dem Grundprinzip der décentralisation administrative festgehalten wurde. Dieser Grundsatz beherrscht die ganze Verwaltung beider Länder. Er bestimmt das Verhältnis der Einzelstaaten zur Union wie der Provinzen zur Dominion of Canada. Er bestimmt aber nicht minder das Verhältnis der Counties zu den Einzelstaaten und Provinzen wie der einzelnen ländlichen und städtischen Gemeinden zu den Grafschaften. Diese lokale Selbstverwaltung hat in letzter Linie die demokratische Verfassung in den Vereinigten Staaten sowie in Kanada zu dem gemacht, was sie ist und was der Name Demokratie besagt, zu einer Volksherrschaft. Der Wille des Volkes ist die Quelle der Herrschaft. Aber wie ermittelt man den Willen des Volkes? Indem man den Willen der Majorität zu finden sucht. Der Majoritätswille wiederum ist bestimmbar durch mancherlei Einflüsse, intellektuelle, moralische, wirtschaftliche. Je stärker diese Einflüsse sich geltend machen, um so eher ist es möglich, den echten Willen dieser Majorität zu fälschen, oder andererseits auch den törichten Willen dieser Majorität in einen verständigen zu verwandeln. Das politische Leben jeder Demokratie ist ein Kampf dieser verschiedenartigen Einflüsse gegeneinander. Nur wenn man sich das immer vor

Augen hält, kann man die wechselnden Erscheinungsformen der amerikanischen Demokratie richtig verstehen.

Die décentralisation administrative hat sich auf dem nordamerikanischen Kontinent einmal aus der geschichtslosen Vergangenheit, die historische Autoritäten schwer aufkommen ließ, entwickelt; dann aber, und das war vielleicht noch entscheidender, aus dem Zwang der ökonomischen Verhältnisse, aus der Unmöglichkeit, geeignete Verwaltungskräfte zu finden, die bei der raschen Besiedlung dieses gewaltigen Kontinents ausgereicht hätten, eine zentralistische Verwaltung durchzuführen. Ebenso wie man Straßen und Häuser zunächst einmal provisorisch schlecht und recht in den neuen Ansiedlungen herstellte, so behalf man sich auch mit einer zunächst nur provisorischen Herstellung der Verwaltungsmaschinerie. Erst nach und nach setzte man dann an die Stelle der unvollkommenen öffentlichen Einrichtungen vollkommenere, behielt aber die inzwischen eingebürgerte Selbstverwaltung bei. Die administrative Dezentralisation ist somit in Wirklichkeit vielmehr das Produkt einer harten Notwendigkeit als ursprünglicher Grundsätze. Diese zunächst nur unvollkommene Selbstverwaltung nahm dann, ihrem Ursprung entsprechend, auch vielfach den Charakter eines privatrechtlichen Geschäftsbetriebes an. Business principles wurden auch in der Gemeinde- und Staatsverwaltung vorherrschend. Man führte die Geschäfte der Gemeinde und der anderen Verwaltungsverbände so, wie man die Privatgeschäfte geführt haben würde. Die Wählerschaften ähnelten Generalversammlungen von Aktiengesellschaften, und wie bei Aktiengesellschaften hatten die Wähler um so weniger zu sagen, je größer und komplizierter das Unternehmen wurde. Die Wählerschaften mußten nunmehr organisiert werden. Auch das geschah nach business principles. Die Organisationen, die sich am leistungsfähig-

sten erwiesen und es am besten verstanden, eine Mehrheit von Wählerschaften hinter sich zu bringen, erlangten mit der Herrschaft zugleich die Verfügung über die Stellenbesetzung und die Verwendung der öffentlichen Gelder. Es lohnte sich, die Macht zu organisieren und geschäftlich auszubeuten. Diese geschäftliche Behandlung der Politik bildet bis zum heutigen Tage noch einen starken Charakterzug der amerikanischen Demokratie. Die Entwicklung geht aber sichtbar dahin, aus der Verwaltung allmählich jene Elemente auszuschalten und fernzuhalten, die den öffentlichen Dienst nur als eine Quelle geschäftlicher Vorteile behandeln. Dieser Kampf gegen die Korruption, um das Ding mit einem einfachen Namen zu nennen, ist unausgesetzt im Gange. Europäische Beobachter haben nur zu oft in der amerikanischen Demokratie bloß die schlimmen Auswüchse dieser Korruption erblickt, ohne den gewaltigen Anstrengungen gebührende Aufmerksamkeit zu schenken, die in ihrer Bekämpfung sich geltend machen. Nichts ist lehrreicher, als den Verlauf dieser Kämpfe gegen die Korruption, gegen die „Grafter", im einzelnen zu verfolgen.

Die Amerikaner sind ein ungewöhnlich geduldiges Volk. Provisorische und unvollkommene Zustände sind ihnen etwas Gewohntes. Der größte Teil der Bevölkerung ist auch schon so sehr von seinen Privatgeschäften in Anspruch genommen, daß er öffentliche Mißstände, wenn sie nicht himmelschreiend werden, lieber ruhig über sich ergehen läßt, als Kraft und Zeit in der aktiven Betätigung bürgerlicher Pflichten zu verbrauchen. Das erleichtert den unlauteren Geschäftspolitikern ihr Handwerk gar sehr. Aber von Zeit zu Zeit, wenn die korrupten Elemente es zu toll treiben, kommt es zu moralischen Revolutionen, in denen die Bürgertugend, gepaart mit der größten Klugheit und Energie, gelegentlich geradezu Triumphe feiert. Von

dem heroischen Kampf Samuel Tildens gegen den Tweed-Ring bis zu der noch im Gang befindlichen Reinigung des politischen Augiasstalles in San Francisco sind zahlreiche Auflehnungen ehrlichen bürgerlichen Unwillens gegen eine korrupte Boßherrschaft zu verzeichnen. Die Summe von Intelligenz, Tatkraft und echter Bürgertugend, die in diesen Kämpfen immer aufs neue zutage tritt, ist in meinen Augen der sicherste Beleg dafür, daß die amerikanische Demokratie trotz aller Unvollkommenheiten und Laster doch im innersten Kern gesund ist. Nicht das Maß von Korruption, das im Staatsleben eines Landes zur Entwicklung kommt, sondern die Energie, die in der Bekämpfung solcher Korruption aufgewandt wird, bildet bei der Abschätzung politischer Zustände den richtigen Maßstab. Von staatlichen Gesichtspunkten aus betrachtet ist es weniger schlimm, Unrecht zu tun, als Unrecht zu dulden. So lange ein Volk noch moralische Kraft genug hat, um einem gekrönten Gesetzesverletzer den Kopf abzuschlagen oder einen korrupten Boß ins Zuchthaus zu schicken, braucht man an seiner Zukunft nicht zu verzweifeln. Nur die Völker, die alles geduldig über sich ergehen lassen, sind politisch degeneriert. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch der Kampf gegen die Gefahren der Plutokratie und gegen den Übermut gesetzverletzender Großkapitalisten zu betrachten, der seit einiger Zeit in den Vereinigten Staaten ernsthafte Formen angenommen hat. Dieser Tage ist in San Francisco ein Großkapitalist auf fünf Jahre ins Gefängnis geschleppt worden, weil er überführt wurde, korrupte Stadtväter bestochen zu haben, um geschäftliche Konkurrenten bei der Abstimmung über die Verleihung von städtischen Gerechtsamen fern zu halten. Die Kampagne gegen den Standard Oil Trust und gegen plutokratische Ausschreitungen im Eisenbahnwesen, wie sie von der Bundesregierung geführt wird, mag im einzelnen anfechtbar sein. Jedenfalls

ist sie ein beredtes Zeichen dafür, daß die öffentliche Meinung des Landes auf schwere öffentliche Mißstände stark reagiert.

Dabei tritt ein anderer sehr charakteristischer Zug der amerikanischen Demokratie deutlich hervor, das ist die Neigung zur Grundsatzlosigkeit in der Politik. Es fehlt der amerikanischen Demokratie an jeglichem Doktrinarismus. Das Verbrennen dessen, was man gestern angebetet hat, und das Anbeten dessen, was man gestern verbrannte, vollzieht sich nirgends rascher als auf amerikanischem Boden. Deshalb sind auch die Rechte einer Minorität hier leichter einer Verletzung ausgesetzt als in Ländern mit einer älteren Kultur, in denen eine systematischere Behandlung der Staatsgeschäfte in Übung ist. Wenn die öffentliche Meinung sich einmal einen Sündenbock ausgewählt hat, dann wehe diesem Unglücklichen! Dem klaren Verdikt der öffentlichen Meinung ordnet sich in der amerikanischen Demokratie alles unter: Regierung und Gesetzgebung, manchmal, und nicht selten, auch die Rechtsprechung. Mit der Freiheit von Minderheiten ist es unter solchen Umständen gelegentlich recht übel bestellt. Polizeiliche Einmischung und state interference erfreuen sich im allgemeinen bisher noch nicht der klar erkennbaren Zustimmung der herrschenden öffentlichen Meinung. Aber die Abneigung gegen polizeiliche oder sonstige staatliche Einmischung ist längst nicht mehr so groß, wie sie früher war. Sollte der Prozeß der Gewinnung der öffentlichen Meinung einen vollen Erfolg erlangen, so würde die Geltendmachung der Staatseinmischung sicherlich von Rücksichten, die aus Rechten von Minderheiten herzuleiten wären, nicht Halt machen. Polizeiliche Eingriffe, die weit über das Maß hinausgehen, was in europäischen Polizeistaaten als zulässig erscheint, kommen schon heute vor. Polizei-

liche Prohibitionsbestimmungen, die den Verkauf von Spirituosen verbieten, sind gang und gäbe. Wenige nur verstehen das Argument, daß auch bei Vorschriften, die ein löbliches Ziel verfolgen, die Freiheit einer anders denkenden Minorität Berücksichtigung verdient. In Ottawa, der Bundeshauptstadt Kanadas, fand ich an einer öffentlichen Straße folgende Polizeibestimmung an allen Trägern der elektrischen Drähte angeschlagen: Spitting on sidewalks strictly prohibited. Penalty 50 Dollars. — Ich bezweifle, ob in Deutschland eine Polizeivorschrift, die das Ausspucken auf dem Trottoir einer öffentlichen Straße mit 200 Mark Strafe belegt, für erträglich gelten würde.

Wer die öffentliche Meinung in einer Demokratie hinter sich hat, braucht auf eine Minderheit viel weniger Rücksicht zu nehmen, als das im Gemeinwesen der Fall ist, in denen der Volkswille nicht als oberste Instanz jeder staatlicher Autorität angesehen wird. Le peuple le veut, Dieu le veut. Der Amerikaner betrachtet jedes Gesetz als einen Ausfluß des Volkswillens, dessen Berücksichtigung ihm als einem Gliede dieses Volkswillens obliegt. Die Gesetze sind *seine* Gesetze, nicht etwas, das ihm von einer außenstehenden Autorität aufgezwungen ist. Die Zahl der Bürger, die den Gesetzen nicht aus Furcht vor Strafe, sondern aus rein bürgerlichem Pflichtgefühl gehorchen, ist in den amerikanischen Demokratien wahrscheinlich größer als in den Staaten der alten Welt mit ihren stärker entwickelten äußeren Autoritäten. Diese Disposition, sich einem deutlich zutage tretenden Volkswillen ruhig zu fügen, führt leicht dahin, Minderheitswünsche völlig unberücksichtigt zu lassen. Es gehört eine sehr weise Demokratie und eine lange Erziehung in politischer Selbstbeschränkung dazu, um die ungeheure Machtfülle, die aus der Zustimmung der öffentlichen Meinung erwächst, Minderheiten gegenüber nicht

zu mißbrauchen. Von dieser höchsten Stufe aufgeklärter Volksherrschaft ist man in den Vereinigten Staaten wie in Kanada noch weit entfernt.

Nichtsdestoweniger stellt die amerikanische Demokratie sich unter staatsphilosophischen Gesichtspunkten als ein großer Erfolg dar. Selbst das, was an äußeren staatlichen Einrichtungen unter dem ständigen Zufluß der verschiedenartigsten Nationalitäten auf einem Boden geschaffen wurde, welcher der Wildnis abzuringen war, ist eine gewaltige Leistung politischer Energie. Nirgends, und das ist das entscheidende, zeigt sich in dieser amerikanischen Demakratie eine passive Fäulnis. Nirgends hat man das Gefühl, daß diese robusten Staatskörper die politischen Krankheiten, unter denen sie leiden, nicht überstehen werden.

Nachwort.

Die Eindrücke, die in den vorstehenden Briefen wiedergegeben sind, reizen dazu an, auch noch einen Blick auf die nächste wirtschaftliche und politische Zukunft der größten Demokratie der Erde zu werfen.

Der Spätherbst dieses Jahres hat mit dem Fall der Blätter auch den Zusammenbruch einer Reihe von welken Finanzinstituten in New York gesehen. Die Vorgänge an der amerikanischen Börse, an sich weder so gewaltig wie der Sturz des Hauses Baring in London, noch so skandalös wie der Bankerott der Leipziger Bank, haben um deswillen ein ungewöhnliches Interesse und Aufsehen erregt, weil sie vielfach als der Beginn einer finanziellen Weltkrise angesehen wurden. Europa fing an zu fürchten, daß ihm von seiner Golddecke mehr entzogen werden könnte, als es zur Aufrechterhaltung gesunder Währungsverhältnisse zu entbehren vermochte. Die bereits seit mehr als über einem Jahr anhaltende Überspannung des Geldmarktes zeigte nun plötzlich ihr gefährlichstes Gesicht. In raschen Sprüngen setzten die großen europäischen Zentral-Geldinstitute den bereits hohen Diskontsatz wiederholt weiter in die Höhe. Im ersten Drittel des Monats November erreichte der Wechselzinsfuß bei der Bank von England 7, bei der Deutschen Reichsbank sogar $7^1/_2$ Prozent, der Lombardzinsfuß $8^1/_2$ Prozent. Die andern europäischen Geldmärkte waren genötigt, dem Beispiele Londons und Berlins in geringen Abständen zu folgen. Es wäre

weise gewesen, schon vor einem halben Jahre oder noch früher dieses deutliche Sturmwarnungssignal aufzuziehen. Ob es jetzt noch rechtzeitig kommt, erscheint einigermaßen zweifelhaft; man muß darauf rechnen, daß ein Teil der Fahrzeuge, die auf dem hohen Meere der Spekulation sich befinden und nicht allzufest gezimmert sind, dem drohenden Orkan zum Opfer fallen. Zunächst hält sich die Erschütterung noch in den Grenzen einer Kreditkrisis und hat die gefährlicheren Formen einer Produktions- und Absatzkrisis noch nicht angenommen. Die Gefahr, daß eine längere Dauer auch diese höchst bedenkliche Erweiterung bringen werde, bleibt bestehen. Die beunruhigendste Nebenerscheinung ist die ungewöhnliche Teuerung des Brotgetreides und der Kohlen. Wenn die Kosten für die notwendigsten Bedürfnisse des menschlichen und des industriellen Magens stark wachsen, so pflegt nur zu leicht eine Einschränkung des Verbrauchs aller nicht absolut notwendigen Lebensbedürfnisse einzutreten. Es wäre nicht das erste Mal, daß aus solchen Ursachen eine höchst gefährliche Krisis erwachsen würde. Die Getreidemißernte im Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die zu Getreidepreisen führte, hinter denen die jetzigen nicht mehr weit zurückstehen, hat nachwirkend zu der gefährlichen Krisis von 1893 viel, vielleicht das meiste, beigetragen. Auch damals begann in Amerika der Tanz mit einer Kreditkrisis, die durch die verkehrte Silberpolitik der Vereinigten Staaten ganz wesentlich verschärft wurde. Bald darauf brach eine Reihe der größten Eisenbahngesellschaften Amerikas finanziell zusammen, und es folgte eine mehrjährige wirtschaftliche Depression. Aus jener Krisis ist das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten, wie ein kräftiger Körper nach Ausscheidung von Krankheitsstoffen, mit erhöhter Lebenskraft hervorgegangen. Insbesondere der amerikanische Westen hat

sich wirtschaftlich konsolidiert und ruht heute auf ungleich solideren Fundamenten als vor vierzehn Jahren. Es ist deshalb wohl möglich, daß speziell der Westen von der Krisis diesmal weniger ergriffen wird, so daß es zu einer das ganze Land umfassenden Produktionskrisis nicht kommt. Immerhin muß man auf eine längere Periode der wirtschaftlichen Rekonvalescenz sich auch dann gefaßt machen, wenn die wirtschaftliche Krankheit, die jetzt eingesetzt hat, keinen akuten Charakter annehmen sollte.

Aber wie immer sich die wirtschaftliche Krise entwickeln mag, unter allen politischen Problemen, vor denen das Gemeinwesen der Vereinigten Staaten von Amerika steht, bleibt das bedeutsamste die Auseinandersetzung mit der Plutokratie. Reichtum als Genußmittel ist verhältnismäßig ungefährlich; Reichtum als Machtmittel, als Mittel zur Beeinflussung der politischen Faktoren des Landes, ist nur zu oft die Ursache schwerer konstitutioneller Krankheiten geworden. Ansammlung riesiger Kapitalien in den Händen einzelner Privatpersonen und, was vielleicht noch gefährlicher ist, unter der Kontrolle politisch unverantwortlicher wirtschaftlicher Vereinigungen (Syndikate, Trusts) hat in der amerikanischen Union beispiellose Dimensionen angenommen. Das ganze wirtschaftliche Nervensystem des Landes, die Verkehrsmittel, Eisenbahnen, Telegraphen, Telephone, und die wichtigsten mechanischen Kraftquellen, Kohlenschätze wie die Energie fallender Wassermassen, unterstehen fast ausschließlich dem Herrscherwillen dieser von der Verantwortlichkeit für das öffentliche Interesse nicht beschwerten Kapitalsassoziationen. Besteht eine ernsthafte Gefahr, daß die Demokratie von diesen kapitalistischen Polypenarmen umklammert und ihrer Lebenskraft schließlich beraubt werden wird? Der Kampf der Demokratie gegen die Plutokratie, des öffentlichen Interesses gegen kapitalistische Über-

griffe, wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte hindurch das ganze politische Leben der Vereinigten Staaten beherrschen. Die letzte Ursache für die gewaltige Popularität Theodor Roosevelts ist darin zu suchen, daß er der breiten Masse der Bevölkerung als der Ritter Georg erscheint, der gegen den plutokratischen Drachen ins Feld gerückt ist. Die aus solcher Quelle fließende Popularität hat den gegenwärtigen Präsidenten veranlaßt, in zahllosen rednerischen Deklarationen der Stimmung der Bevölkerung als Agitator entgegenzukommen, noch bevor er sich selbst darüber klar geworden war, was er als verantwortlicher Staatsmann an positiven Maßregeln zur Heilung des plutokratischen Übels vorzuschlagen habe.

Nun hat ein Präsident der Vereinigten Staaten nach der amerikanischen Verfassung nicht die Befugnis, den parlamentarischen Körperschaften konkrete gesetzgeberische Vorschläge zu unterbreiten. Seine Rolle ist die bequemere des bloßen Reformanregers. Wenn diesen Anregungen durch die gesetzgebenden Gewalten keine Folge geleistet wird, so trifft sie allein die konstitutionelle Verantwortung. Das macht die Rolle des Präsidenten zugleich bequemer und dankbarer. Er erscheint als das mahnende Gewissen, als der Vertreter der Idee, des Prinzips, der Staatsmoral; er kann die Aufforderung, seine Reformgedanken einer gesetzgeberischen Formulierung zu unterwerfen, ehe er sie auf das Forum trägt, mit dem Hinweis auf die Verfassung ablehnen, die zwischen der Exekutive und der Legislative einen deutlichen Trennungsstrich gemacht hat, den ein gewissenhafter Präsident respektieren müsse. Unter diesen Umständen wird man noch geraume Zeit damit zu rechnen haben, daß die Reformdiskussion über allgemeine Betrachtungen, Anklagen und Verteidigungen nicht wesentlich hinauskommt. Das gilt insbesondere für das nächste Jahr, das dem Präsidentschaftswahlkampfe von

1908 und seinen Vorbereitungen fast ausschließlich gewidmet sein wird. Daß die Partei der Demokraten den nächsten Präsidenten stellen wird, erscheint einstweilen noch so gut wie ausgeschlossen. Sie hat weder ein festes politisches Programm noch auch einen zugkräftigen Kandidaten für die Präsidentschaft. Die Verlegenheit ist so groß, daß außer Bryan bisher noch nicht ein Name genannt ist, der als demokratischer Kandidat ernsthaft in Betracht käme. Mit dem Namen Bryan aber, dem schon zweimal Durchgefallenen, hat sich der Begriff der Niederlage so sehr verknüpft, daß die Partei für ihn ohne jeglichen Elan eintreten würde.

Bei der großen Wahrscheinlichkeit, daß die republikanische Partei abermals, selbst unter dem Zeichen einer wirtschaftlichen Depression, den nächsten Präsidenten stellen wird, konzentriert sich das Hauptinteresse weniger auf die Wahl selbst, als auf die Nomination. Die Ernennung des Kandidaten wird in der Mitte des nächsten Jahres auf einer Nationalkonvention geschehen, zu der alle politischen Organisationen der republikanischen Partei des ganzen Landes stimmberechtigte Delegierte senden. Träte diese Nationalkonvention morgen zusammen, so würde sie von den Delegierten des Westens zu Roosevelts Gunsten vielleicht „stampeded" werden. Das Wort stampede ist dem Wortschatz der Indianerkriege entnommen. Die Rothäute pflegten, bevor sie einen Überfall auf ein feindliches Lager machten, Decken hin und her zu schwenken, um die neben dem Lager weidenden Pferde zum Durchgehen zu bewegen. Für dieses Manöver wurde die Bezeichnung to stampede gebraucht. In amerikanischen Nationalkonventionen sind solche Fälle des Durchgehens der anscheinend sichersten Pferde nicht selten. Bryans Nomination im Jahre 1896 glich ganz einem Indianerüberfalle.

Im Westen ist Theodor Roosevelt heute der bei weitem populärste Mann. Dieser Westen nimmt es auch nicht schwer, daß sein Idol bei Annahme der letzten Wahl heilig und teuer versichert hat, er werde 1908 keinesfalls wieder kandidieren. Die politische Begeisterung wird ihn von diesem Versprechen gern entbinden. Roosevelt selbst aber fühlt sich durch dieses Versprechen geniert, und seine Gegner innerhalb und außerhalb der eigenen Partei würden einen etwaigen „Wortbruch" natürlich weidlich ausnutzen. Ob er aber nicht dennoch zur Annahme der Kandidatur bewogen werden könnte?

Seine endgültige Entschließung wird sicherlich davon abhängen, wie der Zustand der öffentlichen Meinung, der obersten politischen Instanz des Landes, zur Zeit der Nationalkonvention sich darstellt. Vermindert sich die Popularität Roosevelts in den nächsten dreiviertel Jahren nicht, so wird man damit zu rechnen haben, daß ein Widerstand gegen eine erneute Kandidatur von dem stürmischen Enthusiasmus seiner Bewunderer überwältigt wird. An Entschuldigungsgründen für das Aufgeben seines Widerstandes wird es nicht fehlen. Man wird ihm vorreden, daß er der einzige Kandidat sei, der den Sieg der republikanischen Partei von vornherein sicherstelle, daß die Möglichkeit bestehe, mit seiner Kandidatur selbst den solid South, den demokratischen Block des Südens, zu durchbrechen, daß der Kampf gegen plutokratische Übergriffe nur von einem Manne mit seinem Temperament siegreich weiter geführt werden könne, und daß die alte Tradition seit Washingtons Zeiten, wonach kein Präsident länger als zwei Amtstermine hintereinander fungieren dürfe, nicht verletzt werde, da er bisher nur einmal als Präsident gewählt und die Jahre vorher als gewählter Vizepräsident für den ermordeten Mc Kinley in das Weiße Haus eingezogen sei. Die Versuchung zum Nachgeben wird bei einem so energischen

Manne, der des Regierens noch lange nicht überdrüssig ist, sehr groß sein. Es wäre ja allerdings auch denkbar, daß Roosevelt auf der Ablehnung seiner Kandidatur aus der Erwägung heraus bestände, sich nicht vorzeitig verbrauchen zu lassen. Nicht wenige gute Kenner seines Charakters neigen einer solchen Ansicht zu. Sie meinen, daß er seine Wiederwahl für das Jahr 1912 anstrebe und in dem von ihm protegierten Präsidentschaftskandidaten Taft einen Platzhalter gefunden zu haben glaube, der als Gesinnungsgenosse zuverlässig und als späterer Rivale ungefährlich sei. Eine solche Rechnung, wenn sie überhaupt von Roosevelt aufgestellt ist, könnte aber sehr leicht ohne den Wirt, d. h. ohne die wechselvolle öffentliche Meinung des Landes gemacht sein. Begeisterung ist nirgends eine Heringsware, die man aufspeichern kann für viele Jahre, am wenigsten in den Vereinigten Staaten. Nirgends liegt der tarpejische Felsen so dicht neben dem Kapitol wie in der amerikanischen Republik. Der Wechsel der Volksgunst erfolgt manchmal so rasch wie der Wechsel der Witterung. Den letzten drastischen Fall eines solchen plötzlichen Wechsels zeigte das Schicksal des Admirals Dewey, der durch eine einzige Taktlosigkeit binnen 24 Stunden aus dem gefeiertsten Nationalhelden zu einer beinahe komischen Figur wurde. Daß Roosevelts Popularität, vier lange Jahre außerhalb der Macht erprobt, anhalten sollte, ist zum mindesten unwahrscheinlich. Auch darf man nicht vergessen, daß kein Nachfolger, und wäre er noch so anspruchslos, in der Rolle eines bloßen Platzhalters Genüge finden wird. Ein amerikanischer Präsident ist nichts, wenn er der öffentlichen Meinung nicht als eine selbständige Persönlichkeit erscheint. Schon der Umstand, daß der Kriegssekretär Taft, ein verständiger Staatsmann und sehr sympathischer Charakter, in den Verdacht geraten ist, von Roosevelt als Kandidat begünstigt zu werden, hat Tafts Aussichten auf

die Nomination wesentlich beeinträchtigt. Das amerikanische Volk will in seinem Präsidenten vor allen Eigenschaften eine Persönlichkeit haben, die an keinem Gängelbande geht. Deshalb wendet sie sich auch mit besonderer Vorliebe Männern zu, die sich selbst der eignen Partei gegenüber als Politiker mit eignem Willen gezeigt haben. Grover Cleveland hatte seinen großen Sieg im Jahre 1892 nicht zum wenigsten dem Umstande zu verdanken, daß die demokratische Parteimaschine ihn nur sehr ungern als Kandidaten akzeptiert hatte.

Wenn Roosevelt deshalb im nächsten Jahre seine abermalige Kandidatur ablehnt und einer seiner Parteifreunde den Präsidentensessel besteigt, so hat er nicht darauf zu rechnen, daß sein Nachfolger, wie immer er heißen mag, ihm das Bett für die Wahl von 1912 zurecht macht. Die republikanische Parteimaschine andrerseits wird, wenn vielleicht auch nicht offen, so sicher doch im geheimen, alles tun, um den ihr unbequemen Mann von Stellungen fernzuhalten, in denen er seine frühere überragende Popularität erneuern kann. Selbst wenn er in den Bundessenat einträte, wovon gelegentlich die Rede gewesen ist, so würde dort, wo die Hauptgeschäfte in den Komitees zur Erledigung kommen, ihm nicht viel an dankbaren Aufgaben zugewiesen werden. Endlich ist er auch mehr Anreger als wirklich konstruktiver Staatsmann. Die Rolle als Gesetzgeber liegt ihm schlecht. Alle solche Erwägungen werden schließlich für ihn mitbestimmend sein, sobald die Frage, eine ihm lebhaft angebotene Kandidatur anzunehmen oder abzulehnen, wirklich an ihn herantritt.

Fällt er als republikanischer Präsidentschaftskandidat aus, so kann es von einer reinen Zufälligkeit abhängen, wen die Mehrheit in der republikanischen Nationalkonvention nominiert. Genannt sind neben dem Kriegssekretär Taft, dem Kandidaten des Weißen Hauses, verschiedene sogenannte

Favoritsöhne wichtiger Einzelstaaten. So z. B. der Senator Knox von Pennsilvanien. Derartige Favoritsöhne, die außerhalb ihres eigenen Staates wenig Zugkraft besitzen, gehen gelegentlich als **dark horse** durchs Ziel; aber doch nur dann, wenn Mitbewerber, die eine große nationale Reputation gewonnen haben, fehlen oder mehrere solcher Männer sich rivalisierend gegenüberstehen. Nun ist seit einer Reihe von Monaten eine Persönlichkeit in den Vordergrund gerückt, die als Gouverneur des Staates New York durch ihre staatsmännische Energie sich in beständig wachsendem Maße Ansehen, weit über die Grenzen des eigenen Staates hinaus, errungen hat. Daß Gouverneure des größten Staates der Union von Albany nach Washington avancieren, ist oft genug vorgekommen. Cleveland wie Roosevelt befanden sich in diesem Falle. Hughes, der jetzige Gouverneur des Staates New York, der gegen Hearst gewählt wurde, hat in seiner bisherigen Amtsdauer es verstanden, sich die widerwilligen Gesetzgeber des Staates, darunter auch die der eigenen Partei, zu unterwerfen und sie zur Annahme einschneidender Reformmaßregeln zu nötigen. Diese Maßregeln richteten sich vornehmlich gegen die Übermacht der großen wirtschaftlichen Korporationen und zielen darauf ab, das öffentliche Interesse diesen Korporationen gegenüber zu wahren und sicherzustellen. Sich als energischer Reformer so bewährend, hat er zugleich seine schützende Hand über diese Korporationen gehalten, als die Demagogie versuchte, die Abneigung der öffentlichen Meinung speziell gegen die Eisenbahnmagnaten gesetzgeberisch zu fruktifizieren. Er hat sich somit in der Handhabung des Vetos der Exekutive ebenso entschlossen gezeigt, wie bei der Anregung ernsthafter Reformen. Seine Popularität ist dadurch im Staate New York selbst rasch gewachsen, und das ganze Land fängt an, seine Augen auf diesen Mann als möglichen Präsidentschafts-

kandidaten zu richten. Roosevelt begünstigt ihn nicht. Aber dieser Mangel an Gunst von oben nützt ihm vielleicht ebenso viel wie dem Kriegssekretär Taft das Zurschautragen dieser Gunst schadet.

Hughes selbst hat bisher nichts getan, um sich als Präsidentschaftskandidat zu affichieren. Auch das hat ihm Sympathien gewonnen. Das amerikanische Volk liebt es, daß der erste Beamte des Landes sich suchen läßt und sich nicht aufdrängt. Überhaupt ist der politische Instinkt dieses Volkes bei der Auswahl seiner Präsidenten merkwürdig fein entwickelt, und deshalb darf man auch ziemlich sicher sein, daß die Wahl, sie mag schließlich ausfallen wie sie will, keinen Unwürdigen trifft. Diese Präsidentschaftswahl mit ihrer, Leidenschaften und Interessen so stark aufwühlenden, Agitation beeinflußt den ruhigen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel ungünstig. Aber politisch wirkt sie fast immer als eine gesunde Kur. Nicht selten werden bei einer solchen Wahlbewegung gefährliche politische Krankheitsstoffe — wie z. B. 1896 der Silberschwindel — mit Vehemenz ausgeschieden. Zudem ist die Anteilnahme einer großen Nation an einer Entscheidung, die das politische Schicksal des ganzen Landes betrifft, ein im höchsten Sinn des Wortes patriotischer Akt, der den nationalen Lebenskräften eine erhöhte Spannung gibt. Es ist nicht der geringste Vorzug einer wirklichen Demokratie, daß sie immer wieder von Zeit zu Zeit alle Teile der Bevölkerung zur energischen Anteilnahme an den politischen Geschicken des Landes aufruft und die Regierung mit dem Willen des Volkes immer erneut in Einklang bringt.



